Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

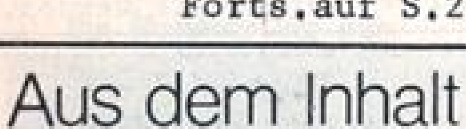
KLASSENKAMPF

Juni 1976, 4.Jhg./Nr. 7 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis 4.-

Das Volk von Zimbabwe bringt dem Siedlerregime das Fürchten bei

Die Minderheitsregierung der rhodesischen Kolonialisten hat Ende April 4 afrikanische Stammeshäuptlinge als Minister und 3 weitere Häuptlinge als Staatssekretäre aufgenommen: mit Hilfe dieser von Smith selbst ausgesuchten Häuptlinge, die "in ihren Stammesgebieten stets besonderen Polizeischutz haben, der noch verstärkt wird" (Observer, 1.5.) unternahm Smith den Versuch, das Volk von Zimbabwe zu täuschen und zu spalten, um seinen bewaffneten Befreiungskampf zu unterdrücken. Dieser Versuch scheiterte. Die afrikanische Bevölkerung hat längst erkannt, daß sie Freiheit und Unabhängigkeit nicht durch eine Regierungsbeteiligung von Afrikanern im Kolonialregime erlangen kann, noch durch die von den Imperialisten heute geforderten Verhandlungen.
Der verstärkte Befreiungskampf ist die deutlichste Antwort auf diese Manöver: über die Fronten im Nordosten und Südosten hinaus stoßen die Befreiungskämpfer heute immer tiefer ins Landesinnere vor. Ihre militärischen Angriffe richten sich hauptsächlich gegen rhodesische Truppenstützpunkte , Grenzstationen, Eisenbahnlinien und Strassenverbindungen. Nachdem erst der Verbindungsweg zwischen Rhodesien und Südafrika unterbrochen wurde , wurde auch die noch verbleibende Verbindung von Salisbury über Botswana nach Südafrika durch Explosionen unterbrochen, ebenso die Straße zwischen Salisbury und der Ostregion Umtali. Die letzten Kampfaktionen

Forts.auf S.2



Aus dem Inhalt





Breite Front gegen Minderheitenfeststellung

Über 1.600 Menschen demonstrierten am 31.5. gegen jede Minderheitenfeststellung und gegen das Volksgruppengesetz, welche von der österreichischen Bundesregierung und den Parlamentsparteien gegen den Willen der Minderheiten noch vor dem Sommer im Parlament beschlossen werden sollen.

Zur Demonstration riefen folgende Organisationen auf: Klub slowenischer Studenten, der Kroatische Akademikerverband, die Österreichische Hochschülerschaft und die Österreichische Widerstandsbewegung, die Stadtorganisation Wien der KPÖ, der Kommunistische Studentenverband, Kommunistische Jugend Österreichs, Verband Sozialistischer Studenten Österreichs, Bund Kärtner Studenten, sowie verschiedene katholische und evangelische Organisationen, Gruppe Revolutionärer Marxisten, Freie Österreichische Jugend/Bewegung für Sozialismus, Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft "Kritische Universität", CISNU, Iranische Studentenorganisation (ISO) und der Kommunistische Bund Wien mit seinen Massenorganisationen Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation, Vereinigung zur Unterstützung der Volkskämpfe und Roter Schüler Bund.

Unter den Losungen und Transparenten des KB Wien sammelten sich über 500 Menschen unter den Losungen "Weg mit der Minderheitenfeststellung", "Weg mit dem Volksgruppengesetz", "Schluß mit der chauvinistischen Hetze", "Keine Verhandlungen mit dem Kärtner Heimatdienst", "Für das Recht der Minderheiten auf Gebrauch der Muttersprache bei allen Ämtern und Behörden", "Für das Recht auf Ausbildung in der Muttersprache","Für das gesetzliche Verbot jeder Minderheitendiskriminierung", "Für zweisprachige Ortstafeln im gemischtsprachigen Gebiet" usw. Der Demonstrationszug bewegte sich auf den Ballhausplatz zum Bundeskanzleramt, wo Vertreter der zentralen Slowenenorganisationen zur gleichen Zeit Verhandlungen mit Regierungsexperten führten. Als sie den Demonstrationszug hörten, unterbrachen sie die Verhandlungen, um vom Fenster des Bundeskanzleramtes aus iherer Freude über die starke Unterstützung der Wiener Bevölkerung für ihre gerechten Forderungen Ausdruck zu geben. Als sie den Demonstranten zuwinkten, wurde es ihnen von einem Staatspolizisten mit dem Hinweis verboten, daß ihr Winken eine Provokation darstelle.

Siehe Artikel S. 3/4

Androsch fordert „Opfer" von der Bevölkerung

Steuern Tarife Gebüren sollen erhöht. Sparzinsen,Sozialeistungen verringert werden

In einem Artikel in der AZ und in einem Fernsehinterview kündigte Finanzminister Androsch eine weitere gewaltige Steigerung der Ausplünderung des Volkes an. Androsch sagte, daß er mit einer Ausweitung des Budgetramens von 225 Milliarden Schilling auf 235 Milliarden Schilling rechne, mit einer Steigerung des Defizits von 37 auf 40 bis 45 Milliarden. Deshalb sei "größte Sparsamkeit" und eine "gewisse Opferbereitschaft der Bevölkerung" von-nöten. Diese Steigerung des Defizits sei das "Erbe der Rezession", da in der Rezession durch "kreditfinanzierte Investitionen" und die "Sistierung der Investitionssteuer" das Budget eingesetzt worden sei, "um Arbeitsplätze zu sichern".

Forts.auf S.15

Fortsetzung von Seite 1

Zimbabwes Volk bringt dem Siedlerregime das Fürchten bei

fanden schon 50km vor Salisbury statt; in den Bergwerksgebieten südlich der Hauptstadt kam es zu größeren Zwischenfällen.

Die verstärkte Kampftätigkeit hat zu einer allgemeinen Paniksstimmung unter den Kolonialisten geführt. Die Angriffe von allen Seiten zwingen sie zu einer Zersplitterung ihrer Kräfte.Das versuchen siedurch verstärkte Aufrüstung und Terror wettzumachen. Um das Eindringen der Befreiungskämpfer von Mozambique nach Rhodesien zu erschweren, wurden die Truppen an der östlichen Grenze um 60% verstärkt. Alle bisherigen Rückstellungen vom Militärdienst wurden aufgehoben, die Wehrdienstzeit von 1 auf 1 1/2 Jahre erhöht. Söldner werden durch ein Agenturnetz in Südafrika und Grossbritannien angeworben. In den USA wird derzeit ein paramilitärisches Expeditionskorps für den Einsatz in Rhodesien gebildet.

Jeder nächtliche Verkehr auf den nach Südafrika führenden Straßen wurde untersagt. Der für die Rassisten notwendige Verkehr wird nur mehr unter dem Begleitschutz von Polizei- und Militärkonvois abgewickelt.

Die Vertreibung der afrikanischen Bevölkerung aus den Grenzprovinzen in bewachte Konzentrationslager wird forciert. Folterungen der Bevölkerung zur Erzwingung von Informationen über Befreiungskämpfer, Ausrottung von Dörfern, in denen Befreiungskämpfer vermutet werden, schwerste Haftstrafen z.B. für die Teilnahme an illegalen Versammlungen und Todesurteile für Beherbergung von Kämpfern sind auf der Tagesordnung.

Dadurch soll die Bevölkerung daran gehindert werden, die Befreiungskämpfer zu unterstützen. Denn gerade durch die feste Verbindung zwischen Rhodesien und Südafrika erfolgte der bisher größte Militäreinsatz, um die Kämpfer aufzustöbern. Nicht zuletzt ist die Verkehrsverbindung nach Südafrika für das Binnenland Rhodesien als einzige direkte Verbindung zum Meer, lebenswichtig. Die Ausdehnung des Befreiungskampfes bis tief in den Süden, in ein Gebiet, in dem sich die Kolonialisten bislang relativ sicher wähnten, hat sie in besondere Panik versetzt. Weiters, daß es den Kämpfern gelungen ist, von Südafrika her ins Land einzudringen, indem sie in erbeuteten rhodesischen Uniformen die strengen Kontrollen überlisteten.

Das engmaschige Truppennetz wurde noch dichter gezogen - doch die Jagd auf die Kämpfer blieb erfolglos. Diese tauchten in der Bevölkerung unter und werden von ihr geschützt. Da die politische Mobilisierung des Volkes für die Ziele des Kampfes die erste Aufgabe der Kämpfer ist, finden sie die Unterstützung und Mitarbeit des Volkes bei allen Aktionen. Die Gebiete, in denen die Macht der Siedler schon gebrochen ist, zeigen dem Volk deutlich, daß es sich lohnt, für diese Ziele zu kämpfen.

"In diesen Gebieten ist die Situation dadurch charakterisiert, daß die Leute sich zu organisieren beginnen, wie wir es in Zukunft in ganz Zimbabwe erreichen wollen: Sie haben damit begonnen, auf der Basis der Gleichberechtigung zu arbeiten, die Leute haben gelernt und werden gelehrt, den Boden so gut wie möglich zu bearbeiten. Es werden auch Kooperativen aufgebaut, nach dem Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen. Das ist sehr wichtig. Dort, wo früher die Menschen auf Grund der verschiedensten Krankheiten sterben mußten, können sie heute in den Dörfern selbst versorgt, gepflegt und geheilt werden.
Wir haben auch Dorfkomitees eingerichtet entsprechend unserem Ziel, daß das Volk von Zimbabwe die Politik in diesem Land macht."

(Rex Chiwara, ANC)

e.r.

Iberia-Prozeß: Erste Solidaritätsschritte

Wie bereits im letzten "Klassenkampf" berichtet wurde, hat sich in Wien eine "Initiative für die sofortige Einstellung der Gerichtsverfahren gegen die Teilnehmer an der Spaniendemonstration", gebildet, die alle demokratisch gesinnten Menschen und antifaschistischen Organisationen aufgefordert hat, ihr Ziel zu unterstützen.

Dieser Aufforderungen sind bis jetzt an Organisationen die Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM), die Freie Österreichische Jugend (FÖJ) und der Gewerkschaftliche Arbeitskreis "Kritische Universität" gefolgt, die in einem Brief an Justizminister Broda die sofortige Einstellung der Verfahren gefordert haben. Ebenfalls Protestbriefe an den Justizminister schickten die Studienrichtungsvertretungen Architektur, Politologie, Philosophie, Soziologie, Pädagogik und Volkswirtschaft sowie der Hauptausschuß der Akademie für Angewandte Kunst.

Eine Unterschriftensammlung zur Unterstützung der drei angeklagten Demonstrationsteilnehmer erbrachte bei einer Spanienveranstaltung der FÖJ 165 Unterschriften. Außerdem läuft die Sammlung z.Z an 8 Instituten von Wiener Hochschulen.
Eine besonders üble Rolle spielen in der Solidaritätsbewegung wieder einmal die KPÖ-Revisionisten und ihre Massenorganisationen. Obwohl es klar ist, daß die Forderung nach Einstellung des Verfahrens nichts mit der Stellung zur Aktion bei der Iberia zu tun hat, sondern sich ganz einfach gegen alle Versuche des Staates richtet, die Spaniensolidaritätsbewegung zu diskriminieren und zu spalten, hatten das ZK der KPÖ und die KPÖ-Leitung Beschlüsse gefaßt, in keiner Weise gegen die gerichtliche Verfolgung der Demonstrationsteilnehmer aufzutreten. Welche Haltung unter den KPÖ-Mitgliedern herrscht, zeigt eine Diskussion, die Vertreter der "Initiative für die sofortige Einstellung.." mit KPÖ-Mitgliedern der Gruppe Alsergrund führten. Dort wurde von einigen KPÖ-Mitgliedern ganz offen vertreten, daß "die Polizei noch viel zu wenig gedroschen hätte" und "daß solchen Verbrechern (den Spaniendemonstrationsteilnehmern) eben geschieht, was ihnen gebührt". Bei den demokratisch gesinnten Massen kommen die Revisionisten aber mit dieser Politik schlecht an, wie der Fall der KSV-Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaft zeigt, die durch den Druck der Studenten gezwungen waren, einem Protestbrief an Broda zuzustimmen und sich so von der Haltung ihrer eigenen Parteiführung distanzieren mußten.

Um die Bewegung zur Einstellung des Verfahrens zu verbreitern, hat die "Initiative für die sofortige Einstellung" nun eine Broschüre herausgegeben, die die Ereignisse beim Iberia-Büro, die zur Verhaftung der 3 Demonstranten und zur Anklageerhebung gegen sie benutzt wurden, dokumentiert.

Unterschriftenlisten sind bei H.Genowitz, Steingasse 31/18, 1030 Wien erhältlich, Spenden für die Rechtshilfe können auf das Konto PSK Nr. 6.304 171 eingezahlt werden.

Für die sofortige Einstellung der Prozesse gegen Teilnehmer an der Spanien-Demonstration in Wien, am 2. Oktober 1975

Dokumentation der Ereignisse

Proteste gegen Kriegstreiberei

Schon bei der NATO-Tagung in Oslo mußte sich der US-Außenminister Kissinger Proteste gegen die Politik der USA gefallen lassen und sich Parolen anhören wie: "Raus mit Norwegen aus der NATO, raus mit der NATO aus Norwegen!"
Auch in Stockholm wurde er gebührend empfangen. 13.000 Demonstranten formierten einen der größten Protestzüge der letzten Zeit und zogen vor die amerikanische Botschaft. Der Haß der Völker über die Mord-und Plünderpolitik des US-Imperialismus und Kriegstreiber ist nicht abgeflaut.

In den USA wird entschieden

An wen wenden sich die portugiesischen Reformisten, wenn es Probleme gibt; wen müssen sie um Rat und Billigung fragen? Der bisherige Ministerpräsident Azevedo, der sich auch um die Präsidentschaft bewirbt, nimmt kein unnützes Blatt vor den Mund: Er möchte die Kommunisten nicht ohne Zustimmung der USA in der Regierung sehen. Was das wohl für eine Regierung sein wird, über deren Zusammensetzung in den USA entschieden wird.
(Die Presse, 28.5.)

SAVAK-Tätigkeit: Anfrage an Rösch

Bezugnehmend auf den Bericht eines persischen Studenten über sein erzwungenes Zusammentreffen mit einem SAVAK-Agenten (Persischer Geheimdienst), der als Sekretär in der persischen Botschaft arbeitet, (wir berichteten in den letzten 2 Nummern davon) stellte Abg. Bauer (ÖVP) an Innenminister Rösch die Anfrage, ob ihm die Aktivitäten der SAVAK bekannt seien und was unternommen wird, um diese zu unterbinden.

Die Bewegung gegen die Minderheitenfeststellung wächst an!

Regierung hält weiter an Minderheitenfeststellung fest

Die Regierung versucht nun schon seit einiger Zeit, ihre Methode der Lösung der "Minderheitenfrage" durchzusetzen, um sich dieses Problem endlich vom Hals schaffen zu können. Bis zum Aufschwung der slowenischen Jugendbewegung um 1970 hatte sie es einfach totgeschwiegen. Die Lösung der Regierung besteht faktisch in derAufrechterhaltung des bisherigen Zustandes der Diskriminierung der Minderheiten im öffentlichen Leben und im Volksbildungswesen, insbesondere des Slowenischen und des Kroatischen. Dieser Zustand soll durch die Durchführung einer Minderheitenfeststellung und das Prinzip der Abhängigkeit der Zweisprachigkeit von einer "verhältnismäßigen Zahl der Angehörigen der Minderheit" erhalten werden. Dieses Ziel und die Mittel seiner Erreichung einigt heute alle drei Parlamentsparteien. Trotzdem ist die Regierung, die der Hauptträger dieser Politik ist, bereits unter Druck gekommen, dem sie durch Intensivierung der Betrugsmanöver um das Volksgruppengesetz und den KHD und durch unverhüllte Erpressung auszuweichen versucht. Dieser Druck besteht vor allem in der klaren Ablehnung von Minderheitenfeststellung und Volksgruppengesetz durch die Vertreter der Minderheiten und in der breiten Zustimmung die diese Ablehnung unter den deutschsprachigen Massen bereits findet. Da es der Regierung weder gelungen ist, die Minderheiten ernstlich zu spalten, noch sie von den gesamten Volksmassen zu isolieren, befindet sie sich in ernsten Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Politik. Zusätzlich ist sie noch durch wieder zu Tage tretende Differenzen im Lager der Bourgeoisie geschwächt.

Die Manöver um das Volksgruppengesetz

In dieser Lage gewinnt der Regierungsentwurf für ein Volksgruppengesetz an Bedeutung. Dieser Gesetzesentwurf war den ganzen Mai hindurch Gegenstand von Verhandlungen zwischen Regierung, Parteien und Minderheitenvertretern. Dieser Gesetzesentwurf war von einer Propagandakampagne begleitet, die unter der Losung Kreiskys stand:"Zuerst fördern, dann zählen". In Wahrheit aber kann von einer Förderung der Minderheiten durch diese Gesetze überhaupt keine Rede sein, im Gegenteil wird die bestehende Entrechtung fortgesetzt und teilweise verschärft.

Das Volksgruppengesetz ändert an der krassen Privilegierung des Deutschen als Amts- und Gerichtssprache gegenüber dem Kroatischen und dem Slowenischen nicht das geringste; er gewährleistet keinerlei ernsthafte Ausbildung in diesen Sprachen; er hält an der Prozentklausel für die Aufstellung von Ortstafeln fest; er schränkt die gemischtsprachigen Gebiete ein und zersplittert sie.

Sein eigentlicher Zweck besteht gerade darin, den Eindruck hervorzurufen, als ob Verhandlungen über einer "Förderung der Minderheiten" stattfinden würden, und dadurch die Vertreter der Minderheiten dazu zu bringen, im Zuge dieser Verhandlungen letztlich doch irgendwie die Minderheitenfeststellung zu akzeptieren, oder in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß es die Maßlosigkeit der Minderheiten war, die eine Einigung verhindert hat.
Völlig zurecht haben daher die Vertreter der slowenischen Minderheit dieses Gesetz vollständig abgelehnt und auf ihrer kompromißlosen Gegnerschaft gegenüber jeder Minderheitenfeststellung beharrt. Während die Regierung sich mit dem "Förderungs"schwindel ein demokratisches Mäntelchen zu bewahren sucht, setzt sie zugleich auf die offene Erpressung der Minderheiten. So hat sie während der Verhandlungen mit den Slowenenvertretern den Entwurf für ein Volksgruppengesetz im Ministerrat beschlossen und seiner parlamentarischen Behandlung zugeleitet. Zynisch bemerkte die "Wiener Zeitung" dazu, daß,sofern die weiteren Verhandlungen mit den Minderheitsvertretern noch etwas ergeben würden, ja die Vertreter der Parlamentsparteien (!) das in den Nationalrat einbringen könnten. Also die Vertreter derjenigen Parteien, die sich auf die Durchführung der Minderheitenfeststellung geeinigt haben, sollen im Nationalrat als Sachwalter der Interessen der Slowenen und Kroaten auftreten! Damit wird den Vertretern der Minderheiten klar gesagt: Wenn ihr jetzt nicht endlich dem Volksgruppengesetz zustimmt, dann wird es keine Chance mehr geben, das Gesetz im Nationalrat zu entschärfen und Zugeständnisse hineinzuflicken! Umgekehrt zeigt diese Vorgangsweise allerdings umso deutlicher, was von diesem Gesetz zu halten ist:
Es dient überhaupt nur zur Durchsetzung der reaktionären Minderheitenpolitik der Regierung mit Prozentklauseln und der Minderheitenfeststellung als Kern.

... und um den Kärntner Heimat dienst

Erpressung und demokratisches Mäntelchen kennzeichnet auch die Manöver der bürgerlichen Parteien um den Kärntner Heimat-Dienst und andere offen faschistische und deutschnationale Kräfte. Am ärgsten treibt es auch hier wiederum die Regierung und die SPÖ. So schiebt die Regierung in letzter Zeit bei jeder Gelegenheit den KHD in den Vordergrund, lädt ihn zu den Verhandlungen im Nationalrat ein und fördert seine Tätigkeit. Zugleich distanziert sich die AZ und die Vertreter von Regierung und SPÖ von dieser Organisation, verweist aber auf seine Stärke und Verankerung in der deutschsprachigen Bevölkerung. So hat der stellvertrende Klubobmann der SPÖ die Frechheit zu behaupten, daß in Österreich die Einstellung der deutschsprachigen Bevölkerung für nicht ganz normal gehalten würde, da diese in ihrer Mehrheit slowenenfeindlich sei wegen der "Urangst". Die Stärke des Einflusses des Deutschnationalismus unter den Kärntner Werktätigen sogar im Kleinbürgertum ist in Wahrheit aber schon seit geraumer Zeit im Sinken begriffen. So erwartete der KHD weit über 10.000 Menschen bei der Denkmalenthüllung für den Konterrevolutionär und Nazi Steinacher; gekommen sind nicht einmal ein Drittel. In Wahrheit ist natürlich nicht die Masse der Kärtner Proletarier und Bauern chauvinistisch, sondern die Bourgeoisie und ihre politischen Vertreter. Nur, daß die SP-Regierung den Chauvinismus ihrer Politik und ihrer Partei verhüllen möchte als Kompromiß zwischen dem "Deutschnationalismus der Kärtner" und den "demokratischen Bestrebungen" der SPÖ. Umso wichtiger ist es, daß man sieht,daß die jüngste Aufwertung des deutschnationalen KHD und andere Kräfte maßgeblich dazu dient, die verhülltere Spielart des Chauvinismus und der Diskriminierung, die Regierungspolitik, die beiden Gesetzentwürfe, durchzubringen; diese sogar als eine Politik des "Ausgleiches" zu präsentieren. Mit diesem Betrugsmanöver notwendig verbunden, geht auch die Drohung gegenüber der slowenischen Minderheit einher, gegebenenfalls wieder die offene chauvinistische Hetze und den offenen deutschnationalen Druck zu einem Element der Durchsetzung der Regierungspolitik zu machen.
Freilich ist die Regierung auch mit diesem taktischen Schritt, der Aufwerung des KHD, nicht ohne Widerstand durchgekommen. Viele Organisationen haben gegen die Einladung des KHD zu den Parlamentsverhandlungen Stellung genommen

Dem Volksguppengesetz positive Forderungen nach wirklicher Gleichberechtigung entgegenhalten

Wie für die Bourgeoisie die Hauptfrage in dieser Auseinandersetzung darin liegt, ob es ihr gelingt, die Diskriminierung der Minderheiten aufrechtzuerhalten und sogar zu vertiefen, und zwar mit Hilfe der Minderheitenfeststellung und der Prozentklausel, so muß es auch für die Bewegung gegen die Minderheitenfeststellung die Hauptfrage sein, ob es gelingt, diese zu verhindern und vorwärts zu gehen zur Beseitigung der Diskriminierung.

Die Bewegung gegen die Minderheitenfeststellung hat auch in den letzten Wochen an Breite und Tiefe gewonnen.Sie hat in Wien zwei Höhepunkte erfahren: Die Aktionen der Studenten und anderer fortschrittlicher Menschen gegen den Vortrag von Scrinzi auf der Universität und die Demonstration von 31.5. zum Bundeskanzleramt.
Als allererstes und unmittelbares Ziel hat die Bewegung die strikte Ablehnung der beiden Gesetzesentwürfe.
Darüberhinaus ist es aber für den Verlauf der Gesamtbewegung entscheidend, ob sich in der Bewegung klare, positive Forderungen durchsetzen, die dem Chauvinismus und der Diskriminierung der slowenischen

Forts.nächste S.

Forts.von S.3

und kroatischen Minderheiten durch die Bourgeoisie und ihrem Staat entgegengesetzt werden.
Sowie der imperialistische und reaktionäre Charakter der Bourgeoisie diese gesetzmäßig dahin treibt, daß sie Chauvinismus und Unterdrückung der Minderheiten auf ihre Fahne schreibt, so muß die Arbeiterklasse den vollständigen Demokratismus, die Abschaffung jeglicher Rechtsungleichheit, jeglichen Privilegs des Deutschen gegenüber den Sprachen der Minderheiten auf ihre Fahnen schreiben, d.h. solche Forderungen erheben, die dem Zustand der Rechtsungleichheit ein Ende setzen. Das Aufstellen solcher Forderungen ist die Lebensfrage der Bewegung gegen die Diskriminierung, wenn sie stärker werden und vorwärtsgehen soll zum Angriff auf die gesamte Minderheitenpolitik der Bourgeoisie.

Heute herrscht eine krasse Zurücksetzung des Slowenischen und Kroatischen sowohl vor den Ämtern und Behörden als auch bei den Gerichten. Ein slowenischer Arbeiter oder Bauer kann sich nicht einmal in seinem eigenen Lebensbereich seiner Muttersprache bei den öffentlichen Einrichtungen bedienen.

Gleichberechtigung kann aber nur dann existieren, wenn jeder slowenische Arbeiter oder Bauer die Möglichkeit hat, sich in seiner Muttersprache bei allen Behörden, Ämtern und Gerichten zu bedienen und zwar nicht unter irgendwelchen Sonderbedingungen, sondern als gleichberechtigte Amts- und Gerichtssprache. Insbesondere muß im Lebensraum der Minderheiten ein vollkommen zweisprachiger Verkehr ohne irgendwelche Dolmetscher gewährleistet sein. Ganz richtig fordern daher die slowenischen Zentralorganisationen, daß "durch Anstellung von 2-sprachigen Personen der unmittelbare Kontakt der slowenisch sprechenden Personen und Beteiligten mit den Ämtern und Gerichten gewährleistet wird." Krasse Ungleichheit, Herabsetzung des Slowenischen und Kroatischen herrscht auch im Volksbildungswesen. Diese geht von direkter Repression gegen zum zweisprachigen Unterricht angemeldete Kinder bis zur Tatsache, daß es oft gar keine Möglichkeit für einen zweisprachigen Unterricht gibt. Dagegen muß das Recht auf ausreichenden, dem normalen Unterricht entsprechenden Unterricht gefordert werden.
Die Frage der topographischen Aufschriften wird von den bürgerlichen Parteien so behandelt, als ob diese Auskunft nicht über den Namen des Ortes geben würden, sondern über die Zusammensetzung der Bevölkerung des Ortes. Dagegen muß gefordert werden, daß zweisprachige Aufschriften überall dort stehen müssen, wo Angehörige der Minderheiten normalerweise verkehren und diese Einrichtungen oder Ortschaften daher zweisprachig benannt werden. Sehr richtig heißt es in der Stellungnahme der Slowenenorganisationen:"...muß die volle Gleichberechtigung der Slowenen hinsichtlich der topographischen Aufschriften und Bezeichnungen sowohl am Orte seines ständigen Wohnsitzes als auch in den Zentren, in denen er beschäftigt ist, wo er sich schult...gewährleistet sein."
Darüberhinaus muß ein allgemeines mit Sanktionen bewährtes Verbot erlassen werden gegen jede diskriminierende und chauvinistische Handlungen eines Staatsorganes. Diese Forderungen verwirklichen zunächst nichts anderes als die Beseitigung der rechtlichen Benachteiligung der Slowenen und Kroaten. Sie sind in diesem Sinne allgemeine Forderungen des konsequenten Demokratismus. Sie müssen unterschieden werden von einer wirklichen Förderung der Minderheiten. Eine solche Förderung der kulturellen Tätigkeit, des Gebrauches und der Pflege der Sprache ist durchaus sinnvoll, nur darf der Mangel einer solchen einem nicht den Blick auf den noch viel größeren Mangel trüben, nämlich die Existenz der Ungleichheit, der Diskriminierung. Indem die Bewegung gegen die Diskriminierung und dem Chauvinismus positive Forderungen nach tatsächlicher Gleichberechtigung auf ihre Fahnen schreibt, tritt sie auch für eine sinngemäße und vollständige Erfüllung des Artikel 7 des Staatsvertrages ein. Nur in diesem Sinne kann auch die Forderung nach vollständiger, bedingungsloser Erfüllung des Artikel 7 Bedeutung und Nutzen für die Bewegung haben. Sie verliert ihre positive Bedeutung, wenn an Stelle klarer Forderungen zur Herstellung tatsächlicher Gleichberechtigung, der Ruf nach der "Verwirklichung der Verfassung" tritt. Das Ziel der Bewegung kann, soll sie erfolgreich sein, nur in einem Gesetz liegen, das die Aufhebung jeglicher Rechtsungleichheit - jeglicher Diskriminierung der Minderheiten und ihrer Sprachen - insbesondere im öffentlichen Leben und in der Volksbildung zum Inhalt hat, liegen.
Nur durch ein solches Gesetz kann auch der Artikel 7 sinngemäß und vollständig erfüllt werden. GF

Scrinzi-Auftritt
Spontane Demonstration gegen Slowenenhetze

Am 18.5. veranstaltete der FPÖ nahe RFS auf der Universität eine Veranstaltung mit dem FPÖ-Abgeordneten Scrinzi zum Thema: "Minderheitenfeststellung = gerechte Lösung des Minderheitenproblems".
In nur einem Tag gelang es mehreren Studentenorganisationen (MLS, VSSTÖ, KSV, GRM, FÖJ) und Studentenvertretungen sowie spontan gebildeten Agitationstrupps über 1000 Menschen zu einer Gegenkundgebung vor dem Hörsaal, in dem die erzreaktionäre Provokation stattfinden sollte, zu versammeln. Sie wollten die Durchführung der Veranstaltung verhindern, da sie der Meinung waren, daß man der Slowenenhetze und dem Chauvinismus entgegentreten müsse, stießen dabei aber auf eine große Anzahl von Polizisten, die mit Stahlhelmen und Gummiknüppeln ausgerüstet waren und die Teilnehmer der Gegenkundgebung mit Gewalt aus der Universität vertrieben. Während so der Erzreaktionär Scrinzi seine Hetzveranstaltung unter dem gemeinsamen Schutz von knüppelbewehrten Faschisten und der Wiener Polizei abhielt, zogen die empörten Kundgebungsteilnehmer zum Bundeskanzleramt, um gegen die Aufwertung und den Schutz der Faschisten durch die Regierung und die Polizei zu protestieren. Vor dem Bundeskanzleramt verabschiedeten die Demonstranten eine Resolution gegen die Minderheitenfeststellung und die Aufwertung der Deutschnationalen durch die Regierung.
Am Ende der Veranstaltung kündigten dann die Vertreter der zur Aktion aufrufenden Organisationen eine Demonstration gegen die Minderheitenpolitik der Regierung an. Diese fand dann am 31.5. statt.

Die Scrinzi-Veranstaltung und die Demonstration zeigten deutlich zweierlei:
1. Die Regierung meint es ernst mit ihrer Minderheitenpolitik und sie bedient sich zu ihrer Durchsetzung der offen faschistisch und deutschnationalen Kräfte, denen sie ihrerseits wiederum Feuerschutz gibt.

2. Diese Politik der Regierung, wie auch der Deutschnationalismus, stößt auf breite Ablehnung auch unter der studierenden Jugend.

EINLADUNG DES KHD ZU DEN VERHANDLUNGEN IM NATIONALRAT STÖSST AUF BREITE ABLEHNUNG!

Bekanntlich haben der KB Wien und die anderen Kommunistischen Bünde und Gruppen vor kurzem verschiedene Organisationen aufgefordert, gegen die Einladung des KHD zu den Verhandlungen im Nationalrat zu protestieren, um den Zweck dieser Einladung, Aufwertung der offenen deutschnationalen Kräfte durch die Regierung, zu durchkreuzen. Bisher haben bereits mehrere politische Organisationen, verschiedene Studentenorganisationen und ÖH-Organe, die beiden Slowenenorganisationen und das Klagenfurter Solidaritätskomitee ihre Empörung über die Einladung zum Ausdruck gebracht. Auch auf der Demonstration am 31.5. war dies eine der Hauptlosungen. ■

SP-Ministerium will Slowenisch- und Serbokroatisch Lehramt in Wien abschaffen

Ganz auf der Linie der bisherigen SP-Minderheitenpolitik liegt eine Verschärfung, die im Entwurf der neuen Studienordnung Slavistik enthalten ist (§1(2)). Die Lehramtsstudien Slovenisch und Serbokroatisch, die man bisher in Wien, Graz und Klagenfurt absolvieren konnte, sollen jetzt beide nur mehr in Klagenfurt möglich sein.
Was das bedeutet ist klar: Die Slovenisch-Studenten sollen in Klagenfurt stärker unter Kontrolle gehalten werden und direkt "unter Aufsicht" studieren; Kroaten aus dem Burgenland, die ja den größten Teil der Serbokroatisch-Lehramtsstudenten ausmachen, werden kaum nach Klagenfurt studieren gehen, wenn sie die Uni Wien "vor der Türe" haben.

Diese Maßnahme würde eine ziemliche Verringerung der Zahl der Slowenisch- und Serbokroatisch-Lehrer zur Folge haben, was wiederum für die Regierung - längerfristig - ein Argument wäre, den Slowenisch- bzw. den Serbokroatisch-Unterricht einzuschränken oder gar abzuschaffen.
Die Studenten haben gegen diese geplante Maßnahme schärfstens protestiert und selbst die Professoren des Slavistischen Instituts haben diesen Entwurf abgelehnt.

D.W.
MLS-Zelle Slavistik

Wertheim
„Gleiche Rechte für Arbeiter und Angestellte!"

"Kollege G. ist hochqualifizierter Facharbeiter in unserer Firma. Bei einem Unfall erlitt er Verbrennungen 3.Grades. Der Krankenstand dauerte länger als er Entgeltanspruch hatte. Kollege G. müßte sich neuerlich einer Operation unterziehen. Jetzt beginnt aber das Problem. Kollege G. ist verheiratet und Vater eines einjährigen Kindes. Er ist Alleinverdiener. Die Wohnkosten dieser Familien betragen monatlich allein schon S.1.500.-
Mit dem Krankengeld der Krankenkasse kann er die Lebenshaltung seiner Familien nicht bestreiten. Resultat: Kollege G. quält sich.und arbeitet bis er wieder Anspruch auf Entgeltfortzahlung hat. Für ihn gilt nicht die medizinische Notwendigkeit, seine wirtschaftliche Lage zwingt ihn vielmehr, seine Gesundheit hintanzustellen."
(Aus: Informationsblatt des Arbeiterbetriebsrates der Wertheim-Werke - Mai 76)

Dieses Beispiel zeigt, daß für die Lohnabhängigen und ihre Familien, die Existenz im Krankheitsfall keinesfalls gesichert ist. Obwohl immer den Arbeitern eingeredet wird, es gäbe in Österreich einen "Wohlfahrtsstaat", zeigt die Realität etwas anderes: Nach 2 Monaten bekommen die Arbeiter nur mehr 60% ihres Lohnes als Krankengeld!

Gegen diese schlechte Lage der Arbeiter begann im Betrieb schon vor längerer Zeit eine breite Bewegung. Die Arbeiter fordern die Angleichung der Rechte der Arbeiter an die der Angestellten im Krankheitsfall. Aufgrund innerbetrieblicher Vereinbarungen bekommen die Angestellten ein Jahr lang einen Betrag in der vollen Höhe ihres Gehalts ausbezahlt, wenn sie krank sind. Die Durchsetzung ihrer Forderung würde für die Arbeiter eine echte Verbesserung ihrer Situation bringen und wäre durch die Vereinheitlichung der Bestimmungen für Arbeiter und Angestellte eine gute Voraussetzung für einen Kampf um weitere Verbesserungen, z.B. für einen vollständigen Kündigungsschutz für die gesamte Dauer der Krankheit.

„Hunde wollt ihr ewig leben?"

Alle Kollegen beschlossen auf einer Betriebsversammlung in den Abteilungen Plakate aufzuhängen und diskutierten ihre Forderungen. Es wurden eine Reihe von Plakaten aufgehängt, die den starken Willen und das Bewußtsein der Arbeiter ausdrückten: "Wir sind Menschen 2.Klasse, die Unternehmer 1. Klasse"; "Alle Menschen sind gleich - manche sind gleicher"; "Sind wir Arbeiter Menschen 2.Kategorie?"; "Hunde wollt ihr ewig leben!" (an die Kapitalisten gerichtet) usw. Die Diskussionen im Betrieb und das Aufhängen von Plakaten sind ein guter Weg, die Einheit und Solidarität der Arbeiter zu stärken und die Wertheim-Kollegen sind hier ein gutes Beispiel dafür, wie und daß die Einheit im Betrieb hergestellt werden kann. Am 20.5. gingen am vormittag ca. 130 Kollegen zum Betriebsrat und forderten die Einberufung einer neuerlichen Betriebsversammlung für den 24. Mai. Dort wurde von den Arbeitern einstimmig beschlossen: die Forderung nach Angleichung der Rechte der Arbeiter an die Angestellten im Krankheitsfall muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Und ein Betriebsrat sagte: "Heute geht's um die Durchsetzung dieser Forderung. Und sollte die Firmenleitung nein sagen, so wird es bei Wertheim einen Kampf geben, wie es ihn noch nie gegeben hat." Auch wurde die Einrichtung einer Streikkassa beschlossen, in die jeder Facharbeiter 40.- und jeder Hilfsarbeiter 20.- wöchentlich einzahlen. Daß eine Streikkassa beschlossen wurde, zeigt, wie ernst es den Kollegen mit der Forderung ist und daß sie bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen, um zu ihren Rechten zu kommen. Die Forderung wurde der Firmenleitung überbracht, und sie wurde aufgefordert, baldigst Antwort zu geben.

Genauso wie es wichtig war, die Solidarität im Betrieb herzustellen, ist es aber auch wichtig, in der ganzen Arbeiterklasse Unterstützung zu suchen. Die Forderung nach Krankengeld in der Höhe des vollen Lohns bis zu einem Jahr Krankheitsdauer ist nicht nur für die Wertheimer wichtig, sondern für alle Arbeiter und Angestellten. Deshalb müssen wir auch die Gewerkschaft auffordern, die Forderung in ihr Programm aufzunehmen und den Kampf der Wertheimer zu unterstützen.

Kollektiv
Wertheim-Schrack

Innsbruck
Spitzel bei Maidemonstration verjagt

Bei der 1.Mai-Demonstration des KB-Tirol nahmen dieses Jahr, wie auch in früheren Jahren, zahlreiche ausländische Arbeiter teil.
Als der Demonstrationszug in die Meinhardstraße einbog, wurde an der Ecke Meinhardstraße-Brixnerstraße der türkische Spitzel gesichtet.
H.Ö. ist Mitglied einer faschistischen türkischen Organisation.
Es ist noch in Erinnerung, wie er bei der letztjährigen Maidemonstration die Namen von 2 türkischen Kollegen aufschrieb und verkündete, er werde sie an die Polizei weitergeben (siehe Bild).



Diese Kollegen wurden eine Stunde später von der Polizei angehalten. Die Polizeibeamten verständigten den Betrieb und die Kollegen wurden prompt auf die Straße gesetzt.

Diesmal hatte H.Ö. im Voraus den türkischen Kollegen verkündet, er werde Fotos von den demonstrierenden Türken machen und an den türkischen Geheimdienst weiterleiten. Das sollte ihm nicht gelingen. Als ein türkischer Genosse ihn erkannte, wurden die Demonstranten und Passanten sofort über Lautsprecher auf den Spitzel aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurde er umzingelt und am Fotografieren der türkischen Kollegen gehindert. Einige Genossen sprachen die Passanten an und erläuterten ihnen, wer H.Ö. ist.
Der Haß der Bevölkerung gegen den Spitzel war derart offensichtlich, daß die Polizei nicht einzugreifen wagte. H.Ö. blieb nichts anderes übrig, als schleunigst zu verschwinden.

Raus mit allen ausländischen Geheimdiensten und ihren Spitzeln aus Österreich!
H.Ö.soll ausgewiesen werden!

Einführung der Gleitzeit bei Kapsch: Ein übler Trick

Bei uns ist in einigen Abteilungen seit 3 Monaten probeweise die Gleitzeit eingeführt. Am 12.5. fand nun eine Betriebsversammlung statt, auf der über die Erfahrungen mit der Gleitzeit debattiert werden sollte.
In seinem Referat betonte der Betriebsratsobmann Bossler die großen Vorteile der Gleitzeit, v.a. die "freie Entscheidung" der Kollegen über Arbeitsbeginn und Arbeitsende. Wie es damit wirklich ausschauen wird, wenn die Angestellten in der geplanten Abstimmung tatsächlich der Einführung der Gleitzeit zustimmen, hat kürzlich unabsichtlich ein besonders "gewissenhafter" Abteilungsleiter verraten:

In der Abteilung "Planung und Steuerung" wurde mit Einführung der Gleitzeit bereits auch eine genaue Einteilung getroffen, welcher Kollege wann länger dableiben muß - bzw. früher weggehen kann. Arbeitsbeginn und Arbeitsende werden also direkt vom Arbeitsanfall abhängig gemacht. So wird es nach Einführung der Gleitzeit bei uns auch in sehr vielen Fällen aussehen, und die Lage in Betrieben, wo die Gleitzeit schon eingeführt ist, zeigt deutlich, daß sich die Kapitalisten die Chance der Gleitzeit, die Arbeitszeit der Kollegen an den Arbeitsanfall anzupassen, nicht entgehen lassen. Daß das jetzt, vor der Abstimmung schon bekannt wird, ist sicher nicht im Interesse der Kapsch-Kapitalisten. Das kann aber den Kollegen, die noch an die "freie Entscheidung" über Arbeitsbeginn und - Ende bei Einführung der Gleitzeit glauben, die Augen öffnen und sie zur Ablehnung der Gleitzeit bringen.

r.b.
Kapsch-Kollektiv

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 4.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 60.- im Inland, S 70,- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37.
Redaktionsschluß: 1.6 Erscheinungstermin: 3.6
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Leserbrief
Arbeitssuche bei der Gemeinde Wien eine Irrfahrt

Ich bin ein türkischer Schlosser. Ich lebe seit 1970 in Österreich. Bis vor einige Monate war ich arbeitslos. Da es viele Anzeigen und Werbungen gibt, bin ich zum Arbeitsamt gegangen, mit dem Heft, in dem hunderte Arbeitsanzeigen stehen. Nach unserem Gespräch hat der Arbeitsamtangestellte mich zur Gemeinde Wien geschickt. Als ich mich bei der Personalaufnahme der Gemeinde vorgestellt habe,hat der Angestellte mich angelächelt und mit einer Karte in das Wilhelminenspital geschickt. Ich war bei der Personalaufnahme dieses Krankenhauses und dann wurde ich weiter in andere Spitäler geschickt.
Ich war iregndwie wie ein Paket, das man von einem zum anderen Krankenhaus schickt. Das hat drei Monate gedauert. Nach dem dritten Monat habe ich das Spiel aufgehört, weil es mir wirklich zu viel war.

Ich arbeite jetzt wieder als Schlosser in einer kleinen Werk statt und werde nie mehr den Arbeitsanzeigen der Gemeinde Wien und des Arbeitsamtes glauben und diese Hefte nicht einmal in die Hand nehmen. Diese Arbeitsanzeigenhefte, die man überall auf unsere Kosten gratis bekommt, zeigen die volksbetrügerische Arbeitsmarktpolitik der sozialdemokratisch regierenden Gemeinde Wien.

A.K.
"Gast"schlosser aus der Türkei

Wirtshaus in Fünfhaus-für Türken verboten



In unserem Bezirk hat der Fremdenhaß in der letzten Zeit zugenommen. Es gibt bei uns zuviel Abbruchhäuser, man steckt die Gastarbeiter in diese Häuser mit den hohen Zinsen hinein, damit man das Letzte , was in den Lohnsackerln übrig bleibt, auch ausbeuten kann. Wo es viel Gastarbeiter gibt, steigt der Fremdenhaß der Wiener Bevölkerung auch in die Höhe. Das obenstehende Bild zeigt das Schild, das der Wirt eines Wirtshauses auf seine Tür geklebt hat. Es steht in der türkischen Sprache: "Es ist verboten für Türken"!

N.S.
"Gast"reinigungsarbeiter

Lohnverhandlungen bei Elin

Etwa Mitte Juni sollen bei Elin die Verhandlungen zwischen der Firmenleitung und dem Zentralbetriebsrat über eine individuelle Lohnerhöhung und die Auszahlung einer sogenannten Treueprämie abgeschlossen werden. Das Angebot der Firmenleitung für die "Indtviduelle", die nur etwa ein Drittel der Belegschaft bekommen soll, lautet auf 1,9%. Der Zentralbetriebsrat verlangt - wie es heißt - 2,5 %.
Über die Höhe der Forderung reden allerdings die maßgeblichen SP-Betriebsräte nicht gern. Das ist kein Wunder, denn heuer liegt bereits die Forderung unter dem Ergebnis des vergangenen Jahres. (1975 betrug die individuelle Lohnerhöhung 2,65%).
Die Prämie soll heuer etwas höher sein als im Vorjahr, nämlich 120 statt 100.-. Diesen Betrag soll man für jedes Jahr erhalten, das man bei der Elin abgedient hat; diese Treueprämie bekommt man aber nur bei einer Betriebszugehörigkeit von mindestens 3 Jahren.

Eine Reihe von Kollegen, darunter auch etliche Mitglieder der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, sind gegen eine individuelle und für eine allgemeine Lohnerhöhung. Jetzt ist es notwendig Druck auf den Betriebsrat auszuüben, damit er für eine allgemeine Lohnerhöhung eintritt.

Elin-Kollektiv

Eumig
Wie die Kapitalisten mit

Vor zwei Wochen hat eine Stanze einer Kollegin - sie war erst 14 Tage im Betrieb - die Fingerkuppe weggestanzt...
Elektroschaden: irgendein Schalter oder ein Relais ist ausgefallen. In der Woche darauf tritt bei zwei weiteren Maschinen der gleiche Fehler auf - zu ihrem Glück haben die Frauen ihre Hände gerade nicht unterm Werkzeug - es passiert nichts. Aber der Schock für die Frauen in dieser Abteilung war gross. Wie soll man da noch sicher sein bei der Arbeit, wenn die Sicherheitsvorrichtungen gar nicht sicher sind? Wenn einem Finger und Hände lieb sind, mß man höllisch aufpassen. Aber dazu hat man keine Zeit, wenn man Akkord arbeitet.
Außerdem: Aufpassen hilft gar nichts, wenn die Maschine nicht in Ordnung ist. Da müßte die Maschine ständig überprüft werden. Aber die Frauen selbst sind keine Elektriker und von der Elektronik einer automatischen Maschine verstehen sie auch nichts. Den Einstellern geht es in der Hinsicht auch nicht viel besser. Außerdem haben sie gar keine Zeit. Wenn einer Kollegin auffällt, daß die Maschine nicht in Ordnung ist, kümmert sich niemand darum, solang sie überhaupt noch geht. Wenn sie steht, ist das ganz anders. Sehr schnell wird dann dafür gesorgt, daß in der Produktion keine Stockung auftritt.
Aber es sind nicht nur die Finger, die bei der Arbeit gefährdet sind. Das sind überhaupt nur die "kleinen" Unfälle. Es hat auch schon viel schwerere gegeben.
Einer Kollegin wurden von

Gemeindespitäler
Das bringt das Gehaltsabkommen

Erhöhung der Grundgehälter einschließlich der allgemeinen Dienstzulage:

	Dienstjahre	ab 1.7.	ab 1.1.77
Verwendungsgruppe 5:	1.-6.DJ:	496 S	60 S
Bedienerinnen, Küchengehilfinnen,	10.DJ:	511 S	71 S
Magazin und Hausarbeiter	20.DJ:	537 S	76 S
Verwendungsgruppe 3/P:	1.-6.DJ:	537 S	80 S
Facharbeiter, Monteure, Heizer,	10.DJ:	561 S	85 S
Sanitäts- und Operationsgehilfen	22.DJ:	604 S	95 S
Verwendungsgruppe C Schema IV:	1.-6.DJ:	545 S	86 S
Schwestern, Pfleger	10.DJ:	574 S	88 S
	22.DJ:	653 S	108 S
Verwendungsgruppe IX: Sektionschef:	höchste Gehaltsstufe:	2604 S	400 S
Magistratsdirektor		7291 S	1120 S

Das also brachte uns das neue Gehaltsabkommen: für die Bediensteten völlig unzureichende Erhöhungen (die Zulagen wurden im Durchschnitt überhaupt nur um 6 % erhöht), für die Spitzen der Gemeinde und des Staates aber durchaus ausreichende Teuerungsabgeltungen.
Nicht nur, daß wir jetzt real weniger verdienen als früher: die geringen Grundgehälter sollen uns weiter davon abhalten, daß wir uns dagegen wehren, jede Woche 47 Stunden und mehr zu arbeiten, weil wir die ca.2.000.- Überstundenpauschale dringend brauchen, um mit dem Geld zurechtzukommen.
Mit diesem Abschluß hat die Regierung ihr Ziel erreicht: Einsparungen bei den Gehältern der Öffentlich Bediensteten, um mehr Geld für die Kapitalisten flüssig zu haben. Eines ist ihr allerdings nicht gelungen: das Abkommen mit einen Stillhalteabkommen zu koppeln, wie das bisher so üblich war.
Aufgrund der Proteste der Bediensteten in den verschiedensten Bereichen hat es die Gewerkschaftsführung nicht gewagt, sich gesetzlich dazu zu verpflichten, bis Ende 77 keine neuen Gehaltsforderungen zu stellen. Das ist günstig für uns, weil wir dadurch keine gesetzlichen Schranken im Weg haben, wenn wir noch vor dem Auslaufen dieses Abkommens eine neuerliche, ausreichende Gehaltserhöhung verlangen. Eine solche Gehaltserhöhung wird sich allerdings nicht von allein einstellen. Auch wird die Gewerkschaftsführung das nicht von selber tun - das haben wir bei diesen Gehaltsverhandlungen erfahren. Eine ausreichende Gehaltserhöhung werden wir nur dann bekommen, wenn es uns gelingt, durch den Druck der Mitglieder, die Gewerkschaftsführung zu einer Politik in unserem Interesse zu zwingen.

L.M.

unserer Gesundheit spielen

einer Maschine die Sehnen auf der Hand durchgetrennt. Ein Kollege fiel in eine Glasplatte und hatte schwere Schnittwunden; für solche Fälle wird sowenig vorgesorgt, daß nicht einmal eine Tragbahre gefunden wurde, ihn wegzubringen. In der Galvanik fiel ein Kollege in eines der Säurebäder und holte sich Verätzungen am ganzen Körper.

ÜBERLASTETE MASCHINEN - MEHR UNFÄLLE

Die Firma Eumig ist ein aufstrebendes Unternehmen. In die ganze Welt exportiert sie Kameras und Projektoren. Aus der ganzen Welt kriegt sie Aufträge, unlängst einen von Polaroid. Riesigen Profit haben die Kapitalisten hinter diesem Auftrag gewittert und ihn übernommen. Jetzt soll er mit den gleichen Maschinen und den gleichen Arbeitern zusätzlich zu dem, was bisher gemacht wurde, anlaufen. Menschen und Maschinen müssen bis aufs Äußerste ausgelastet werden, dann rentiert sich für die Kapitalisten das Wirtschaften. Überlastete Maschinen werden schnell kaputt. Überlastete Menschen können sich schlechter konzentrieren und verletzen sich öfters. Aber was kümmert das die Kapitalisten, solange der Profit stimmt. Kann eine Frau wegen eines Unfalls nicht mehr arbeiten, so findet er leicht eine neue. Wir Arbeiter haben aber sehr viel Interesse an unserer Sicherheit. Wir wollen keine Invaliden werden. Weil wir die einzigen sind, die an unserer Sicherheit interessiert sind, müssen wir selbst darüber wachen können: KONTROLLE DER SICHERHEIT DER BELEGSCHAFT DURCH DEN BETRIEBSRAT!

T.F.

Philips-Kapitalisten: Mit Zuckerbrot und Peitsche

Die Betriebsleitung von Philips hat - nicht zuletzt auf Grund der guten Auftragslage einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung zugestimmt. Die Akkordarbeiterinnen sollen 5% bekommen, die besser verdienenden (Facharbeiter) 4,5% und die im Zeitlohn Beschäftigten 8o g Pro Stunde, das sind ca. 2,3 - 2,6%. Die Erhöhung wird also zwischen 12o,- und 3oo,- brutto im Monat ausmachen. Für die Angestellten ist ebenfalls eine Gehaltserhöhung vorgesehen, ebenso bei den Lehrlingen eine Anhebung der Lehrlingsentschädigung. Für die Kollegen bei Philips war das natürlich eine gute Nachricht, nicht nur weil sie in der letzten Zeit genug Lohneinbußen durch Zwangsurlaub und Nachhauseschickenmit 75% hingenommen haben, sondern vor allem deshalb, weil der KV-Abschluß in keiner Weise die ständig steigenden Lebenshaltungskosten wettgemacht hat.

So gut die Tatsache einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung ist, so schlecht ist aber, daß es keine einheitliche Lohnerhöhung für alle gleich gegeben hat. Die Kollegen, die auf Zeitlohn arbeiten, bekommen weniger als die Akkordarbeiterinnen, obwohl die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten für alle gleich verteuert haben.

Bei den Angestellten soll die Gehaltserhöhung ganz nach Gutdünken des Abteilungsleiters aufgeteilt werden. Nach welchen Gesichtspunkten er das macht, das wird von der Betriebsleitung bestimmt. Was die Kapitalisten mit dieser üblen Taktik - nämlich Aufteilung nach "Gutdünken" des Abteilungsleiters bei den Angestellten und unterschiedliche Prozentsätze für die Arbeiter, erreichen wollen, ist Mißtrauen und Uneinigkeit unter den Kollegen zu erzeugen. Mißtrauen und Uneinigkeit kann die Belegschaft bei Philips aber nicht brauchen. Auffallend ist, daß die Philips-Kapitalisten mit einer Lohnerhöhung genau zu dem Zeitpunkt herausgerückt sind, wo sie unter der Bezeichnung "Teilzeitbeschäftigung" in Zeitungsinseraten Akkordarbeiterinnen für die Zeit von 16 bis 22 Uhr suchen. Jetzt wo es gilt in kurzer Zeit so viel wie möglich zu produzieren und die Maschinen voll auszunutzen, bedeutet die Einführung von Schichtarbeit einen gewaltigen Vorteil für die Kapitalisten . Für die Kolleginnen bei Philips würde das aber eine gewaltige Verschlechterung bedeuten. Deshalb muß die Belegschaft jeden Versuch abwehren, der zur Einführung der Schichtarbeit dient. Die Kollegen müssen dafür sorgen, daß der Betriebsrat keiner Maßnahme zustimmt, die auf eine Einführung der Schichtarbeit hinzielt.

R.R.
(Betriebskollektiv Philips)

Pflegeurlaub ändert nichts an der Misere der berufstätigen Mütter

Eine Erhebung in Wiener städtischen Kindergärten hat ergeben, daß zur Pflege ihrer erkrankten Kinder 16 Prozent der berufstätigen Mütter Teile ihres Urlaubs opfern bzw. 28 Prozent selbst in den Krankenstand treten müssen. Wie viele Frauen davon betroffen sind wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß in Österreich fast jede zweite Mutter mit Kindern unter 15 Jahren einen Beruf ausübt.

Über diese unhaltbaren Zustände konnte sich auch die SP-Regierung nicht hinwegsetzen. Im Rahmen ihres "Reformprogramms" propagiert sie daher schon seit längerer Zeit einen "Pflegeurlaub" im Ausmaß von einer Woche pro Jahr. Mitte Mai haben sich nun Gewerkschaftspräsident Benya und Bundeskammerchef Sallinger darauf geeinigt, diesen "Pflegeurlaub" gemeinsam mit dem vierwöchigen Mindesturlaub ab 1.1.1977 einzuführen.

Für die Werktätigen bedeutet die angestrebte Regelung keinesfalls eine Lösung des Problems. In diesem Staat, der alle krank macht - bis auf die wenigen, die sich an ihm gesundstoßen - , werden die Kinder in Zukunft nicht weniger oft das Bett hüten müssen als bisher:

Kinder bis zu 15 Jahren erkranken durchschnittlich ein- bis zweimal pro Jahr. Am häufigsten an Erkältungskrankheiten, Kinderkrankheiten, Erkrankungen des Ohres und Verletzungen. Erkältungskrankheiten dauern durchschnittlich 8 Tage, Ohrenkrankheiten 11 Tage, Kinderkrankheiten und verletzungen 14 Tage.
Mehr als ein Drittel der Kinder bedarf durchschnittlich zwei- bis drei mal pro Jahr der Hilfe eines praktischen Arztes, eines Fach- und eines Zahnarztes.
Eine Untersuchung hat ergeben, daß 30 Prozent der Schulanfänger Fußschäden und 43 Prozent ein kariöses, nicht saniertes Gebiß aufweisen; fast jeder zehnte Schulanfänger trägt trotz mangelhaftem Sehvermögen keine Brille.

Und was soll eine Woche "Pflegeurlaub", wenn ein Kind mehrmals hintereinander erkrankt, oder wenn in einer kinderreichen Familie ein Kind das andere ansteckt. Hier entlarvt sich die "Kinderfreundlichkeit" der SPÖ als Regierungspartei.

Daß ein Elternteil oder sonst ein im Haushalt lebender Erwachsener erkranken und der Pflege bedürfen könne, daran zu denken hat man vermieden.

Diese "Reform" bedeutet insgesamt eine Verschlechterung. Hat es bisher die Möglichkeit gegeben, unter Berufung auf die Sorgepflicht, solange wie notwendig bei einem kranken, pflegebedürftigen Familienangehörigen zu bleiben, so soll dies jetzt auf eine Woche pro Jahr eingeschränkt werden. Von diesem "Recht", das nun von Sozialminister Häuser demagogisch zitiert wird, hat allerdings kaum jemand Gebrauch gemacht. Der unmittelbare Druck der Chefs und die Angst um den Arbeitsplatz hat die Betroffenen davon abgehalten. Jetzt soll die gesetzliche Beschränkung auf eine Woche pro Jahr vom bürgerlichen Staat durchgesetzt werden.

Wenn man von den Interessen der Werktätigen ausgeht, dann zeigt sich auch bei dieser "Reform", dem Pflegeurlaub, der volksfeindliche Charakter der Regierungspolitik. Für uns kann das nur heißen, allen Versuchen, dieses Gesetz mit dem 1.1.1977 in Kraft treten zu lassen, entgegenzutreten und die richtige Forderung möglichst breit zu verankern: BEZAHLTER URALUB BEI KRANKHEIT EINES KINDES FÜR EINEN ELTERNTEIL FÜR DIE GESAMTE DAUER DER KRANKHEIT DES KINDES.

S.T.

Häufige Kinderkrankheiten

	Dauer der Erkrankungen (ohne Komplikationen)
Durchfall	2-3 Tage
Erkältungskrankheiten (grippale Infekte, Schnupfen, Angina, Bindehautentzündung)	5-10 Tage
Feuchtblattern	14-21 Tage
Grippe	14-28 Tage
Masern	14-21 Tage
Mittelohrentzündung	7-14 Tage
Mumps	14-21 Tage
Röteln	7-14 Tage

Offizielles Wirtschaftsforschungsinstitut muß Lohnraub zugeben

Aus den jetzt erschienenen Monatsberichten des Wirtschaftsforschungsinstituts geht hervor, daß die Verdienste in der Industrie in Österreich im Jänner 1976 nur um 1,4% höher waren als im Jänner 1975. Dieser Betrag erstreckt sich auf den gesamten Lohn, also beinhaltet er auch alle Sonderzahlungen. Was diese Zahl so richtig bedeutet, ermißt man erst, wenn man sich die Teuerungen aller Waren und die Erhöhungen der Tarife und Steuern, die im vergangenen Jahr vor sich gegangen sind, in Erinnerung ruft. Selbst der offizielle Index weist für diesen Zeitraum eine Teuerung von 7,3% auf.

Verbraucherpreisindex: Wohnung ist bereits Luxus

Wie der offizielle Verbraucherpreisindex aussagt, sind die Mieten in dem Zeitraum von April 1975 bis April 1976 um 19% (!) angestiegen. Sogar die bürgerliche "Presse" muß in ihrer Ausgabe vom 24.Mai feststellen, daß die "Mieten zu einem Luxus" geworden sind. Für die Arbeiter aber wird durch die verstärkte Teuerung das Leben nicht zu einem Luxus, sondern zu einem immer schwereren Kampf, dem sie nur entrinnen können, wenn sie die ganze gierige Bourgeoisie zum Teufel jagen, eingeschlossen ihre Schreiberlinge von der "Presse".

Textilfusion Ost: Erfolge für die Kapitalisten

Mit dem Beginn der Demontage der Maschinen aus der Pottendorfer Spinnerei findet die größte Transaktion im Rahmen der Textilfusion-Ost statt. Im Juli soll sie dann abgeschlossen sein. Um was es den Kapitalisten unter der Führung der verstaatlichten Creditanstalt-Bank so richtig geht, zeigte sich noch in den letzten drei Monaten in der Pottendorfer. Obwohl ein Teil der Arbeiter auf die Strasse fliegt, ein kleinerer Teil in die Felixdorfer überstellt wird, hat man noch in den ersten 3 Monaten dieses Jahres um 28% mehr aus den Arbeitern herausgeholt. Mit der Drohung der Arbeitslosigkeit wurde aus den Arbeitern Überstunden, Nachtschicht und erhöhtes Arbeitstempo herausgepreßt. Wenn diese Rationalisierungsmaßnahmen im Jahre 1977 abgeschlossen sein werden, rechnen sich die Kapitalisten ein Umsatzplus gegenüber von 1975 um 55% aus. Wobei in der Zwischenzeit etwa 500 bis 600 Arbeiter und Angestellte abgebaut werden. Das ist die Arbeitsmarktpolitik die die Kapitalisten im Auge haben und die von der sozialdemokratischen Regierung als ihre Politik "im Interesse Aller" angepriesen wird.

Eternit-Vöklabruck: Röhrenwerk aufgelassen - 350 fliegen raus

Auf der Betriebsversammlung des Eternit-Werkes Vöcklabruck gab der Eternit-Kapitalist Hatschek die Auflassung des Röhrenwerkes und die damit die beabsichtigte Kündigung von 350 Arbeitern bekannt. Wie er "wohlmeinend" auf der Betriebsversammlung erklärte, sollten sich die Arbeiter "im Sommer bereits um eine neue Arbeit umsehen...".

Verfälschte Streikstatistiken können

Ein neuer Aufschwung der Arbeiter

Die "Arbeit und Wirtschaft" (Zeitschrift des ÖGB und der Arbeiterkammern) veröffentlicht in ihrer Mai-Ausgabe ihre Streikstatistik für das Jahr 1975. Die Gesamtzahlen der Streikstunden (44.098) und der Streikenden (3.783) gingen schon vorher durch die Presse. Meist unter Überschriften wie: "Noch weniger Streiks in Österreich!", "Niedrigste Streikzahlen seit 1971!" etc.

Allzuviel Wind wurde darum aber doch nicht gemacht. Das hat seinen Grund. Die Kapitalisten, die über die Presse verfügen, und die ÖGB-Führung, die sich die Statistik zurechtschneidern ließ, wissen nämlich genau: Die Zahlen und der Eindruck, den sie erwekken, sind zwar so, wie sie es gern hätten. Wie es aber wirklich ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Das kann man gut sehen, wenn man sich die detailliertere Statistik anschaut, die die "Arbeit und Wirtschaft" veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, wie die niedrigen Zahlen zustandekommen: indem man nur jeden zweiten Streik mitzählt. Die Statistiker würden das natürlich nicht Fälschung bezeichnen. Für sie gibt es eben Streiks und "wirkliche" Streiks. Gezählt werden nur die "wirklichen" Streiks.

Die Streiks, über die die Statistik schweigt

- Kein "wirklicher" Streik war für die Statistiker der Bauarbeiter-Streik Ende April 1975. Damals streikten allein in Wien über 2.000 Bauarbeiter gegen das Lohndiktat der Kapitalisten in der Lohnrunde und protestierten damit zugleich gegen das Zurückweichen der Gewerkschaftsführer vor den Provokationen der Unternehmer. Gestreikt wurde 2 bis 4 Stunden. Auch in anderen Bundesländern wurden Großbaustellen bestreikt. Zusammen waren es wohl mindestens 3.000 Bauarbeiter, die an diesen Aktionen beteiligt waren.
- Keine "wirklichen" Streiks waren für die Statistiker die zwei eintägigen Streiks von jeweils 3.000 bis 4.000 Briefträgern gegen die Zeitungszustellung an Samstagen.
- Kein "wirklicher" Streik war für die Statistiker der 10-tägige Bummelstreik der 300 Zöllner in Ostösterreich für höhere Bezahlung der Heimüberstunden. Während dieses Streiks wurden alle Überstunden, die dort praktisch zur normalen Arbeitszeit gehören, verweigert.
- Keine "wirklichen" Streiks waren die insgesamt 20 Stunden Kampfversammlungen der 340 Margarinearbeiter von Unilever/Atzgersdorf im April, die die Produktion völlig lahmlegten. Es ging um die Durchsetzung der Lohnforderungen für die Fettindustrie.
- Kein "wirklicher" Streik war für die Statistiker der 3-ständige erfolgreiche Streik der 150 Arbeiter des Heraklitwerkes Ferndorf. 2 ausgelernte Lehrlinge sollten gekündigt werden, während die Belegschaft gar nicht genug Überstunden buddeln konnte. Die Rücknahme der Kündigung wurde erzwungen.
- Keine "wirklichen" Streiks waren für die Statistiker die Warn- und Proteststreiks im Dezember gegen die Verzögerungstaktik der Kapitalisten bei den Lohnverhandlungen für die Druckereiarbeiter. In mehreren großen Verlagshäusern und Druckereien wurde für kurze Zeit die Arbeit niedergelegt.
- Keine "wirklichen" Streiks waren für die Statistiker der einstündige Warnstreik bei Wertheim und die halbstündige Protestversammlung bei Görz nach der Provokation der Metall-Kapitalisten in der Lohnrunde im Dezember.

Kein einziger dieser Streiks wurde in der Streikstatistik mitgezählt. Ähnlich ist es wohl auch noch anderen kleineren Streiks ergangen. Über die die Presse und die Gewerkschaftsführer den Mantel des Schweigens breiteten.

In Wirklichkeit Verdopplung der Streikzahlen im Jahr 1975

Aber schon die genannten Streiks werfen ein klares Licht auf die veröffentlichten Streikstatistiken.

Eingang in die Statistik haben nur gefunden:

- Der große einwöchige Streik bei Engel/Schwertberg gegen das Rationalisierungsprogramm und gegen den Betriebsdirektor.
- Der zweiwöchige Streik der 170 Fliesenleger in Oberösterreich für die Erhöhung er Akkordtarife.
- Der eintägige Streik der Reisebüroangestellten für die 5-Tage-Woche.
- Der zweitägige Streik der Hochschulprofessoren gegen das Universitäts-Organisationsgesetz, der den Statistikern offensichtlich wichtiger erschien als etwa der Bauarbeiterstreik.
- Der Streik der Pottendorfer Textilarbeiter und der Belegschaft von "Trend-Moden" Köflach gegen Entlassungen und Betriebsstillegung.
- Die Besetzung der Lehrwerkstätte für vier Tage durch die 47 Lehrlinge der "Stahlprodukte Ges.m.b.H." für die Auszahlung der Lehrlingsentschädigungen.
- Der eintägige Streik der UPI-Angestellten gegen die Entlassung ihres Betriebsrats.

Insgesamt kommt diese Statistik damit auf 3.783 Streikende im Jahr 1975 (gegenüber 7.295 im Jahr 1974). Nimmt man nur die oben genannten bekanntgewordenen anderen Streiks dazu, kommt man auf etwa 13.600 streikende Lohnabhängige im letzten Jahr, nahezu die doppelte Zahl wie 1974.

(Natürlich ist anzunehmen, daß auch die 74-er-Zahlen verfälscht sind. Allerdings bei weitem nicht in dem Ausmaß wie 1975. Denn im Jahr 1974 gab es keine solche Welle von breiten, aber relativ kurzen Warn- und Proteststreiks im Zug der gewerkschaftlichen Lohnrunden, wie sie mit besonderer Sorgfalt aus der Statistik 1975 getilgt wurden. Auch sonst wurden keine größeren Streiks, die bekanntgeworden sind, in der Statistik 1974 nicht mitgezählt.)

Bei den Streikstunden kommt die Statistik 1975 auf 44.098 (gegenüber 57.948 im Jahr 74). Zählt man alle tatsächlich durchgeführten Streiks, kommt man auf eine Zahl von ca. 110.000 Streikstunden, also wiederum auf nahezu das Doppelte wie 1974.

Die Kapitalisten fürchten den Aufschwung der Arbeiterbewegung

Soweit die Zahlen. Aber die Zahlen allein erklären noch nicht, worum es den Kapitalisten und der ÖGB-Führung beim Verfälschen der Statistiken und beim Unterdrücken jeder Verbreitung von echten Informationen in Presse und ORF über die Kämpfe der Lohnabhängigen geht.

Auch die tatsächlichen Zahlen sind ja relativ niedrig: nur etwas mehr als ein halbes Prozent aller österreichischen Lohnabhängigen waren in diese Kämpfe einbezogen. Angesichts dieser Zahlen er-

nichts daran ändern

bewegung wächst heran

scheinen die Verfälschungen der Statistiken direkt kleinlich.

Selbst darauf wollen die ÖGB-Führer und die Kapitalisten aber nicht verzichten. Wollen sie doch den Eindruck erwecken, ihre Stillhalteappelle mit dem Knüppel Arbeitslosigkeit und Krise hätten tatsächlich die Arbeiter erschlagen und ihre Kampftätigkeit völlig zum Erliegen gebracht.

Das tatsächliche Ansteigen der Kampftätigkeit der Lohnabhängigen allein ist schon erschreckend für die Kapitalisten, auch wenn es absolut betrachtet noch in engen Grenzen verläuft. Für sie ist es eine gefährliche Drohung. Denn der verstärkte Druck auf die Lohnabhängigen hat diesen Druck hervorgerufen und diesen Druck werden die Kapitalisten noch weiter erhöhen.

Auch für die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften ist dieser Anstieg beunruhigend. Ist er doch eine handgreifliche Kritik und Absage an ihre Kapitulationspolitik gegenüber den Kapitalisten, auf die sie die Lohnabhängigen einschwören wollen.

Noch viel mehr als diese Gegenwart erschreckt die Kapitalisten aber die Zukunft, die sich in ihr ankündigt.

Denn gerade in den wirtschaftlichen Kämpfen der Lohnabhängigen in den letzten Jahren zeigt sich deutlich: immer breitere Teile der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen halten an ihren eigenen Interessen fest - auch in der Krise, in der auf die Arbeiterklasse ein wahrer Hagel von Aufforderungen zum Verzicht und zur Krisengemeinschaft mit den Kapitalisten niedergeht und die Kampfbedingungen auch objektiv schwierig sind. Es zeigt sich gerade auch in den wirtschaftlichen Kämpfen der letzten Jahre das Heranwachsen der Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung in Österreich.

Ein neues Element in den wirtschaftlichen Kämpfen

Um das zu sehen, genügen allerdings die Streikzahlen allein nicht. Wichtig ist zu sehen, daß seit der ersten Krise 1968 nach dem langen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft ein neues Element die wirtschaftliche Kampftätigkeit der Lohnabhängigen immer stärker zu prägen begann.

Nicht mehr von den bürgerlichen Machthabern in den Gewerkschaften eingeleitete und nahezu unangefochten geführte Aktionen bestimmten die Kampftätigkeit. Nicht mehr vor allem der Auf- und Ausbau des Sozialpartnerschaftsapparates war wie in den 50er und 60er Jahren ihr praktisches Ergebnis.

In zunehmenden Maß wurde die Kampftätigkeit an dieser Front auf Seiten der Lohnabhängigen geprägt von ihrem Festhalten an ihren eigenen Interessen und dem selbständigen Eintreten dafür auch gegen den Willen der bürgerlichen Gewerkschaftsführung.

Breit bekanntgeworden sind dabei vor allem der große Streik 1970 bei Elin-Weiz gegen die Entlassung des Betriebsrats Knoll, der Brauereiarbeiterstreik in Westösterreich und der Möbelarbeiterstreik in Wien 1972, der Lohnstreik der Belegschaft des Rottenmanner Bauknechtwerks 1970, der von einem selbständigen Streikkomitee geführte Streik der Arbeiter von Böhler-Ybbstal, der Streik der Kaltarbeiter im Judenburger Walzwerk und der Hukla-Streik 1974. Schließlich der große Streik bei Engel/Schwertberg gegen das Rationalisierungsprogramm und den Betriebsdirektor 1975.

Alle diese großen Streiks wurden gegen den Willen und gegen den erbitterten Widerstand und die Sabotage der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften geführt. In ihnen wie auch in vielen anderen, kleineren Streikaktionen zeigte sich deutlich der erstarkende selbständige Kampfwille der Arbeiter, der herannahende Neuaufschwung der spontanen Arbeiterbewegung.

Die neuerliche, weit schwerere und anhaltende Krise hat das Heranwachsen dieses Aufschwungs, wie es sich gerade auch in den wirtschaftlichen Kämpfen zeigt, nicht aufgehalten. Die Krise und die durch sie in vieler Hinsicht erschwerten Kampfbedingungen haben keine Abschwächung dieser Tendenz gebracht. Geändert haben sich zum Teil die Formen und Ziele des Kampfs. So geht es heute an der Lohnfront nicht mehr um die Erhöhung der Reallöhne, sondern um ihre Verteidigung. So hat an der wirtschaftlichen Front der Kampf gegen Entlassungen, Stillegungen und kapitalistische Rationalisierung an Gewicht gewonnen. So drückte sich der erstarkende selbständige Kampfwille unter den Lohnabhängigen in der letzten Zeit vor allem in ihrem verstärkten Eingreifen in die gewerkschaftlichen Lohnrunden aus: im Kampf gegen die Provokationen der Kapitalisten und im selbständigen Protest gegen die Kapitulationspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführer.
Dabei haben sich auch erste Ansätze zum Aufbau einer selbständigen Streikbewegung gezeigt. Doch darüber ist es noch nicht hinausgegangen. Vor allem weil eigene positive Forderungen fehlten, mit denen die Einheit gestärkt, die Kapitulationslinie in den Gewerkschaften zurückgedrängt und der feste Zusammenhang der zersplitterten Kampfaktionen hergestellt hätte werden können.

Die Kommunisten haben Vorschläge zu diesem Zweck unter den Lohnabhängigen propagiert, aber aufgrund ihrer heute noch sehr beschränkten Kräfte und Verankerung in den Betrieben und aufgrund subjektiver Fehler noch nicht praktisch wirksam machen können.

Perspektiven der Bewegung

Alles spricht dafür, daß die spontane selbständige Kampftätigkeit der Lohnabhängigen weiter zunehmen wird. Dafür spricht auch die bisherige Erfahrung im heurigen Jahr. Die Ursachen, die sie hervorgerufen haben, bestehen weiter und verstärken sich mit dem Anhalten der Krise. Unter ihrem Einfluß wächst der neue Aufschwung der Arbeiterbewegung heran.

Das zeigt sich in der wirtschaftlichen Kampftätigkeit. Das zeigt sich in den verschärften Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften und in der zunehmenden Belebung des gewerkschaftlichen Organisationslebens. Das zeigt sich im Neuaufschwung der wirtschaftlichen und politischen Bewegungen der Arbeiterjugend.

Zugleich erstarkt die junge marxistisch-leninistische Bewegung, die den beginnenden spontanen Aufschwung nach Kräften fördert und nützt, um aufbauend auf den praktischen Erfahrungen der Arbeiter den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter aufzuzeigen, Klarheit über die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die notwendigen Voraussetzungen der sozialen Revolution zu schaffen, die die Arbeiterklasse zu vollbringen hat.

Die Kapitalisten und ihr Staat rüsten sich auf diesen Aufschwung der Arbeiterbewegung mit verstärkter Reaktion, die von allen großen bürgerlichen Parteien getragen wird und deren Speerspitze gegenwärtig die SP-Regierung ist. Sie rüsten sich auf einen offenen Zusammenstoß mit dem Aufschwung der Arbeiter- und Massenbewegung. Zugleich setzen sie alles daran, um diesen Aufschwung zu verhindern.

Sie wissen, daß in einem solchen Aufschwung die Klarheit der Arbeiterklasse darüber wächst, daß ihre Interessen mit der herrschenden Gesellschaftsordnung unvereinbar sind und sie die Kraft hat, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Sie wissen, daß in einem solchen Aufschwung mit jedem Zusammenstoß mit den Kapitalisten und ihrem Staat der Boden bereitet wird für die Durchsetzung der Einsicht in der Arbeiterklasse, daß dies ein Staat der Ausbeuter ist, und die Diktatur der Arbeiterklasse über die Ausbeuter errichtet werden muß, um eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung der Arbeiterklasse und ohne Unterdrückung des Volks zu schaffen.

Ein Teil der heutigen Bemühungen der Kapitalisten ist die systematische Verfälschung und das Totschweigen der Kämpfe der Lohnabhängigen. Denn die Bourgeoisie weiß, welcher Ansporn und welch nützliche Lehre in jedem dieser Streiks für die ganze Arbeiterklasse steckt. Die Aufgabe der Kommunisten ist es umso mehr, nach Kräften die Lohnabhängigen über alle Kämpfe zu unterrichten, die Lehren aus diesen Kämpfen zu ziehen und damit den selbständigen Kampfwillen, das selbständige Denken und Handeln der Arbeiterklasse zu fördern. Ob und wie sich der herannahende Aufschwung der Arbeiterbewegung entwickelt, hängt entscheidend von der Enthüllung des hemmenden und spaltenden Charakters der Ideologie und Politik der Sozialdemokratie und des modernen Revisionismus der KPÖ, von der Stärkung des Klassenbewußtseins, vom verstärkten Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften für den Klassenkampf, vom selbständigen politischen Zusammenschluß der fortgeschrittenen Arbeiter in der kommunistischen Organisationen, ihrem Eingreifen in die spontanen wirtschaftlichen Kämpfe der Lohnabhängigen und der wachsenden Verbindung der wirtschaftlichen Kämpfe mit dem Kampf gegen die politische Reaktion der Bourgeoisie ab.

G.St.

Motive der KPÖ bei der Spaltung der Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle

„. . . vollständige Preisgabe jedes Gedankens an die Revolution"

Gleichzeitig mit seinem Vorschlag an die Massen gegen die Wehrgesetznovelle unter den Losungen "Weg mit der Wehrgesetznovelle! Weg mit Lütgendorf!" zu demonstrieren, schickte der KB Wien an die verschiedenen Organisationen in der Woche vor dem 11.5. einen gleichlautenden Vorschlag und gab ein Aktionseinheitstreffen an.
Eine gemeinsame Demonstration kam nicht zustande, die Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle wurde gespalten. Schon am 4.5. erklärte einer der KPÖ-Bonzen, daß eine Aktionseinheit zwischen KB Wien und KPÖ prinzipiell nicht möglich sei, weil wir gegen die entspannende und friedensichernde Sowjetunion in unserer selbständigen Agitation und Propaganda auftreten.
Die KPÖ hatte vorher nur sehr vage und zögernd von Demonstration oder Aktivitäten gegen die Wehrgesetznovelle gesprochen. Nachdem ein Termin für eine Demonstration vorgeschlagen war, an der sie sich also unter keinen Umständen beteiligen konnte, aber merkte, daß viele Menschen nach einer Demonstration verlangten, setzten sie einen eigenen Termin auf 13.5. fest.
Warum hat die KPÖ ein so riesiges Interesse daran, die Bewegung zu spalten?
Diese Taktik hat ihren Grund in der Stellung der KPÖ zur Wehrgesetznovelle, zum Bundesheer und damit zur österreichischen Bourgeoisie. Diese Position ist zusammengefaßt folgende:

Die Wehrgesetznovelle sei eine reaktionäre Idee von Lütgendorf, vor der Kreisky kapituliert habe und damit ein Wahlversprechen gebrochen habe. Die Wehrgesetznovelle trage dazu bei, das Bundesheer weiter zu entdemokratisieren und die ganze Aufrüstung sei bloße Geldverschwendung. Tatsächlich sei das Bundesheer überflüssig und könne abgebaut werden, weil auf der Welt Entspannung herrsche und durch die Sowjetunion der Frieden auf der Welt gesichert würde und damit auch Österreich geschützt würde. Das Bundesheer sei deshalb reaktionär, weil dort reaktionär gesinnte Männer tonangebend sind: "..Generäle, Brigadiere, Offiziere, die in der Hitlerarmee Karriere gemacht haben, Freiherren, Grafen und sonstige "Von"-Leute, die für den Drill und die unmenschliche Behandlung der Soldaten verantwortlich sind.." Und weil diese Männer dort drinnen säßen, sei das Heer eine "Gefahr für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit des Landes" (Volksstimme 9.5.) Deshalb könne dieses Heer die Republik nicht schützen...
All das ist kleinbürgerlicher Stumpfsinn. Was ist denn das für eine Republik, die das Heer schützt, und welches Heer ist es daher? Welche Demokratie gibt es in Österreich?

Wo ist die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes? Ist diese Republik, diese Demokratie denn nicht die der Ausbeuter - der Kapitalisten und Imperialisten? Diese Republik ist die Diktatur der Bourgeoisie über das Volk. Die Demokratie des Landes gibt es so wenig wie die Unabhängigkeit des Landes. Dieses Land ist ein imperialistisches Land.

Die Herren dieses Landes, die österreichischen Imperialisten unterdrücken das österreichische Volk, so wie sie versuchen auch andere Völker zu unterdrücken, sie zu berauben und auszubeuten.
Die Wehrgesetznovelle ist kein reaktionäres Hirngespinst von irgendwelchen Lütgendorfs, sondern ein reaktionärer Plan der Bourgeoisie, der von allen 3 Parteien, an der Spitze die SP, beschlossen wurde. Die Wehrgesetznovelle steht im Zusammenhang mit dem Konzept der Raumverteidigung zum Zweck der "umfassenden Landesverteidigung" durch eine mobile und territorial gebundene Landwehr. Dafür braucht die Bourgeoisie Kader, die sie sich auch zwangsweise holt, wenn es nicht anders geht. Dieser Plan ist eine durchaus "realistische" Antwort der herrschenden Kapitalistenklasse, um ihre eigenen imperialistischen Interessen im drohenden imperialistischen Weltkrieg weiter verfolgen zu können. Da die Kriegsgefahr in Europa wächst, ist die imperialistische Bourgeoisie gezwungen, sich darauf einzustellen, auch in der Kriegssituation die Ausbeuterherrschaft nach innen und nach außen zu sichern und an der Beute des imperialistischen Raubzugs mitnaschen zu können. Dazu wird in Österreich die Militarisierung vorangetrieben. Dazu schließt die österreichische Bourgeoisie Pakte mit NATO und USA und an deren Seite wird sie gegen die andere imperialistische Supermacht, - die Sowjetunion - kämpfen.
Die Revisionisten sagen, die Bourgeoisie rüstet auf und packelt mit der NATO, weil die reaktionären Offiziere eben Entspannungsfeinde sind. Dies ist ein kompletter Unsinn. Entspannung gibt es nicht, sie ist bloß ein imperialistischer Betrug, um die Völker einzulullen und um sie im kommenden Krieg für imperialistische Interessen einzuspannnen.
Indem die Revisionisten den imperialistischen Charakter der österreichischen Bourgeoisie leugnen, liefern sie das Volk den Machenschaften der Bourgeoisie aus. Indem die Revisionisten die Kriegsgefahr leugnen, liefern sie die Völker dem Kampf der Supermächte um Weltherrschaft aus; beschönigen beide imperialistischen Mächte. Als Handlanger der SU versucht die KPÖ, den Werktätigen die wahnwitzige Aufrüstung und Kriegstreiberei der russischen Sozialimperialisten als "Entspannung" zu verkaufen. Es geht der KPÖ nicht darum, das Volk gegen die bürgerliche Armee zu rüsten, sondern darum, daß die österreichische Bourgeoisie nicht auf das Militärkonzept der NATO, sondern auf das des Warschauer Paktes setzen soll.
So eine Politik steht jedoch der Revolution feindlich gegenüber und führt die Völker ins Lager der Konterrevolution. Und weil die KPÖ gegen die Revolution ist, muß sie auch gegen revolutionäre Forderungen und Losungen kämpfen. So sagte sie in der Volksstimme vom Donnerstag den 27.5. zur Wehrgesetznovellen-Demonstration in Salzburg, daß Forderungen nach Volksbewaffnung das Bild einer Demonstration gegen das reaktionäre Bundesheer "trüben" würden. Sie propagiert demgegenüber Entwaffnungsforderungen wie "mehr Bildung statt Bomben", "baut Schulen statt Kasernen". In ihrem politischen Aktionsprogramm tritt die KPÖ für die Auflösung des Heeres ein, also für die völlige Entwaffnung. Demgegenüber müssen wir mit Lenin festhalten:
"In jeder Klassengesellschaft.. ist die unterdrückende Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz,.... ist Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat... Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der... wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. ..Die Forderung der 'Entwaffnung'...wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zweck, die Bourgeoisie zu besiegen , zu expropriieren und zu entwaffnen - das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse." Damit die Arbeiterklasse den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie führen kann, muß sie sich in der Waffenkunst üben, das bürgerliche Heer zerschlagen und eine Volksmiliz aufbauen.

Was die KPÖ "reaktionäre Machenschaften" [illegible] der Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat hinter den revolutionären Forderungen des Proletariats.

Diese revolutionäre Taktik will die KPÖ als unsinnig hinstellen, das Volk kampflos der Bourgeoisie ausliefern und ihm statt dessen einreden, daß die Schulen der Bourgeoisie demokratischer und menschlicher seien als ihre Kasernen und Waffen.
Weil die KPÖ die Orientierung hat, das Volk der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie und den Sozialimperialisten auszuliefern, ist es auch verständlich, daß sie alles unternimmt, um Demonstrationen zu spalten, die unter revolutionären Losungen initiiert werden, und in ihrer Agitation und Propaganda dem Volk die Wahrheit über den Charakter des österreichischen Bundesheeres und des Staates sagen, die erklären, auf Grund welcher Weltsituation die Bourgeoisie zur verstärkten Militarisierung greift und die revolutionäre Losungen gegen Krieg und Reaktion propagieren.
Doch nicht viele Menschen lassen sich hinter den Lügen der KPÖ vergattern. Zwar schrieb die Volksstimme von 1.200 Leuten auf der KPÖ-Demonstration, tatsächlich waren es jedoch nur 340 Demonstranten, die am 13.5. den KP-Block bildeten Offensichtlich sind nur wenige KPÖ-Mitglieder bereit für die bürgerliche Politik der KPÖ-Führung auf die Straße zu gehen.

PAJ-Gruppe Wien 8:

»Wer nicht gegen den Staat ist, muß auch für die Novelle sein«

In unserer Jugendgruppe gibt es schon seit dem Bekanntwerden der Wehrgesetznovelle Diskussionen und Auseinandersetzungen. Einige Kollegen beteiligten sich auch an der Demonstration gegen die Wehrgesetznovelle.

In letzter Zeit hieß es, die Novelle sei "entschärft" worden, man braucht jetzt nicht mehr dagegen sein. Da aber die Diskussion trotzdem weiterging, wurde ein Funktionär eingeladen, der über den Ministerratsbeschluß referieren sollte. Es erschien der Bundesobmann der Privatangestelltenjugend, Kollege Sturmer.

Er sagte, die Wehrgesetznovelle sei weitgehend entschärft worden, mit hohen SP-Politikern seien lange Gespräche geführt worden und das Schlimmste hätte man verhindern können:
- es soll eine zivile Kommission gebildet werden, die entscheidet, wer zwangsverpflichtet werden kann und darf.
- Das Wehralter soll nicht wie beabsichtigt auf 40, sondern nur auf 36 Jahre erhöht werden.

Auch sei man bei den Verhandlungen und Aussprachen in den anderen Punkten weitergekommen, wie etwa die Militarisierung der Stellungskommission. Auch soll zugesichert worden sein, daß der Beurlaubtenstand nicht von 3 auf 6 Monate erhöht wird.

FAZIT: Eine Reihe von Versprechungen und Verhandlungen, sowie eine Kommission. Daß es Zwangsverpflichtungen geben wird, daran ändert sich jedoch nichts.

Zwei Kollegen erzählten aus ihrer Wehrdienstzeit, von der rechtlosen Lage der Soldaten, und daß die Zwangsverpflichtungen die Lage der Soldaten noch verschlimmern würde. Sie sei noch ein starkes Druckmittel mehr, mit dem man die Grundwehrdiener gefügig machen kann. Die Bedingungen für den Zusammenschluß, wie z.B. in der Maria-Theresien-Kaserne zu einem Komitee würden sich dadurch verschlechtern. Außerdem wurde klargelegt, daß die Zwangsverpflichtungen nur deshalb eingeführt werden, weil sich niemand bzw. zu wenige freiwillig zum Kaderdienst melden.

Da sich nun klar zeigte, daß die Novelle nach wie vor gegen die Soldaten gerichtet ist, erklärte der Funktionär, es sei eben unbedingt notwendig, die Lücke im Kaderpersonal zu füllen. Natürlich würde man sich dafür einsetzen, daß es möglichst demokratisch zugehe, (Kommission), aber man müsse doch sehen, daß das Personal gebraucht werde. Er stellte uns klar vor die Alternative, "entweder wir sind für das Heer oder gegen das Heer, für unseren Staat oder gegen ihn".

Er weiß natürlich genau, daß sich viele Jugendliche nicht gegen die Wehrgesetznovelle stellen, auch gegen das Bundesheer sind, aber gleich gegen den ganzen Staat, soweit ist das Mißtrauen, die Abneigung, die Erfahrung noch nicht. Mit dieser Fragestellung, wie es auch Kreisky getan hat, wollen die Reformisten, die ganze Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle eliminieren.

Als nun die Debatte grundsätzlicher geführt wurde und von uns aufgezeigt wurde, was allgemeine Volksbewaffnung bedeutet und wozu wir sie brauchen, sagte er nur noch, das klingt recht gut, wäre aber nicht durchzuführen und außerdem ist er kein "Wehrexperte", es sei nicht seine Aufgabe mit uns darüber zu sprechen. Die Mehrheit war der Meinung, daß wir uns halt so einen "Experten" besorgen müßten, da die Debatte weitergehen muß. Der Referent erklärte, es sei auch gar nicht notwendig, sich gegen den Staat und das Heer zu stellen, da es uns noch nie so gut gegangen ist wie jetzt. Daraufhin meldeten sich eine Reihe von Kollegen zu Wort, um dieser Ansicht entgegenzutreten. Es wurde heftig über die Überstundenschinderei, Rationalisierungen usw. diskutiert. Es war ausgezeichnet, daß gerade über diese Fragen diskutiert wurde. Bei solchen Debatten wächst gerade die Feindschaft zum Staat, sowie zur ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dabei werden alle Mißstände angeprangert, es wird klar, daß nicht einzelne Minister und ihre Novellen die "besonders Bösen" sind.

Es ist unsere nächste Aufgabe, den Protest gegen die verstärkte Militarisierung auf breiter Basis und besserer Grundlage zu organisieren. Wir müssen den Kollegen noch klarer aufzeigen, was die Militarisierung für Verschlechterungen bringt und warum gerade jetzt aufgerüstet wird. So werden wir die Reformisten isolieren können, denn sie stimmen ja der Militarisierung zu, sie wollen nur kosmetische Operationen anbringen, um sich die Hände rein zu waschen, - sind es doch gerade ihre eigenen Parteiführer, die diese Militarisierung vorantreiben.

R.K.

Zentralausschuß der ÖH gegen Wehrgesetznovelle

Der Zentralausschuß (ZA) der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) hat sich gegen die Wehrgesetznovelle ausgesprochen, hauptsächlich wegen der Zwangsverpflichtung zu Kaderübungen für einen Teil der Grundwehrdiener.

Diese Ablehnung ist zu begrüssen, beruht jedoch auf einem sehr beschränkten und schwankenden Standpunkt: Als Grund dafür wird nämlich die Verletzung der "Wehrgerechtigkeit" und des "verfassungsmäßig festgelegten Gleichheitsgrundsatzes" angegeben. Zugleich wurde die Ablehnung verbunden mit einem Bekenntnis zur bürgerlichen Republik und der bürgerlichen Verfassung, die den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und Rechte (v.a. des Rechts auf Privateigentum) durch das Bundesheer und die Pflicht zur bewaffneten Landesverteidigung festlegt. Von diesem Standpunkt aus kann natürlich kein konsequenter Kampf gegen die Wehrgesetznovelle und den Ausbau des Militarismus geführt werden, sondern landet man schnell im Lager der Reaktion.

Die Ablehnung der Wehrgesetznovelle durch den ÖVP-nahen ZA der ÖH ist tatsächlich nur durch den Druck der antimilitaristischen Strömung in der Studentenschaft zu erklären. Die Führung des ZA hat bisher auch alles getan, um das Zustandekommen von Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle zu verhindern. Auf Aufforderung der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation (Massenorganisation des KB Wien) und anderer Studentenorganisationen ist es jetzt gelungen, den ZA der ÖH zur Einberufung einer Besprechung verschiedener Studenten- und Jugendorganisationen und gewerkschaftlicher und politischer Organisationen, die gegen die Wehrgesetznovelle Stellung genommen haben, zu bringen, zwecks Erörterung gemeinsamer Aktionen gegen die Wehrgesetznovelle noch im Juni. Diese Besprechung soll am Dienstag, den 1.6. stattfinden. Wir werden dort dafür eintreten, daß unbedingt noch im Juni Aktionen stattfinden, auf der Grundlage des Kampfs gegen den Militarismus und der Forderung "Weg mit der Wehrgesetznovelle!", "Weg mit Lütgendorf!". Forderungen nach Abschaffung des Verbots politischer Betätigung in den Kasernen, nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung der Soldaten und ihrer gewählten Vertreter, wie sie in einem Arbeitspapier des ZA angeführt werden, sind zu begrüßen. Verhindert werden muß jedoch, daß ein grundsätzliches positives Bekenntnis zum reaktionären Bundesheer und das schädliche reformistische Konzept der "Demokratisierung" zur Voraussetzung und notwendigen Grundlage gemeinsamer Aktionen gemacht wird.

H.V. - MLS

RICHTIGSTELLUNG:

Entgegen unseren Angaben im letzten Klassenkampf legt die FÖJ wert auf die Feststellung, daß sie sich an der KPÖ-Demonstration gegen die Wehrgesetznovelle vom 13.5. nicht beteiligt hat.

Mächtige Demonstration gegen Wehrgesetznovelle in Salzburg

Am 27.5. fand in Salzburg gegen die Wehrgesetznovelle eine Demonstration statt, die es in dieser Größe schon lange nicht mehr gegeben hat.

Bei einem Zug durch die Innenstadt und einer Abschlußkundgebung protestierten 600 Demonstranten gegen die reaktionären Pläne der SP-Regierung. Aktionseinheitsverhandlungen verschiedener Organisationen zur gemeinsamen Organisierung der Demonstration hatte die KPÖ zum Platzen gebracht, die zur Bedingung für die Teilnahme an der Demonstration die Unterstützung ihrer bürgerlichen Losungen wie "Statt Kasernen für das Bundesheer müssen mehr Schulen her" etc. und den Verzicht auf eigene Losungen forderte.

In derselben spalterischen Art hetzte einen Tag nach der Demonstration die "Volksstimme" gegen den KB Salzburg/Hallein, als sie von "reaktionären Machenschaften der Maoisten" schrieb und sich sogar zu der Behauptung verstieg, "die reaktionären Losungen der Maoisten (hätten) das Bild der Demonstration getrübt." Woher kommt der große Ärger bei den bürgerlichen KPÖ-Machthabern?

Über die Hälfte der Demonstration, die in ihrer Breite der mächtigen "Anti-Lütgendorf"-Demonstration vom Jahre 1970 vergleichbar ist, stand unter den revolutionären Losungen "Weg mit Gendarmerie, Polizei und Bundesheer! Es muß die allgemeine Volksbewaffnung her!"

Reaktionäre Staatsbürgerkunde verdoppelt

Was die 5. SCHOG-Novelle für die Berufschule bringt

Die Unzufriedenheit der Arbeiterjugend mit den schlechten Ausbildungsbedingungen in Betrieb und Berufsschule wird immer größer. Viele Lehrlinge wollen nicht mehr länger hinnehmen, was ihnen von den Kapitalisten als wunderbar verkauft wird: Ausbeutung und beschränkte Ausbildung im Betrieb und eine Berufsschule, in der sie vom Staat dazu erzogen werden, die kapitalistischen Verhältnisse hinzunehmen.
Dies zeigt sich an den vielen Resolutionen und Forderungen, die immer mehr Jugend- und Gewerkschaftsgruppen zur Reform der Berufsausbildung aufstellen.
Die Kapitalisten und ihre Handlanger in Regierung und Gewerkschaft versuchen dieser anwachsenden Bewegung mit sogenannten "Reformen" die Spitze abzubrechen.
Eine davon ist die 5.SCHOG-Novelle, die zu Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten wird. Was bringt sie den Lehrlingen wirklich Neues?

Die Aufgabe der Berufsschule wurde neu formuliert: bis jetzt sollte sie die "betriebliche Ausbildung durch einen berufsbegleitenden, fachlich einschlägigen Unterricht ergänzen und fördern". Und was wird als so umwälzend neu verkauft? Jetzt heißt es: Der "berufsbgleitende fachlich einschlägige Unterricht" hat "die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln", die"betriebliche Ausbildung zu förderun und zu ergänzen sowie die Allgemeinbildung zu erweitern".
Das heißt im Grunde genommen bleibt alles beim alten:

- Das führende Wort an der Berufsschule haben die Kapitalisten und ihre Verbände.

- Die beschränkten theoretischen Kenntnisse, da ja "fachlich bezogen", wurden auch bisher vermittelt.

- Bleibt also die Allgemeinbildung.Wie schaut es damit aus:

Der Staatsbürgerkundeunterricht wird verdoppelt und neu "Politische Bildung" heißen : Wer das neue Lehrbuch "Miterleben, Mitgestalten, Mitverantworten" bereits dieses Schuljahr im Unterricht gehabt hat, weiß, wie diese "Allgemeinbildung" aussehen wird: Von vorn bis hinten wird einem eingehämmert, daß das kapitalistische Ausbeutersystem trotz einiger Fehler immer noch das beste aller Systeme ist, wie etwa:

- Das es schon besser wird, wenn wir nur "bewußter" einkaufen, nämlich dort, wo's um einige Groschen billiger ist und wenns am Ende der Stadt ist. Im übrigen Preiserhöhungen aber als Naturgewalt hinnehmen. Das heißt dann Konsumentenerziehung.

- Daß wir"gesünder" und "zufriedener" leben werden, wenn wir nur unsere Freizeit "sinnvoll" gestalten, um dabei den Dreck, die Arbeitshetze und die Ausbeutung im Betrieb möglichst vergessen. Das heißt dann Freizeiterziehung.

- Daß wir auch "hochhinauf" kommen, wenn wir uns nur weiterbilden in Kursen, natürlich nach der Arbeit oder dann, wenn wir arbeitslos sind und uns dadurch vorgaukeln, durch individuelle Anstrengungen der kapitalistischen Ausbeutungaentkommen. Das heißt dann lebenslanges Lernen.

Das stellen sich die Kapitalisten vor unter einem "mündigen, engagierten und kritischen Bürger": Die Augen und Ohren verkleistert durch ihre Ideologie sollen wir uns bükken und drücken und nicht merken, daß wir hinten und vorn beschissen werden.

Als weiteres "Zuckerl" gibt es ab Herbst zwei neue Freigegenstände: Leibesübungen und eine lebende Fremdsprache. Punkte, die wirklich gut für die Arbeiterjugend wären, doch wie sieht die kapitalistische Wirklichkeit aus? Von 8 Uhr Früh bis 17 Uhr sitzt man in der Berufsschule - neun Stunden, dann ist man total groggy. Und anschließend daran soll man Englisch lernen! Jeder vernünftige Mensch weiß, daß das ein Wahnwitz ist und dabei nichts vernünftiges herausschaut.
Und Turnen? Im Zentralberufsschulgebäude Molardgasse gibt es nicht einmal einen Turnsaal und in fast allen anderen Wiener Berufsschulen ist die Lage genauso trostlos. Und dann, wann soll geturnt werden? Keine Stunde mehr ist dafür vorgesehen, also bleibt wieder nur die Zeit nach 17 Uhr oder das Wochenende.

Ab Herbst wird es auch an der Berufsschule Schulversuche geben. Nämlich solche zur "Leistungsdifferenzierung". Was heißt das im Klartext? Durch Einführung von Förder- und Stützkursen soll die Aussortierung und Siebung an der Berufsschule noch besser werden. Schwächere Schüler haben's dann schwarz auf weiß in ihrem Zeugnis, daß sie einen Kurs für Schwächere besucht haben - d.h. die Kapitalisten können in Zukunft genau wählen, wen sie als Lehrling behalten wollen und wen sie abschießen sollen - und die Berufsschule spielt den Handlanger dazu.

Unter dem Stichwort "bessere Chancengleichheit" wird den Lehrlingen vorgegaukelt, daß es für jeden von ihnen auch eine andere Lösung gibt. In der Praxis sind diese Wege allerdings unbegehbar: Nämlich die sogenannten "Überleitungslehrgänge". Wenn man die Lehrabschlußprüfung positiv besteht, kann man 2 Semester (1 Jahr) lang einen Überleitungslehrgang besuchen und dann in die 3.Klasse einer HTL eintreten. Abgesehen von der enormen nervlichen Belastung, die dieser beinharte Weg erfordert - wer kann sich denn das finanziell schon leisten? Es würde für einen Lehrling bedeuten,vom 17. oder 18. bis zum 22.Lebensjahr weiter auf der Tasche der Eltern zu liegen.

Durch diese Novelle erhoffen die Kapitalisten ein besseres Funktionieren ihrer Berufsschule. Außerdem glauben sie mit Parlamentsbeschluß den Unmut über die Zustände in der Berufsausbildung abfangen zu können.
Die Arbeiterklasse kann natürlich kein Interesse an der verschärften Disziplinierung und Entrechtung ihrer Jugend durch die Kapitalisten und ihre Handlanger haben. Sie braucht eine aufgeschlossene, mündige und gerüstete Jugend an ihrer Seite, um ihr Ziel im Klassenkampf zu erreichen, deshalb muß sie sich auch die Kontrolle über die Ausbildung ihrer Jugend erkämpfen. Nicht "Überleitungslehrgänge", sondern eine handfeste theoretische und praktische Ausbildung muß sich deshalb auch die Arbeiterjugend zum Ziel setzen. Die guten Ansätze dazu müssen deshalb vorangetrieben werden; alles was von dem Ziel einer Einheitsschule von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften kontrolliert, ablenkt, soll deshalb ausgemistet werden.
Wie weit die Arbeiterjugend dazu im Stande ist - schon heute - wird sich in den Auseinandersetzungen um den "Gesetzentwurf zur Berufsausbildung" von der ÖGJ zeigen.

-Ein Berufsschullehrer-

Kapitalisten woll

Während die Jugendlichen mit berechtigter Sorge dem Herbst entgegensehen, wo es für sie gilt eine Lehr- und Ausbildungsstätte zu finden, sehen Vorarlbergs Kapitalisten in der drohenden Arbeitslosigkeit einen Grund, den Jugendschutz zu "reformieren".
Vorarlberger Handelskammerpräsident Ing.Guntram Hämmerle will die Schulabgänger in die Früh- und Nachmittagsschicht einbauen. Die Jugendlichen sollen entweder ab 5 Uhr früh - oder bis 22 Uhr eingespannt werden, um ihnen - laut Hämmerle - "die Beschäftigung zu sichern". Unter dem Argument der "Arbeitsplatzsicherung" greift er so das Jugendschutzgesetz an, das die Beschäftigung vor 6 Uhr früh und nach 20 Uhr verbietet. Für die Kapitalisten hat die Ausdehnung der Arbeitszeit neben der verschärften Ausbeutung in der Arbeitszeit immer schon eine Quelle ihres vermehrten Profits gesichert.
Wie es für die Arbeiter deshalb viel Schweiß und Blut gekostet hat, um für sich Schutzbestimmungen und Gesetze zu erkämpfen, wie den 8-Stundentag, so hat die Arbeiterklasse auch für ihre Jugend das Jugendschutzgesetz erkämpft, um sie vor der schrankenlosen Ausbeutung durch die Kapitalisten zu schützen.
Hämmerle meint "wer ins Kino

Häuser lenkt von

Wie Sozialminister Häuser Anfang Mai bei einer Pressekonferenz erklärte, soll als Folgegesetz zur 32.ASVG-Novelle der Krankenversicherungsschutz für mitversicherte Familienangehörige über das 18. Lebensjahr hinaus bzw. das Ende der Ausbildung hinaus auf die Dauer einer Erwerbslosigkeit ausgeweitet werden.
Was ist von diesem Gesetz zu halten?
Diese Änderung erfolgt in einer Zeit, in der die Anzahl der jugendlichen Arbeitslosen gewaltig im Steigen begriffen ist.
Wie wir im "Klassenkampf" bereits berichtet haben, kommen so immer mehr Jugendliche völlig schuldlos und einzig und allein darum, weil kein Kapitalist ihnen ein Lehrverhältnis oder eine Arbeitsstelle gibt,in eine Situation, in der sie nicht krankenversichert sind. Der Grund: Sie werden nicht so wie ihre erwachsenen Kollegen als Arbeitslose anerkannt und haben so auch keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung, wie sie neben dem Arbeitslosen-

en Jugendschutz durchlöchern

geht, kommt auch erst nach 22 Uhr heim", und meint damit, daß die Jugendlichen besser arbeiten sollen als ins Kino zu gehen. Den Jugendlichen kann das natürlich nicht wurscht sein, es kann ihnen auch nicht wurscht sein, ob sie um 4 Uhr oder um 5 Uhr zur Arbeit aufstehen.
Nicht ohne Grund hat deshalb die Vorarlberger Gewerkschaftsjugend angekündigt, daß sie sich entschieden gegen jede Verschlechterung der Jugendschutzbestimmungen wehren wird. So ist anzunehmen, daß die Vorarlberger Kapitalisten ihren "Vorschlag" einstweilen in die Tischschublade legen werden, aber sicher nur, um ihn im geeigneten Zeitpunkt wieder hervor zuholen. Und das kann schon im Herbst sein, wo das Problem der Lehrstellen für die jugendlichen Schulabgänger akut wird. Denn dann rechnen die Kapitalisten mit der entstehenden Angst und daß es dann für sie leichter sein wird, auch noch wildere "Vorschläge" durchzubringen, wie es z.B. den westdeutschen Kapitalisten gelungen ist, die jugendlichen Arbeitslosen im Akkord an Fließbändern arbeiten zu lassen, die aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung errichtet wurden. Auch sie haben mit der Angst spekuliert und sie wissen genau, daß kein Jugendlicher heute eine Ausbildung erhalten kann, wenn sie ihn abweisen.
Eine Ausbildung aber ohne Kapitalisten ist nötig und es wird immer notwendiger, diese Möglichkeit zu schaffen. Um den Jugendlichen die Ausbildung zu sichern, muß sie den Kapitalisten entrissen werden!
Und es gibt heute schon Forderungen unter die sich die Arbeiterjugend im Kampf um eine solche Ausbildung stellen kann: Der Ausbau der Lehrwerkstätten an den Berufsschulen, für einen zweiten Berufschultag.
Wir müssen auch fordern, *daß arbeitslose Jugendliche das Recht haben müssen, die Berufschule zu besuchen, an einer Facharbeiterklasse teilzunehmen und die Facharbeiterprüfung abzulegen.* Der Unterhalt für sie, wie auch für jugendliche Hilfsarbeiter soll durch die Kapitalisten bestritten werden.

Natürlich muß der Berufschulbesuch für die Hilfsarbeiter verpflichtend sein, damit er nicht an der Willkür der Kapitalisten scheitern kann.

Wenn wir diese Forderungen durchgesetzt haben, ist ein Schritt dazu getan, den Unternehmern den Wind für weitere "Vorschläge" und Angriffe auf das Jugendschutzgesetz aus den Segeln zu nehmen.

Tausende Schulabgänger ohne Lehrstelle ?

Nach Untersuchungen des Institutes für Berufsbildungsforschung würden heuer 3000 Lehrstellen mehr als voriges Jahr benötigt, um alle Schulabgänger unterzubringen. Der Leiter des Instituts, Dr. Knapp bezeichnete die Situation als "sehr brenzlig". Tatsächlich ist die Situation mehr als brenzlig. Mit einem vergrößerten Lehrstellenangebot bei den Verstaatlichten und Großbetrieben, mit dem Knapp rechnet, scheint nämlich (vgl. die Zahlen aus "Klassenkampf 6/76) nicht viel los zu sein. Wie selbst aus Kreisen der Unternehmer oft verlautet, wird das Lehrstellenangebot heuer bedeutend niedriger als voriges Jahr sein.

Steiermark: 33% der Lehrlinge krank

Bei Reihenuntersuchungen in der Steiermark stellte sich heraus, daß etwa 33% der untersuchten Lehrlinge krank sind. Etwa 1.070 Jugendliche litten an Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates (33%), an Krankheiten des Verdauungsapparates und an erheblichen Zahnerkrankungen. Weiters wurden bei der gleichen Untersuchung 1.921 Lehrlinge, das sind weit mehr als 50% der Untersuchten, als erholungbedürftig bezeichnet.



der Jugendarbeitslosigkeit ab

geld auch die Krankenversicherung darstellt.
Völlig berechtigt hat deshalb auch der 16. Jugendgewerkschaftstag der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) gefordert, daß Lehrlinge schon ab dem 1. Lehrjahr in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden und daß der Unternehmer dafür die Kosten tragen muß.
Das Neue an Häusers Gesetzesvorschlag ist immerhin, daß allein durch die Existenz dieses Planes von der SP-Regierung de facto zugegeben wird, was die SP-Funktionäre sonst beinhart abstreiten: Daß die Arbeitslosigkeit ganz offensichtlich für immer mehr Jugendliche ein brennendes Problem ist.
Der Zweck dieses Vorschlages ist es jedoch nicht, die Jugendlichen vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, sondern bloß die Jugendarbeitslosigkeit zu vertuschen, indem man halt einen Konfliktpunkt, der besonders ins Auge springt, beseitigt.
Natürlich ist es unbedingt notwendig, Zustände zu beseitigen, in denen es geschehen kann, daß ein Jugendlicher für eine Operation tausende von Schillingen bezahlen müßte. Doch gerade weil Arbeitslosigkeit im Kapitalismus kein Sonderfall ist, sondern eine ständige mehr oder minder starke Bedrohung, hat sich die Arbeiterklasse eine Arbeitslosenversicherung erkämpft, die sie vor allen Folgen der Arbeitslosigkeit schützen soll. Das gilt so wie für Erwachsene auch für Jugendliche, die natürlich die gleichen Rechte brauchen. Minister Häuser, selbst langjähriger hoher GPA-Funktionär, meint jedoch anscheinend, daß die Eltern für den Unterhalt ihrer arbeitslosen Kinder aufkommen sollen und versucht mit seinem neuen Gesetz die Forderung der GPA-Jugend bereits 10 Tage nach ihrer Aufstellung zu umgehen. Wichtig wäre es deshalb, daß die GPA-Jugend Häusers Ablenkungsmanöver zurückweist und für die Durchsetzung ihrer Forderung "Anerkennung der Lehrlinge als Arbeitslose" eintritt.

Stadtschulrat bei den Lehrern abgeblitzt

Im Herbst 75 löste das Bekanntwerden einer Verordnung des Stadtschulrates über die Hinaufsetzung der Höchstzahlen bei den Skikursgruppen von 12,5 auf 15 Schüler, bei Eltern, Schülern und Lehrern der verschiedensten Schulen grosse Empörung aus.
Um diese Empörung zu beschwichtigen, berief der zuständige Fachinspektor eine Versammlung aller Wiener Skikursleiter ein.
Dort versuchte er den Lehrern mit Argumenten wie "der Staat muß sparen", diese neueste Rationalisierung einsichtig zu machen. Da kam er bei den Lehrern aber schön an:
Diese wissen nämlich genau, was schon die letzte Erhöhung der Schülerhöchstzahlen von 10 auf 12,5 gebracht hat:
- der Lernerfolg ist bei so vielen Schülern minimal,
- die Gruppen müssen unterteilt werden, wobei die Lehrer gegen die Aufsichtspflicht verstoßen und bei Kontrollen durch den Inspektor gemaßregelt werden,
- die Unfallgefahr wächst,
- die Betreuung von kranken oder verletzten Kindern ist unmöglich, da kein Lehrer von der Gruppe abgezogen werden kann und der Stadtschulrat keine Heimmutter mehr bezahlt.

Daher lehnten die Lehrer die Verschlechterung eindeutig ab und forderten:
1. Mehr Geld für die Skikurse
2. Verkleinerung der Gruppen auf 10 Schüler
3. Bezahlung eines zusätzlichen Lehrers oder einer Heimmutter.

Die unverschämte Alternative des Fachinspektors, entweder Hinnahme der Verschlechterungen oder Verringerung der Geldmittel (den Handelsschulen wurde bereits der 2. Schikurs gestrichen) fand unter den empörten Lehrern keinerlei Sympathie.
Da nun bis zu Ferienbeginn keine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Leibeserziehung mehr einberufen wird, müssen die Lehrer wachsam sein, damit die geplante Verschlechterung nicht bis zum nächsten Schuljahr still und heimlich auf dem kalten Weg durchgesetzt wird. -eine Lehrerin-

Sparzinssenkung:
„Aufbewahrungsgebühr" für die Sparer, Profite fürs Finanzkapital

So gut wie sicher ist - trotz aller Scheinkämpfe, die sich Androsch und Benya für die Öffentlichkeit noch liefern mögen, - daß im Herbst die Zinsen für die Sparformen, die dem kleinen Mann, sofern er was zu sparen hat, hauptsächlich zur Verfügung stehen, gesenkt werden. Das sind die Zinsen fürs normale "Büchelsparen", fürs Prämien und Bausparen. Beim ersten soll der gesetzliche fixierte Zinssatz von 5% (sogenannter Eckzinssatz) um 1/2 oder gar 1% gesenkt werden. Beim Prämiensparen und Bausparen sollen v.a. die staatlichen Zuschüsse, die bisher eine relativ zum gewöhnlichen Sparen hohe Verzinsung bewirkten (allerdings bei längerer Bindung), gekürzt werden.

Fragen wir uns zuerst einmal, was der "Zins"ist. Unter Kapitalisten ist der Zins der Preis für die Überlassung und Verwendung von Kapital. Auf Grundlage der kapitalistischen Produktion gibt eine genügend große Wert- bzw.Geldsumme dem Eigentümer die Macht, sich einen Teil der Arbeit von Lohnarbeitern anzueignen, sich Mehrwert anzueignen. Indem er das Geld in Produktionsmittel verwandelt und indem er damit Arbeiter bezahlt, die in seinem Unternehmen arbeiten, und zwar länger arbeiten, als zu Schaffung des Gegenwerts ihres Lohnes notwendig wäre. Diese Aneignung von Mehrwert, diese ursprüngliche Anhäufung von Profit geschieht in der Produktion und nur dort.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise entstand ein eigener Markt für Geld. Eigentümer von Geldmitteln, die diese nicht selbst in Produktionsmittel und Arbeitskräfte umsetzen wollen, die diese also nicht selbst direkt in der Produktion einsetzen wollen, bieten anderen Kapitalisten das "Geldkapital" zum Verkauf an. Der Eigentümer von Geld (der Geldkapitalist) verkauft das Geld als Quelle des Profits an andere, die damit den Profit herausschinden. Wenn aber der Geldkapitalist den anderen, grob gesagt den industriellen Kapitalisten, befähigt, sich damit Mehrwert anzueignen, so verlangt er von diesem einen Teil des Mehrwerts als Preis für die zeitweilige Überlassung von Geld. Bezogen auf die Summe des geborgten Geldes ergibt das den Zins. "Geld", sagt Marx, "wird so nicht als Geld oder (wie eine normale) Ware verkauft, sondern...als Kapital, als sich vermehrendes Geld."

Das Geschäft der Banken ist es, einerseits freies Geld und Geldkapital zu sammeln und dafür Zinsen zu bezahlen; andererseits v.a. den Unternehmern in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und dem Staat Geldkapital zu borgen und dafür Zinsen zu kassieren. Der Profit der Banken hängt so vor allem von der Zinsspanne ab. (Differenz zwischen Zinsen, die die Bank bekommt, zu denen, die sie zahlen muß).

Wozu sparen die Arbeiter und kleinen Angestellten ?

Ein Teil der Gelder, die der Bankapparat aufsaugt und dann wieder verborgt, stammt aus den Ersparnissen der Arbeiter und kleinen Angestellten. Diese schlagen sich bei den Banken in den "Spareinlagen" und hier wieder v.a. in den Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist (verzinst zum "Eckzinssatz") nieder. In den letzten Jahren wurde verstärkt auch das relativ zinsengünstigere, wenn auch länger gebundene Bau- und Prämiensparen von diesen Schichten benutzt.

Wozu spart der kleine Mann, auf welches Ziel hin kann er - wenn überhaupt - sparen? Nicht jedenfalls, wie der Kapitalist, der Geld anhäuft, um Profite zu machen. Dazu ist der arbeitende Mensch nicht in der Lage. Er muß sparen, um eine Sicherheitsreserve zu haben, eventuelle noch für den Ankauf längerfristiger Konsumgüter. Dashalten ihm jetzt die Bankbosse und Androsch vor, wenn sie verkünden, es werde sowieso gespart werden, auch wenn die Sparzinsen fallen. Der "Kurier" (29.5) schreibt dazu: Androsch" Vertrauen "ist vermutlich gerechtfertigt. Es gibt ausnahmsweise Meinungsumfragen und Untersuchungen v.a. der Sparkassen, die alle dasselbe sagen: Das Bücherlsparen wird von einem Großteil der Bevölkerung zur Schaffung einer jederzeit greifbaren Geldreserve betrieben. Zinsüberlegungen sind zweitrangig. Ja man ist sogar bereit, die Differenz zwischen Sparbuchverzinsung und Inflationsrate als eine Art Aufbewahrungsgebühr dafür in Kauf zu nehmen."

Schließlich ist ja der Eckzinssatz schon heute nur 5%, die Inflationsrate aber über 7% - "Gewinn" ist ja längst keiner drin.

Die Raffgier der Finanzoligarchie, ihre dekadente Verlogenheit und Überheblichkeit ist grenzenlos. Der kleine Einleger, der sowieso nicht anders kann, soll nehmen, was ihm das Finanzkapital bietet, bzw. soll froh sein. daß ihm nicht noch mehr genommen wird.

Die Gründe von Bank und Industrie

Bankkapital, Industrielle und Regierung sind sich gerade hier zutiefst einig - diese Kosten, die Zinsen für die Kleineinlagen, müssen runter. Die Banken, das versteht sich von selbst, weil sie ihre Zinsspanne vergrössern wollen. Dies umso mehr, als mit der Krise die Nachfrage nach Krediten nachgelassen hat und dadurch seit einiger Zeit ein gewisser Druck auf die Kreditzinsen eingesetzt hat. Eine Vergrößerung der Spanne um ein halbes Prozent bedeutet für den Kreditapparat hunderte Millionen Schilling mehr Gewinn.

Die Industriellen rufen zum Sturm auf die Sparzinsen, weil sie sich von einer Senkung der Kosten der Spareinlagen für den Kreditapparat eine Verbilligung der ihnen verrechneten Kreditzinsen erhoffen, um damit einen grösseren Teil des Mehrwerts für sich behalten zu können. Sie hoffen also, daß die Banken die Beute teilen werden. Ob diese Erwartung in Erfüllung geht, ist fraglich. Die Bankmonopole sind mit ihrem Gewinnen unzufrieden. Steigen im Zuge eines zeitweiligen Konjunkturaufschwungs die Gewinne ihrer Gläubiger, werden sie versuchen, trotz allem die Kreditzinsen zu halten und wenn möglich - unterstützt durch eine wachsende Nachfrage nach Krediten - diese zu erhöhen. Hoffnungsvoll wird auch schon von Bankkreisen eine solche Tendenzwende bei den Zinssätzen auf den internationalen Geldmärkten für spätestens Herbst erwartet.

Die Gründe der Regierung

So oder so, wenn Androsch behauptet, die Sparzinssenkung würde über eine Kreditzinssenkung auch die Inflation dämpfen, ist das reines Geschwafel, zusammengereimt für das Volk, das schon dumm genug sei, um es dem aufgeblasenen Finanzminister zu glauben. Die bürgerliche Presse glaubt jedenfalls nicht so recht daran: "Als einzigen Trost (für die Sparzinssenkung).... hat Androsch folgende Überlegung anzubieten: Wenn die Sparzinsen sinken, werden auch die Kredite billiger, und dann sinkt auch die Inflationsrate. Eine Rechnung, die keineswegs aufgehen muß, weil nicht gesagt ist, daß die Wirtschaft Kreditverbilligungen auch tatsächlich in den Preisen weitergibt. Die Erfahrung spricht eher dagegen."(Kurier 29.5.)

Überhaupt: Die Sparer sollen eine Zinssenkung von mindestens 0,5% hinnehmen und als Lohn dafür eine - laut Androsch - um 0,3% niedrigere Inflationsrate bekommen!

Bei der letzten Erhöhung des Eckzinssatzes von 3,5% auf 5%

vor ein paar Jahren wurde genau umgekehrt argumentiert: die Sparzinserhöhung würde das Sparen anregen und damit als Patentrezept gegen die Inflation wirken.

Staatsausgaben sparen, indem die Sparförderung fürs Bau und Prämiensparen abgebaut wird. Schließlich und nicht am unwichtigsten, weil das Finanzkapital die Regierung über Staatsschuld unter Druck setzen kann. Der Schuldendienst dafür wird immer drückender. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres waren über 70% der neu aufgelegten Anleihen solche des Staates (Anleihen sind eine Form, in der der Staat, aber auch Wirtschaftsunternehmungen Geld aufnehmen können; der Gläubiger erhält dafür festverzinsliche Wertpapiere; die Banken machen aber nicht nur durch die Verzinsung ein Geschäft, sondern schon durch die Ausgabe der Anleihen, die sie für den Staat übernehmen und für die sie eine Provision bekommen). Erst kürzlich hat Androsch angekündigt, daß das Defizit heuer statt 37 Mrd. bis zu 45 Mrd. S betragen kann. Um das Finanzkapital für die weiteren Kreditaufnahmen wohlgestimmt zu halten und um Zugeständnisse für die weiteren Emissionen und die Höhe der Zinsen zu bekommen, muß die Regierung ihrerseits den Banken entgegenkommen - durch die Kappung der Sparzinsen und durch Einsparungen beim Staatshaushalt auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten.

W.R.

Die Kapitalisten sollen ihren Staat selbst finanzieren!

Die allgemeine Überproduktionskrise hat im vergangenen Jahr die Finanzkrise des Staats laufend verschärft. Im Staatshaushalt wurden große Umschichtungen vorgenommen, die Ausgaben für nahezu alle Bereiche, die für das Volk von Interesse sind, wurden im Verhältnis zu den anderen Ausgaben gekürzt.
Die Regierungstätigkeit konzentriert sich auf das Erfinden neuer Massensteuern und die Erhöhung aller Steuern, Tarife und Gebühren.

Im Zeitraum von 1967 bis 1974 hat im Durchschnitt (unter Berücksichtigung der Steuerreform) eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 1% zu einer Zunahme des Lohnsteuerertrags von 2,2% geführt. Eine Zunahme der Gewinne um 1% ließ den Ertrag aus der Einkommensteuer hingegen nur um 1,5% steigen. Die Mehrwertsteuer erbringt Jahr für Jahr dem Staat überproportional stei gende Einnahmen. Im Krisenjahr 1975 wuchsen die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer um 15,9%, während die Gesamteinnahmen nur um 5,3% zunahmen.

Noch krasser sieht die aktuelle Situation aus: Im ersten Vierteljahr 1976 sind an öffentlichen Abgaben im Vergleich zum Zeitraum des vorigen Jahres um 13,1% Mehreinnahmen zu verzeichnen. Im Einzelnen ergaben sich gegenüber dem Zeitraum Jänner bis März 1975 folgende Änderungen in der Aufkommensverteilung:
Mehr als die Hälfte aller Einnahmen erzielte der Staat hier mit bloß zwei Steuern, der LOHNSTEUER und der MEHRWERTSTEUER, die nahezu ausschließlich von den Wekrtätigen bezahlt werden.

Steuer	Änderung	Mio S
Lohnsteuer:	+ 3,9%	7.1o5 Mio S
Mehrwertsteuer:	+ 29,2%!	17.866 Mio S
Tabaksteuer:	+ 18,8%	1.114 Mio S
Veranlagte Einkommenssteuer:	- o,3%	3.744 Mio S
Körperschaftssteuer:	- 7,3%	1.578 Mio S
Gewerbesteuer:	- 3,2%	1.o7o Mio S
Vermögenssteuer:	+ 16,4%	569 Mio S

Die Lohnsteuer stieg also um 265 Millionen gegnüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres und ergibt pro Kopf und Nase die gewaltige Summe von 2.75o,-Schilling. Das sind für jeden etwa 9oo,- Schilling im Monat.

Bei den Ausgaben hat es ebenfalls gewisse "Umschichtungen" gegeben, die der Finanzminister unter der Formel "qualitätsorientierte Strukturpolitk propagierte. Diese Formel faßt die Absicht der Regierung zusammen, sich verstärkt in den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals fördernd einzumischen. nicht nur wie bisher in erster Linie "alle" Unternehmen gleichmäßig zu fördern mittels Steuererleichterungen, Exportförderungen, Ausfallshaftungen usw. sondern zusätzlich und mit zunehmender Bedeutung mittels massiven öffentlichen Geldeinsatzes und unter Heranziehung der verstaatlichten Banken, die Zusammenfassung und Produktionsrationalisierung größer, unter starkem Konkurrenzdruck 'leidender' Branchenbereiche zu betreiben. Ein Beispiel, über das wir schon öfter berichteten, ist die "Textilfusion Ost". Die Textilbetriebe VÖSLAU, PIERING und MICHELDORFER wurden unter Oberhoheit der Creditanstalt fusioniert. Die Bürgschaft für die für diese Transaktionen notwendigen Mittel übernahm der Staat in der Höhe von 134 Millionen; ebenso wurde knapp vorher eine Aufstockung des Kapitals der CA um 6oo Mio. im Ministerrat beschlossen, was für den Staat, der mit 6o% Hauptaktionär ist bedeutet, weitere 36o Mio. mittels Krediten aufbringen zu müssen.

Kein Sparapell für Polizei, Armee und Bürokratie

Die Krise erfordert vom Staat nicht nur Ausgaben, die ganz unmittelbar den Kapitalisten zugute kommen, sondern auch Ausgaben, die, angesichts der zunehmenden sozialen Konflikte, ihre politische Herrschaft im Inneren sichern. Spalten und Verwalten, das ist die Devise, nach der die Bourgeoisie die wachsende Einheit und Kampfentschlossenheit des Volkes abzubremsen versucht, und deshalb auch gezwungen ist, sich immer tiefer in alle Volksangelegenheiten einzumischen. Das aber wiederum erfordert eine beständige Ausdehnung und Perfektionierung des Verwaltungs- und Gewaltapparates. Steigende Militärausgaben, Rationalisierungsversuche in der Verwaltung, Aufstockung und technische Vervollkommnung des Polizeiapparates, aber auch die 6oo neuen Dienstposten beim Bundesheer sind nur einige sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Weder für diese, noch für die "strukturpolitischen" Ausgaben gilt der sog. Sparapell des Finanzministers. Insgesamt dient diese Steuer- und Budgetpolitik der Kapitalistenklasse. Nichts an dieser Poltik ist wert, daß es aus den Taschen der werktätigen Massen finanziert wird. Deshalb hat der Kommunstische Bund am 1.Mai die Werktätigen auch unter den folgenden Forderungen auf die Straße gerufe;
WEG MIT ALLEN INDIREKTEN STEUERN!
BIS MINDESTENS 1o.ooo SCHILLING IM MONAT STEUERFREIHEIT!
BESTREITUNG ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN, SOWEIT SIE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN? AUSSCHLIESSLICH DURCH DIE PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

K.P.

Androsch fordert „Opfer" . . .

Forts.von S.1

Über die Details müsse die Regierung erst entscheiden, aber klar sei, daß z.B. gespart werden müsse:
- Durch Senkung der Sparförderung (beim Prämien- und Bausparen)
- durch "Entlastungen" im sozialen Bereich.

Eine"gewisse Opferbereitschaft"erwarte der Finanzminister bei
- der Erhöhung der Beiträge für Sozialleistungen und bei
- der Erhöhung der Gebühren und Tarife unter dem Motto "stärkere Beziehung zwischen Kosten und Leistungen auf der einen und Tarifen und Gebühren auf der anderen Seite"

Was Androsch weiters nicht direkt ausspricht oder nur andeutet sind folgende Maßnahmen zur weiteren Ausplünderung des Volkes:
- weiterhin "automatisch" steigende Lohnsteuer, bedingt durch die Steuerprogression und die Geldwertinflation
- Beibehaltung des im Jänner erhöhten Mehrwertsteuersatzes
- Zinssenkung auch beim kleinen Sparbuch (von 5% auf 4,5 oder 4%)
- laufende Erhöhung praktisch aller Tarife: momentan Gas, Strom im Sommer die Erhöhung der Straßenbahntarife von 8.- auf 10.-

Das alles dient dazu, sagt Androsch ganz offen, um die Schulden zu finanzieren, die der Staat gemacht hat, um den Kapitalisten das Geld in den Rachen werfen zu können. Das alles ist zur "Sicherung der Arbeitsplätze" gemacht worden.

Die Wahrheit schaut ganz anders aus:
Der Kapitalismus schlitterte in die Krise, weil zu viel produziert worden war, weil die Gier der Kapitalisten mehr und mehr Profit zu machen ihren kapitalistischen Markt verstopft hatte. Die Produktion ging zurück, die Kapitalisten setzten die Arbeiter auf die Straße. Letzten Endes war die Krise Ausdruck dafür, daß die gewaltig ausgedehnte Produktion an die beschränkte - in den letzten Jahren sogar absolut verringerte - Konsumkraft der Massen stieß.

Der Kapitalismus schlitterte weiters besonders schwer in die Krise, weil diese Überproduktionskrise zusammenfällt mit dem Vormarsch der 3.Welt, der den Spielraum der Imperialisten einschränkt, diese Länder weiterhin auszuplündern. (Die Erhöhung der Rohölpreise ist Ausdruck davon).
An diesen Ursachen der Krise kann kein Kredit, der für die Kapitalisten aus dem Volk herausgepreßt wurde etwas ändern. Sicher, die Kapitalisten versuchen aus der Krise herauszukommen, indem sie die Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben noch mehr steigern, indem sie über die staatliche Ausplünderung ihre Profite "stützen" lassen, d.h. indem sie das Lebensniveau der Massen senken. Aber können die arbeitenden Menschen durch diese Maßnahmen einen "sicheren Arbeitsplatz" erhalten?

"Die hohen Überkapazitäten der Industrie in allen imperialistischen Ländern, die fortlaufende Schwächung der Konsumtionskraft der Massen durch den Reallohnabbau, die Verschärfung der Ausbeutung und die hohe Arbeitslosigkeit, die Erschöpfung des Spielraums der öffentlichen Verschuldung, das weiterhin hohe Niveau der Inflation, die Erfolge des Kampfs der unterdrückten Völker und der Widerstand der Länder der 3.Welt gegen das Fortbestehen der ungleichen Wirtschaftsbeziehungen - all dies entzieht der Wirtschaft der Imperialisten jede solide Grundlage für einen anhaltenden Aufschwung und verdüstert ihre Zukunft. Aber selbst wenn es zu einem kurzfristigen Aufschwung der Produktion kommt, werden die Folgen der Krise für die Arbeiterklasse, insbesondere die Arbeitslosigkeit, nicht im Gleichschritt abnehmen; dafür sorgen Rationalisierungen und die damit einhergehende verschärfte Ausbeutung des aktiven in der Produktion verbliebenen Teils der Arbeiterschaft." (Rechenschaftsbericht des KB Wien an die 2. Delegiertenkonferenz)

Keine neuerlichen Tariferhöhungen bei der Straßenbahn!

Die letzte Tariferhöhung bei der Straßenbahn ist kaum 18 Monate alt und schon wieder rührt die Gemeinde die Werbetrommel für die nächste Erhöhung im August (vgl. Klassenkampf 5/76) Ende 1974 konnte man noch um S6,- fahren, seit 1.1.1975 kostet der Einzelfahrschein 8,- S und mit 1.8.1976 ist eine Erhöhung auf 1o,-S geplant. Anders ausgedrückt ist das eine Tariferhöhung von rund 66 % innerhalb von 2o Monaten.

ERHÖHUNGEN, ab 1.8.1976 GEPLANT:

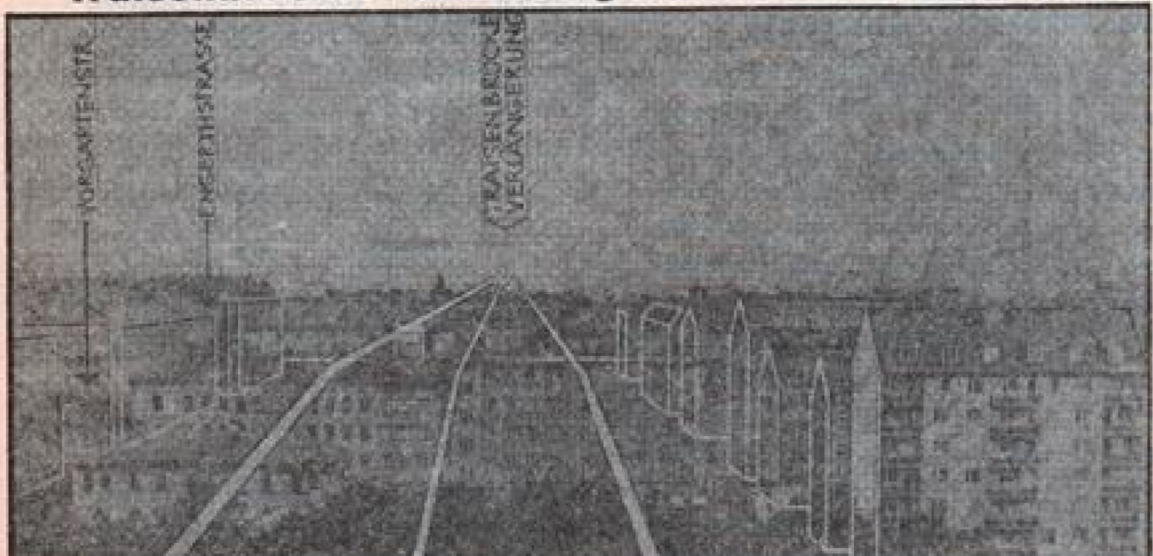
Einzelfahrschein von 8,- auf 1o,- (25%)
Vorverkaufsfahrschein von 6,- auf 7,- (16,9%)
Wochennetzkarten um ca. 8-1o%, das ist für die 5-Tagekarte von 48,- auf ca.52,- , 6-Tageskarte von 59,- auf ca. 64,-.

U-Bahn: 2 Minuten schneller, 10 Minuten länger warten

An sich ist eine U-Bahn nichts schlechtes. Was aber wird die U-Bahn in Wien sein? Angeblich zur Verbesserung des öffentlichen Berufsverkehrs gebaut, wird sie ausschließlich nach den Gesichtspunkten gebaut das Einzugsgebiet der Hauptgeschäftsvierteln in der Stadt zu vergrößern. Wie lange dann die Wartezeiten für die arbeitenden Menschen sein werden, wie oft sie umsteigen müssen, das ist den Verantwortlichen völlig schnuppe.

Die erste Teilstrecke wird in Betrieb genommen und schon zeigt sich das ganz offen: Von Heiligenstadt zur Friedensbrücke darf mit der U-Bahn gefahren werden. Bei der Friedensbrücke gibt es eine neue Umsteigstelle. Dafür, daß man zwischen Heiligenstadt und der Station Friedensbrücke statt bisher 5 nur noch 3 Minuten unterwegs ist, darf man mit einer Wartezeit von 1o Minuten rechnen. Immer wenn man mit der U-Bahn in Station Friedensbrücke einfährt, sieht man dort die Stadtbahn als roten Punkt in Richtung Landstraße entschwinden. Dafür gebe es technische Gründe, behaupten die Verantwortlichen der Gemeinde. Was sich die arbeitenden Menschen von diesen "technischen Gründen" denken, das würde ihnen eine U-Bahnfahrt zu den Spitzenzeiten schnell näherbringen. In spontanen Bemerkungen und Gesprächen macht sich der Unmut deutlich Luft. Der volksfeindliche, korrupte und unfähige Charakter der Politik der Gemeinde wird den Menschen zunehmend klarer.

Traisenbrücke: Verwirrungsmanöver der Gemeinde



700 Wohnungen müßten abgerissen werden, weitere hunderte Wohnungen wären dem ohrenbetäubenden Lärm einer Stadtautobahn ausgesetzt, wenn die Traisenbrücke mit der Hochleistungsstraße durch die Brigittenau gebaut wird.

Die Bürgerinitiative "Rettet die Brigittenau" machte gegen den Bau der Brücke schon mehrere Kundgebungen und eine Demonstration. Offensichtlich arbeitet die Gemeinde jetzt mit einer Verwirrungstaktik, setzt Gerüchte in die Welt, um den Unmut und die Kampfentschlossenheit in der Brigittenau zu brechen:

Am 16.Mai berichtete die "Kronen-Zeitung" - der SP nicht ferne stehend - daß die Brücke wahrscheinlich nicht gebaut werde. Am nächsten Tag wurde dementiert und Bürgermeister Gratz sprach sich letzte Woche in einem Rundfunkinterview für den raschen Bau der Brücke aus. Er hatte dabei die Unverschämtheit zu behaupten, daß kein einziges Haus weggerissen werden müsse - unter der Annahme,daß die Brücke ohne Schnellstraßenzubringer gebaut werde. Als wenn die Gemeinde eine Donaubrücke bauen würde, die dann in eine unbedeutende Straße in der Brigittenau münden würde.

Für die Bürgerinitiative besteht die Notwendigkeit auf die eigene Kraft zu setzen, die Bevölkerung in ganz Wien für den Kampf gegen die Brücke zu gewinnen. Nur mit Briefaktionen und Radioreportagen usw. wird sie dem Verwirrungsmanöver der Gemeinde nicht wirksam begegnen, den Bau der Brücke nicht verhindern können.

Den Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken auf der

„Aufklärungsprozeß" über Ke

Bundeskanzler Kreisky hat einen "bundesweiten Aufklärungsprozeß" über die Vor- und Nachteile der Verwendung der Kernenergie für Herbst 1976 angekündigt. Mit dieser großangelegten Show, die Kreisky als "Gelehrtenstreit" ablaufen lassen will, soll der zunehmende Widerstand in der Bevölkerung gegen den Bau von gesundheits- und umweltgefährdenden Kernkraftwerken abgefangen werden, der sich bisher in verschiedenen Versammlungen und Initiativen ausdrückte.

Die Entscheidung , ob in Österreich Kernkraftwerke (KKW) gebaut werden sollen oder nicht, haben Regierung und Verbundgesellschaft längst getroffen. Das Kernkraftwerk Zwentendorf soll nächstes Jahr in Betrieb gehen. Für das geplante Kernkraftwerk Stein/St.Pantaleon (OÖ) wurde schon 1974 ein Vertrag mit der sowjetischen Außenhandelsorganisation "technaexport" über die Lieferung von angereichertem Uran als Reaktorbrennstoff abgeschlossen. Generaldirektor Erbacher von der Verbundgesellschaft spricht von "sechs Kernkraftwerken in den nächsten zehn Jahren" (Profil,4.5.76) ÖVP und SPÖ sind sich einig: "Bei steigendem Energiebedarf bietet sich keine vernünftige kurzfristige Alternative zu einer vermehrten Nutzung der Kernenergie an." So steht es auch in der Regierungserklärung 1975.

Die Beherrschung und Nutzbarmachung der Kernenergie erschließt der Menschheit riesige neue Energiequellen. Die Energiegewinnung aus Kernspaltung ist aber nur dann für die Menschen von Nutzen, wenn sie weder unmittelbar , noch langfristig Gesundheit und Erbgut der Menschen beeinträchtigt. Dazu ist es nicht nur notwendig, die Kettenreaktion im Reaktor kontrolliert ablaufen zu lassen, durch eine ununterbrochene Kühlung ein Niederschmelzen des Reaktorkerns (und damit einen verheerenden Unfall) zu verhindern, sondern auch zu verhindern, daß die in großen Mengen entstehende Radioaktivität an die Umwelt gelangt, und dafür zu sorgen, daß die radioaktiven Abfälle jahrtausendelang von der Umwelt ferngehalten werden. " Im Bau, Entwurf und Betrieb von Kernreaktoren müssen wir ein Niveau der Perfektion erreichen, der Voraussicht und der Sicherheit, an das wir nicht gewpöhnt sind,die wir in anderen industriellen Operationen nicht anwenden" (der amerikanische ProfessorFord auf einem Symposium im September 1975 in Wien).

Entscheidende Probleme nicht gelöst

Nun sind ganz entscheidende technische Probleme nicht gelöst (Auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit, der Filterung und Zurückhaltung radioaktiver Schadstoffe und vor allem auf dem Gebiet der Abfallagerung).

Noch viel schlechter aber steht es um die geforderte "Voraussicht und Sicherheit". Das KKW Zwentendorf soll nächstes Jahr in Betrieb gehen, und heute weiß noch niemand, wo der Abfall aus diesem Kraftwerk schließlich gelagert werden wird. Die Kernenergieprogramme träumen von 6oo KKW im Jahr 2ooo, ohne sich darum zu sorgen, was mit den riesigen Mengen von radioaktivem Abfall geschehen soll, der dabei entsteht, und der jahrtausendelang bewacht und betreut werden muß.

Das ist auch nicht verwunderlich. Denn wie soll im Kapitalismus eine vorausschauende Planung möglich sein, wie soll z.B. die langfristige Betreuung des radioaktiven Abfall geplant und gesichert werden, wenn andere, hochgiftige Abfälle seelenruhig ins Meer versenkt oder auf den nächsten Mistplatz abgelagert werden, weil das eben die billigste Art der Beseitigung ist.

Warum werden trotzdem Kernkraftwerke gebaut ?

"Weil wir den steigenden Energiebedarf nicht anders decken können,"behaupten die Herren von der Verbundgesellschaft. Wie ist das mit dem "steigenden Energiebedarf":

Jahrelang hat uns die aufwendige Propaganda der Elektrizitätswerke eingehämmert: Der Österreichische Strombedarf verdoppelt sich alle 1o Jahre. Deshalb muß auch die Leistung unserer Kraftwerke alle 1o Jahre verdoppelt werden, sonst sitzen wir im Dunkeln. Doch in einer kapitalistischen Wirtschaft lassen sich weder Wirtschaftswachstum noch Strombedraf vorausplanen. Das zeigt sich besonders in der Krise. So sank der gesamte österreichische Inlandsstromverbrauch in den ersten neun Monaten des Jahres 75 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1974 um o,2%. Aber ebenso wie Steigen oder Fallen wird die Höhe des Energieverbrauchs nur durch

...richtigen Grundlage entfalten!

...rnkraftwerke?

die anarchische Entwicklung der Profitwirtschaft bestimmt und ist keine "objektive" Größe. Durch das Streben der Kapitalistenklasse nach höchstem Profit wird eben die Verschwendung und Vergeudung der Naturkräfte ebenso in die Höhe getrieben, wie die Abnützung und Ausbeutung des Menschen. Es ist auch falsch, Kernenergie als einzige Möglichkeit hinzustellen, in Zukunft die Energieerzeugung zu steigern. Tatsächlich gibt es in Österreich auch bei strenger Berücksichtigung von Umweltinteressen noch große Wasserkraftreserven. Die heute bekannten abbauwürdigen Kohle- und Erdölvorräte der Erde sind so groß, daß sie noch hunderte Jahre ausreichen. Selbst Dipl.Ing. Nentwich (Direktor des KKW Zwentendorf) schreibt in der Zeitschrift "Gemeinwirtschaft", daß die geschätzten Kohlevorräte der Erde mehr als das tausendfache des heutigen jährlichen Weltenergieverbrauchs betragen.

Welche Energieform aber von der Regierung zu Stromerzeugung herangezogen wird, hängt ausschließlich davon ab, mit welcher Energieform sich das größte Geschäft machen läßt, welche Energieform der Bourgeoisie politisch und wirtschaftlich am sinnvollsten erscheint. Die österreichische Bourgeoisie hat eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher und poltischer Gründe, gerade den Bau von Atomkraftwerken voranzutreiben.

1. Die Landeselektrizitätsgesellschaften erhoffen sich von den Atomgesellschaften verhältnismäßig geringere Investitions-, Betriebs- und Brennstoffkosten als bei herkömmlichen Kraftwerken. Ein 13oo Megawatt-KKW (St.Pantaleon) ist viermal so groß wie ein konventionelles Ölkraftwerk (2oo-3oo MW). Dadurch erspart man sich eine Reihe von Nebenkosten, wie Umspannung, Administration usw.

2. Das in ein KKW investierte Kapital soll nach 2o Jahren wieder hereinkommen. Bei einem Wasserkraftwerk dauert es wesentlich länger (6o-8oJahre).

3. Das Uran kommt aus Südafrika, wo es die schwarzen Arbeiter für Hungerlöhne aus dem Berg hohlen.

4. Die Reaktorhersteller haben großes Interesse, ihre Werke zu verkaufen, und üben einen entsprechenden Druck auf die Regierung aus. Hier handelt es sich vor allem um den Siemens Konzern und die Österreichische Verstaatlichte Industrie, die eng miteinander verflochten sind. Ihnen ist es egal, ob KKW benötigt werden oder nicht, sie wollen verkaufen.

Zu 1: Ein KKW ist nur dann "wirtschaftlich" (d.h. konkurrenzfähig), wenn nicht strengere Sicherheitsbestimmungen den Bau und Betrieb des KKW verteuern. Das sieht man deutlich an den USA. KKW werden nur mehr im Osten (New England) gebaut. Dort ist das Land dicht besiedelt und die Luftverschmutzung sehr groß. Deshalb gelten dort für Kohle- und Ölkraftwerke, die große Luftverschmutzer sind, strengere Luftreinhaltungsvorschriften. KKW, Für die die Strahlenschutzbestimmungen nicht so streng sind, sind daher billiger als KOhlekraftwerke. Im Westen der USA ist es umgekehrt. Dort können die Kohle und Ölkraftwerke ungehindert mit ihren Gift- und Schadstoffen die Luft verseuchen, und daher auch billiger Strom produzieren. KKWs, "die einzige Alternative für die Zukunft", sind plötzlich nicht mehr gefragt, fast alle Bestellungen werden storniert.

Zu 2: Sicher, ein Kernkraftwerk ist nach 20-30 Jahren unbrauchbar und muß durch ein neues ersetzt werden (wenn es nicht schon verher "von der Evolution überrollt wird"). Aber wenn man von den Interessen des Volkes ausgeht,



und nicht davon, wie in möglichst kurzer Zeit ein möglichst großes Geschäft gemacht werden kann, dann spricht dieses Argument "erst recht gegen die Kernkraftwerke".. In Niederaichbach (Bayern) z.B. wurde um 1,7 Mrd. Schilling ein KKW gebaut, das nur ganz kurze Zeit in Betrieb war. Jetzt ist es unrentabel und gleich daneben wird ein neues, doppelt so teueres KKW gebaut. Mit den Überlegungen unter 3) aber versucht die österreichische Bourgeoisie, die Arbeiterklasse und das Volk für ihre imperialistischen Pläne zu gewinnen. Sie will uns einreden, daß wir davon etwas hätten, wenn wir ihnen helfen, unsere Klassenbrüder in Südafrika auszubeuten.

Den Kampf auf der richtigen Grundlage entfalten

Die geplanten KKWe sind ein ernster Angriff auf die Gesundheit und die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsteile, deren langfristige Auswirkungen heute noch gar nicht abzusehen sind. Sie werden gebaut, weil für die Monopolkonzerne nicht die Gesundheit des Volkes, sondern nur die beste Verwertung ihres Kapitals entscheidend ist.
Das gilt, das muß uns eben klar sein, ebenso für Kohlekraftwerke, die unsere Luft verpesten, obwohl es technisch einfach wäre, die Schadstoffe herauszufiltern und sogar weiterzuverarbeiten.
Die entscheidende Frage heißt deshalb nicht, Kernkraftwerk oder Kohlekraftwerk, nicht Öl oder Sonnenenergie, sondern: Wer bestimmt über die Produktionsmittel und in wessen Interesse werden sie eingesetzt? Das Mißtrauen richtet sich nicht gegen die Errungenschaften der Technik und Wissenschaft, sondern gegen die Kapitalisten, die die Technik und Wissenschaft beherrschen und einzig und allein ihrem Profitinteresse unterwerfen.

Insgesamt läßt sich eine fortschreitende Umweltzerstörung im Kapitalismus nicht verhindern. Trotzdem ist in jedem einzelnen Fall der Kampf gegen Projekte, die die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten untergraben, berechtigt und kann Aussicht auf Erfolg haben. In einer solchen Bewegung stellt sich dann schon sehr bald die Frage, welche Interessen vertritt der Staatsapparat? Wer bestimmt in diesem Staat?
Die Bewegung wird dann erfolgreich sein und breite Unterstützung finden, wenn sie sich nicht einfach von der Angst vor Kernenergie, Plutonium und Radioaktivität leiten läßt, sondern ihren tatsächlichen Gegner, den bürgerlichen Staatsapparat klar erkennt und dabei auf die eigene Kraft vertraut. Wie man das macht, das haben die Bauern, Winzer und Arbeiter von Kaiserstuhl (BRD, siehe "Klassenkampf" 5/75) gezeigt, die in ihrem Kampf gegen das KKW Wyhl zehntausende eingezogen haben und den Bau des KKW bis jetzt verhindern konnten.

K.M.

Die heute gebauten Kernkraftwerke sind gefährlich

Neben der Lagerung der Abfälle sind folgende Dinge "technisch" noch nicht gelöst:

Die tagtägliche Strahlung

Das "Kernkraftwerk" gibt im "Normalbetrieb" laufend radioaktive Schadstoffe in kleinsten Dosen an die Umgebung ab. Das wird von den KKW-Betreibern auch nicht bestritten, aber dafür als "vernachlässigbar" abgetan (mit dem Argument, diese Strahlung betrage nur 1% der "natürlichen Strahlung"). Außerdem sei diese Abgabe je gesetzlich erlaubt und daher ungefährlich.

Nun ist erstens der Vergleich mit der natürlichen Höhen- und Bodenstrahlung unzulässig. Während die Höhen- und Bodenstrahlung von außen auf den Körper auftritt, gibt das KKW strahlende (radioaktive) Elemente ab, die sich in Knochen und Organen des menschlichen Körpers anreichern und dort aus nächster Nähe strahlen und so die Gefährlichkeit ihrer Strahlung verviefachen.

Zweitens ist die tatsächliche Abgabe von Radioaktivität in vielen Fällen größer als vorher behauptet. Das zeigen Erfahrungen aus der BRD.

Das Hauptproblem aber ist, wie die Kraftwerkserbauer diese Frage angehen. Prof.Aurand, Gutachter für das KKW Wyhl, schreibt dazu folgendes: "Der technische und wirtschaftliche Aufwand, diese geringe Restmenge zu entfernen, ist so groß, daß er nicht gefordert werden kann." Kleinere Störfälle und Lecks, zu deren Reparatur der Reaktor abgeschalten werden müßte, sollen längere Zeit nicht repariert werden, die dadurch entstehende höhere Radioaktivitätsabgabe wird in Kauf genommen. Prof.Aurand: "Für einen flexiblen Betriebsablauf wäre es ferner wünschenswert, daß die Betreibungsgenehmigung kurzzeitig eine höhere Abgabe (von Radioaktivität) zuläßt."

Reaktorsicherheit und Unfallgefahr

Im Zusammenhang mit Kernkraftwerken wird häufig von möglichen Katastrophen mit vielen Tausenden Toten gesprochen. Das sind nicht die Hirngespinste von irgendwelchen Panikmachern, sondern das wird von der Kernindustrie in ihren internen Berichten selbst zugegeben. So schreibt z.B. das Institut für Reaktorsicherheit des Prof.Lindacker in einem internen Gutachten über das geplante KKW Ludwigshafen: "Würden durch einen sehr schweren Schaden an dem geplanten BASF-KKW radioaktive Spaltprodukte in die Luft abweichen, müßten in einem Umkreis von 13 km 100.000 Menschen sofort sterben. In den nächsten 20 Jahren nach dieser eventuellen Katastrophe würden zwischen 33.000 und 1,6 Mio durch Leukämie und Schilddrüsenkrebs ihr Leben lassen."

»Herr Lehrer W. muß bleiben!«

Wegen angeblicher Juso-Methoden soll ein Religionslehrer von einer Wiener Hauptschule entfernt werden. Er soll versetzt werden und in Zukunft an mehreren Schulen gleichzeitig unterrichten, offensichtlich, um nirgends Fuß fassen sich richtig einleben zu können.

Wie ist es dazu gekommen? Das Kirchenamt will Religionslehrer, die die Kindern einschüchtern, Bilder von der Hölle ausmalen, sie Gebete hersagen lassen. Schon die Kinder sollen erzogen werden, alles Übel dieser Welt zu ertragen und zu kuschen. Das liegt auch im Interesse des bürgerlichen Staates, der der Religion an den Schulen genau zu diesem Zweck alle Rechte einräumt.

Diesen Leuten paßt Lehrer W. nicht in den Kram: Er diskutiert mit den Kindern, wirft Probleme auf, nimmt die Kinder ernst und läßt sie ihre eigene Meinung bilden, versucht, sie kritisch zu erziehen. Und er ist ein Lehrer, der mit den Kollegen zusammenhält.

Als Kinder und Lehrer von der Versetzung erfuhren, waren sie sehr empört. Es wurde eine Unterschriftenaktion gemacht, deren Träger in erster Linie die Kinder waren, alle Kinder haben sich daran beteiligt. Die Herren Inspektoren, Direktoren usw. waren in Alarm versetzt: So was durfte es nicht geben! Die heilige Ruhe war plötzlich gestört! Es wurde alles unternommen, um die Bewegung einzudämmen. Die Kinder wurden eingeschüchtert, Unterschriftenlisten vernichtet. Die Lehrer, die anfangs solidarisch waren, wurden vergattert: Es darf keine Unruhe in der Schule geben. Ein entscheidendes Argument, mit dem es gelang, die Lehrerschaft zu spalten, war: Die Kinder dürfen keine eigene Meinung vertreten, wo kommen wir da hin, dann erlauben sie sich alles!
Was ist davon zu halten? Wenn die Kinder der Arbeiterklasse zu Gehorsam, Kritiklosigkeit, Passivität erzogen werden, ist das im Interesse der Kapitalisten, die sie einmal ausbeuten werden. Darum ist es gut, daß die Kinder in dieser Frage nicht alles hingenommen haben. Wiesehr das die Herrschenden in Unruhe versetzt hat, zeigt sich daran, daß das Kirchenamt gedroht hat, der Lehrer werde fristlos entlassen, wenn die Unterschriftenaktionen nicht aufhören.

- eine Lehrerin -

Die politische Lage auf den Hochschulen vor den Studienrichtungsvertreterwahlen

Anfang Juni werden auf den Hochschulen die Vertreter der Studenten in den einzelnen Studienrichtungen gewählt. Diese Vertretungsorgane sind entstanden im Laufe der spontanen Studentenbewegung Ende der 60er Jahre. Mit ihnen schufen die fortschrittlichen Studenten sich Instrumente, ihren Willen nach politischen Reformen für Hochschule und Gesellschaft zu vertreten. Heute sind diese Organe eingegliedert in den staatlich kontrollierten Apparat der Österreichischen Hochschülerschaft.

Trotz aller Einschränkungen spielen diese Vertretungen jedoch eine wichtige Rolle für die Organisierung und Unterstützung des Kampfes der Studenten, wennn sie in den Händen fortschrittlicher Kollegen sind.

Die Politik, die die Regierung - im Zusammenwirken mit der reaktionären Professorenschaft den Studenten gegenüber gegenwärtig verfolgt, ist die: Verschärfung der Kontrolle und des Drucks auf die Studenten im Studium; mittels Prüfungsverschärfungen, Straffung des Studiums usw. Dies deshalb, um in einer Situation der Zuspitzung der Widersprüche in der ganzen Gesellschaft und der Zunahme der Rebellion der Studenten gegen die arbeiter- und volksfeindliche bürgerliche Wissenschaft und Ausbildung, die Studenten fester an die Kandare zu nehmen und die Ausbildung noch direkter den Bedürfnissen der Bourgeoisie zu unterwerfen.

Ein wichtiger Teil dieser Politik ist auch die Eindämmung der Studentenzahlen durch scharfe Ausleseprüfungen, v.a. am Studienanfang, sowie durch Kürzung der Ausbildungsförderung. Diese Politik zielt nicht nur auf Einsparung von Geldmitteln ab, die der Staat braucht, um sie für andere Zwecke einzusetzen, sondern auch auf verstärkten Druck und Kontrolle.
Seit Herbst ist außerdem das UOG (Universitätsorganisationsgesetz) in Kraft, auf das sich Rektor Seitelberger und andere Reaktionäre immer häufiger berufen, um fortschrittliche Veranstaltungen und politische Aktivitäten der Studenten zu verhindern. Ein drastisches, wenngleich keineswegs isoliert dastehendes Beispiel ist der vom Rektor angeordnete Polizeieinsatz, um die Scrinzi-Veranstaltung, die von FPÖ-Studenten und Neonazis durchgeführt wurde, vor den fortschrittlichen Studenten zu schützen.

Die Studenten leisten überall Widerstand

Aber keine der reaktionären Maßnahmen haben Staat und Professorenschaft widerstandslos über die Bühne gebracht. Hat die Bourgeosie versucht, ihre Sparpolitik auch auf der Hochschule geltend zu machen, so haben sich die Studenten zusammengeschlossen und treten für ausreichende Stipendienerhöhungen ein. Gegen Prüfungsverschärfungen hat es zahlreiche Bewegungen gegeben, tw. Streiks und andere Kampfmaßnahmen.
Gegen den volksfeindlichen Charakter der bürgerlichen Wissenschaft regt sich zunehmend der Unwillen der Studenten. In einer Kritik der Wissenschaft und Ausbildung wird an zahlreichen Instituten gezeigt, wie diese Wissenschaft im Dienste der Ausbeutung und ihrer Steigerung besteht, wie sie zur Unterdrückung und Verdummung des Volkes die Mittel liefern soll.
Das wichtigste Ergebnis all dieser Auseinandersetzungen ist, daß das Vertrauen der Studenten in den bürgerlichen Staat ständig abnimmt und sie sich durch eigene Erfahrungen zunehmend von seinem reaktionären Charakter überzeugen;
Gleichzeitig hat sich auf den Hochschulen ein reges politisches Leben entwickelt. Die Studenten diskutieren lebhaft allgemein-politische Fragen und viele ergreifen aktiv Partei für die Arbeiterklasse und den Fortschritt. Ins Auge sticht die bereits erwähnte breite Ablehnung der chauvinistischen deutschnationalen Hetze gegen die slowenische Minderheit in Österreich, wobei die Studenten zunehmend klarer auch positiv für die Forderungen und Rechte der Minderheiten eintreten. Hervorzuheben sind weiter die breite Beteiligung von Studenten an der Spanien-Solidaritätsdemonstration letzten Jahres. Die Vertretungsorgane der Kunsthochschulen haben im Anschluß daran einen Plakatwettbewerb mit dem Thema des Widerstands des spanischen Volkes gegen den Faschismus durchgeführt, der auf große Beteiligung und Anklang gestoßen ist. Zahlreiche Biologiestudenten beteiligen sich an der Bewegung gegen die Kernkraftwerke in St.Pantaleon und Zwentendorf und stellen ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in den Dienst des Volkes.

Die kommunistischen Studenten (MLS) haben den Wahlkampf zu den STRV genutzt, um den Zusammeschluß der Studenten im Kampf für ihre Rechte, für die Unterstützung des proletarischen Klassenkampfs und für die Teilnahme an den Kämpfen des Volkes zu fördern. Sie haben betont, daß es nicht einfach daran geht, Vertreter zu wählen, sondern daß das wichtigste ist, daß die Studenten selbst aktiv diese Politik durchführen. Dabei sind freilich fortschrittliche Vertreter eine gute Hilfe, während die reaktionären v.a. von der ÖSU gestellten Vertreter, die heute noch dominieren, sich schon oft als Hindernisse erwiesen haben. Kommunistische Studienrichtungsvertreter haben auf Hörerversammlungen ihren Kollegen Rechenschaft abgelegt über ihre bisherige Tätigkeit und Tätigkeitspläne für die Politik der Studenten im nächsten Jahr vorgelegt, deren Durchführung durch die Studenten sie bei ihrer Wiederwahl nach Kräften politisch, organisatorisch und materielll unterstützen wollen.

W.W.

Demonstration der Chemiestudenten

Bei den Laborübungen, die die Chemiestudenten zu absolvieren haben, gehen immer eine ganze Menge von Reagenzgläsern und anderen Glasgefäßen drauf, auch wenn man noch so sorgfältig arbeitet.
Dieser Verschleiß an Lehrmaterial wurde bis jetzt aus Budgeltmitteln für die Technische Universität wieder ergänzt. Jetzt hat Minister Firnberg beschlossen, daß das die Studenten selber zahlen sollen.

Nach Aussagen einer Chemiestudentin an der Universität-Wien, wo offenbar die Studenten schon immer für den "Glasbruch" aufkommen mußten, kostete sie dasbis zu S, 4.000.- pro Semester. Im Zusammenhang mit der rasch fortschreitenden Stipendienentwertung bedeutet das einen besonders provokanten Angriff gerade auf jene Chemiestudenten, deren Eltern Arbeiter, kleinere Angestellte oder arme Bauern sind. (Gegenüber 1970 ist das Höchststipendium real um ca. S.1.200.- pro Monat gesunken).
Gegen diese freche Zumutung haben die Chemiestudenten mit einer Demonstration am 25.5. zum Wissenschaftsministerium protestiert.

P.H.

Am 19.Mai wurde im Parlament der wichtigste Teil der Wirtschaftsgesetze verabschiedet: das Marktordnungsgesetz. Zuvor hatte die SPÖ eine Regierungsvorlage dazu ausgearbeitet, die die alte Marktordnung völlig umkrempeln sollte. Die gesetzlichen Regelungen bei den wichtigsten Produkten der Landwirtschaft - Getreide, Milch und Vieh -, die jeweils ein Jahr Geltung hatten und seit Jahren nur sehr geringfügig verändert wurden, waren zu schwerfällig geworden. Zu schwerfällig und zu wenig geeignet für die österreichische Bourgeoisie, um die Landwirtschaft und die Volksernährung möglichst vollkommen unter ihrer Kontrolle zu haben. Die Konkurrenz am Weltmarkt und die angespannte Situation im Innern zwingt die Bourgeosie dazu, ihren Profitinteressen auch in der Landwirtschaft schneller und besser zum Durchbruch zu verhelfen. Die kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe, Agrarkonzerne und Viehfarmen müssen größer und mächtiger werden, der Sachwalter der Kapitalistenklasse - der bürgerliche Staat muß zu diesem Zweck seine Kontrolle über und Eingriffe in die Landwirtschaft verstärken.

Die neue Marktordnung:

Ein Weg zur verstärkten Kontrolle der Landwirtschaft durch den Staat

Beim Getreide legt der Gesetzesentwurf der SP unter anderem fest, daß der staatliche Stützungsaufwand vermindert wird. Getreide wird in Österreich überproduziert. Nach der alten Marktordnung war den Produzenten die Abnahme des ganzen Getreides sichergestellt. Jetzt sollte die Abnahme- und Preisgarantie auf Qualitätsgetreide beschränkt werden. Getreide minderer Qualität bringt aber höhere Erntemengen pro Hektar und bei der bisherigen Preisgarantie höhere Gesamterträge. Das heißt, Bauern mit weniger Hektar Land, die bisher zum größten Teil nur das normale Getreide anbauten, hätten durch den "erzwungenen" Anbau von Qualitätsgetreide weniger Ertag, bzw. könnten sich die Umstellung gar nicht leisten und müßten das Risiko auf sich nehmen, das Getreide minderer Qualität, wenn sie es nicht loskriegen, als Viehfutter zu verwenden.

Den großen Landwirtschaftsbetrieben würde es nicht schwerfallen, voll auf Qualitätsgetreide umzusteigen. Außerdem würden nach der Regierungsvorlage günstige Exportbedingungen für Qualitätsgetreide geschaffen werden.

Die ÖGB-Spitze pries solche Maßnahmen in der "Solidarität" mit den Losungen an: "Mehr freies Spiel für die freie Marktwirtschaft, mehr freies Spiel für Angebot und Nachfrage" - und traf damit die Sache gar nicht so schlecht. Denn die Folge ist, daß die durch die kapitalistische Produktionsweise gesetzmäßig erfolgende Konzentration des Grund und Bodens und der Produktionsmittel auf der einen Seite - und der Ruin der kleinen und mittleren Bauern auf der anderen Seite - verschärft und beschleunigt wird.

Insgesamt wollte die SPÖ mit ihrem Gesetzentwurf erreichen, daß die ganze Agrarwirtschaft voll dem Ministerium unterstellt wird und den staatlichen Eingriffen alle Tore geöffnet werden.

Dazu sollten die Maßnahmen der Auflösung der drei Fonds: Milchwirtschaftsfond, Getreideausgleichfonds und Viehverkehrsfonds dienen, die bisher die Kompetenzen über diese Landwirtschaftsprodukte hatten. Über die im Gesetzesentwurf festgelegte größere Kontrolle über die Produktion, Verarbeitung und Verwendung durch das Ministerium und die beabsichtigte größere Kontrolle über Ein- und Ausfuhr und die Einschaltung der Zollverwaltung sollte die *Kontrolle* erreicht werden.

Die neue Marktordnung - nur ein vorübergehender Kompromiß

Dieser Gesetzesentwurf wurde allerdings am 19.Mai nicht in der Form, wie ihn die SPÖ vorlegte, beschlossen. Die Wirtschaftsgesetze enthalten Verfassungsbestimmungen, weswegen für eine Beschlußfassung im Parlament eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Über mehrere Monate zogen sich daher die Auseinandersetzungen und Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP, bis man sich schließlich auf einen "Kompromiß" einigte. Nicht alle drei Fonds, sondern nur der Viehverkehrsfonds wird aufgelöst, seine Aufgaben werden einer Kommission beim Landwirtschaftsministerium untergeordnet. Weiters werden in den restlichen zwei Fonds nicht nur wie bisher die Landwirtschafts-Handels- und Arbeiterkammer, sondern auch der ÖGB vertreten sein. Wenn es zwischen diesen Mitgliedern des Fonds zu keiner Einigung kommt, kann der Landwirtschaftsminister die betreffende Sache an sich ziehen und entscheiden.

Diese Maßnahmen, auf die man sich einigte, liegen auf der Linie des von der SPÖ eingebrachten Gesetzesentwurfs, erfüllen diesen jedoch nicht ganz. Das kommt daher, daß die ÖVP durch ihre bündischen Interessen gebunden- zumindest formell auch die schwächeren Schichten am Land vertreten muß, und es deswegen zu keiner übereinstimmenden Einigung zwischen ÖVP und SPÖ kommen konnte.

Doch dieser "Kompromiß" - das neu beschlossene Marktordnungsgesetz - ist noch nicht das letzte Wort, wie Kreisky bereits verlauten ließ. "Die große Aufgabe, eine moderne Marktordnung in der Praxis durchzusetzen, liegt noch vor uns", verkündete er am 19.Mai vor Reportern. Und die Linie der SP-Regierungsvorlage zum Marktordnungsgesetz auch mit diesem "Kompromiß" durchzusetzen, wird nicht schwer sein. Der Viehverkehrsfonds untersteht schon dem Ministerium, in den anderen beiden Fonds setzt Kreisky auf die Unterstützung der Arbeiterkammer und der ÖGB-Spitze und schließlich auf das gegenüber der alten Marktordnung verstärkte Weisungsrecht des Ministers.

Mit der neuen Marktordnung auch für den Kriegsfall gerüstet

Mit der verstärkten Kontrolle über die Landwirtschaft hat der Staat gleichzeitig die Kontrolle über die Ernährung der Volksmassen und damit ein Druckmittel gegen das Volk in der Hand.

Besonders heute aber, wo die beiden Supermächte auf den Krieg rüsten, bereitet sich auch die österreichische Bourgeoisie auf einen Krieg auf Seiten der einen Supermacht vor, um ihre imperialistischen Interessen zu wahren. Dazu muß sie sich unter anderem eine Bevorratung schaffen, die straff und flexibel ist. Um die "Wahrung der Unabhängigkeit", wie der Bauernbunddirektor Lanner vorgaukeln will, geht es hier nicht. Österreich ist in der Landwirtschaft ohnehin stark von der EG und auch teilweise vom Comecon abhängig. Der Bourgeoisie geht es um möglichst große Profite und es geht ihr - das will Lanner natürlich nicht zugeben - um eine Ernährungspolitik, die in Friedenszeiten, wie im Kriegsfall in ihrem Interesse funktioniert, nämlich ihrem Profitstreben Rechnung trägt und einen Beitrag leistet zum Erhalt der gesamten kapitalistischen Volkswirtschaft.

Keine kapitalistische Marktordnung kann das Chaos in der Landwirt schaft beseitigen

Welche Marktordnung sich die Kapitalisten und ihre Staat auch ausdenken, an der Überproduktion und der Vernichtung von Nahrungsmitteln wird sich nichts ändern. Unter der alten Marktordnung herrschte Chaos und Korruption. Z.B. verhalf der Viehverkehrsfonds einer ganz geringen Zahl von österreichischen Fleischimporteuren zu großen Profiten. Es kam oft vor, daß aus Profitinteressen eifrig exportiert wurde, während es im Inland zu Engpässen kam. Brotgetreide wurde im Land überproduziert, vernichtet oder an Vieh verfüttert, während Qualitätsweizen teuer importiert wurde.

Die neue Marktordnung verstärkt die Kontrolle des Staates über die Landwirtschaft und treibt die Kapitalisierung voran. D.h., die Konzentration, v.a. von Grund und Boden wird beschleunigt, große Landwirtschaftsfirmen und Agrarkonzerne werden mächtiger und größer, die kleineren Bauern gehen zugrunde. Die Konkurrenz am Markt wird dadurch zwangsläufig verschärft, die Jagd um Profite steigert sich, gezwungenermaßen wird die Produktion angeheizt. Das kann nirgendwo anders hinführen, als zu Überproduktion und zum Chaos.

Weder die alte noch die neue Marktordnung entsprechen den Interessen der werktätigen Bevölkerung, die sich die Lebensmittel kaufen muß, oder den Interessen der Bauern, die ruiniert werden. Die Arbeiterklasse und das Volk haben alles Interesse daran, sich mit dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung die Möglichkeit zu schaffen, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, die in der Industrie und Landwirtschaft planvoll, harmonisch und im Interesse des werktätigen Volks funktionieren wird.

W.H.

Repressalien gegen Kasernenkomitee gehen daneben

Die Auseinandersetzung in unserer Kaserne um das von den Soldatenvertretern gegründete Kasernenkomitee hat sich weiter verschärft. Vor allem konzentriert sie sich um den hauptsächlichen Initiator, den Präsenzdiener und Soldatenvertreter Werner Grusch vom Jägerbataillon 4. Die Gründung des Kasernenkomitees wurde von den Soldatenvertretern beschlossen, nachdem sie erkannt hatten, daß ihre Rechte und Möglichkeiten durch Gesetze und die ADV (Allgemeine Dienstvorschrift) äußerst eingeschränkt sind und sich auf eher banale Sachen reduzieren. Zweitens sollte die Zusammenarbeit der Vertretungen der verschiedenen Kompanien untereinander verbessert werden. Wie die Sache bislang aussah, kann man am Beispiel Grusch gut sehen: Als er zum Soldatenvertreter gewählt wurde, versuchten es der Kompaniekommandant und die anderen Vorgesetzten auf die schmutzige Tour: Schaun Sie, sie sind doch Akademiker, sehr intelligent, wir werden schon gut miteinander auskommen. Sie wollten ihn geradezu bestechen. Grusch rief daraufhin eine Vollversammlung seiner Kompanie ein und erzählte, wie man ihn sozusagen kaufen wollte. Er erklärte, daß er das entschieden ablehnte und sich für die Interessen der Soldaten einsetzen werde. Und die Soldaten haben einige Sachen auf Lager. So schläft z.B. fast ein ganzer Zug der 2.Kompanie desJägerbataillons 4 im Verfügungsraum, d.h. 60 Betten und 60 Mann zusammengepfercht in einem Raum!
Eine weitere Sache ist die Ausplünderung der Grundwehrdiener durch die Kantine (vgl.letzten "Klassenkampf"). Das Kasernenkomitee sammelte 2.000 Unterschriften innerhalb der Kaserne gegen diese Ausplünderung. Des weiteren wurde ein Kantinenboykott organisiert, der breiteste Sypathie fand. Die Sache wurde auch an die Öffentlichkeit getragen und fand hier ebenfalls große Unterstützung. Eine andere Haltung hat das Kasernenkommando. Durch den Offizier vom Tag am 11.5. wurde der weitere Verkauf der Getränke zum Selbstkostenpreis unterbunden. Dieser Boykott ist unzulässig, erklärte der Kasernenkommandant. Zum Kasernenkomitee erklärte kürzlich der Armeekommandatn, General Spannocchi, es existiere für ihn nicht.
Sehr wohl existiert es aber für die Soldaten. Das wurde auch von den Vorgesetzten eingestanden.
Und zwar in folgender Weise: Der Soldatenvertreter Grusch wird, wo und wie es nur möglich ist, schikaniert und mit ihm die Angehörigen seiner Einheit. Bei einer Übung mit der AC-Schutzmaske mußte die Gruppe, in der Grusch dabei war, "nichterbrachte Leistungen" durch Zusatzübungen nachholen. Grusch bekam Atemschwierigkeiten, was nicht verwundert, wenn man mit aufgesetzter Maske, Gewehr und "Hurra-"Gebrüll laufen muß. Im Laufschritt sollte er seine Atembeschwerden dem weitentfernten Kommandanten melden. Dabei brach er zusammen und wurde in die Intensivstation des Heeresspitals eingeliefert.
Genauso wenig wie die Schinderei konnte auch die Bestrafung Grusch's zu 4 Tagen Ordnungshaft wegen "Verhöhnung des Bundesheers" (er bewegte sich bei der Angelobung "provozierend") die Absicht der Vorgesetzen durchdrücken: Die Spaltung der Einheit. Ganz im Gegenteil sind die Soldaten empört über diese Sachen, die der Kompaniekommandant durchführt bzw. durchführen läßt. Da wird es auch nichts nützen, wenn die Ausbildner des JgB 4 den ausdrücklichen Befehl haben, sich mit Grusch auf kein Gespräch einzulassen. Daß er so wie die anderen Soldatenvertreter, die sich im Kasernenkomitee zusammengeschlossen haben, mit seinen Kameraden spricht, werden sie nicht verhindern können. In der Kompanie, wo ich diene, haben die Ereignisse in der letzten Zeit die Einheit der Soldaten und die Solidarität mit Grusch eher verstärkt. An eine Zerschlagung des Kasernenkomitees traut sich das Kasernenkommando nicht ran, denn es weiß, daß es sich dabei ziemlich die Finger verbrennen würde.

H.L. Wehrmann
MTH-Kaserne



Bericht von einer Übung bei einer Objektsschutzeinheit

Unterdrückung von inneren Unruhen wird geprobt

Gendarmeriebeamte waren während der gesamten Inspektion anwesend und diese haben auch einen großen Teil der Ausbildung persönlich geleitet.
Was wurde gemacht?
1. Belehrung über Auftrag sowie Rechte und Pflichten.
Der Auftrag ist Bewachung bzw. Bewachung und Verteidigung des zugewiesenen Objekts. Der Zugang zum Objekt wird von der Kompanie vollständig gesperrt, jede Person, die sich dem Objekt nähert, muß kontrolliert werden. Die Wachen haben das Recht: alle Personen aufzuhalten, zur Ausweisleistung zu zwingen, zu perlustrieren, festzunehmen und das Recht auf Waffengebrauch.
Bei der Kompanie befindet sich ein Organ der Exekutive, das zu bestimmen hat, was mit einem Festgenommenen weiter geschieht.

2. Schießen

3. Belehrung über "umfassende Landesverteidigung" - Hier wurde anhand eines Schaubildes die Konzeption vorgetragen - militärische, zivile (hierher gehören die Wachkompanien), wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung. Das war sehr unklar vorgetragen und wurde nicht besonders ernst genommen.
4. Übung im Gelände:
Manöverlage: Aufgrund der schweren wirtschaftlichen Krise werden in der Bundesrepublik massenhaft "Fremdarbeiter" entlassen und ausgewiesen. Jugoslawien hat die Grenze völlig für die Einreise gesperrt, nicht aber für die Ausreise, es kommen auch von dieser Seite.viele, die in Österreich oder in anderen Ländern eine Arbeit suchen wollen. Im Raum Südkärnten sammeln sich große Massen und in Brückl (ein Ort in der Gegend) gibt es Auffanglager, wo die Lage durch Kundgebungen weiter angeheizt wird durch eingeschleuste Elemente. Es besteht erhöhte Gefahr für Sabotageakte und Terroranschläge. Die Lage ist eine solche, daß erhöhte Gefahr für die innere Sicherheit Österreichs besteht und die Exekutive ist nicht mehr in der Lage, allein mit ihren eigenen Kräften der Situation Herr zu werden. Die Wachkompanie wird einberufen und hat den Auftrag, das Objekt - eine Pumpstation der Pipeline - zu bewachen und zu verteidigen.
Stimmung in der Kompanie:
Mir scheint die soziale Zusammensetzung auffällig: mindestens ein Unternehmer, ein Richter (!), mehrere Akademiker, Studenten, ein großer Teil Beamte (Bahn, Post, Bezirkshauptmannschaft), höchstens ein Viertel bis ein Drittel Arbeiter.
Das ganze wurde betont "lässig" aufgezogen, es gab keinen Drill - bei den geringsten Anzeichen hat es sofort Unmutsäußerungen gegeben. Die ganzen militärischen Kommandos haben in keiner Weise funktioniert und das hat keinerlei Reaktionen seitens der Unteroffiziere hervorgerufen. Bei "Habt acht" wurde noch geraucht, marschieren im Schritt wurde einfach nicht eingehalten usw. Kein Respekt vor den Vorgesetzten.
Es hat ziemlichen Unmut gegeben, als bekannt wurde, daß die Offiziere im Gasthaus übernachten - die anderen im Zelt. "Die machen eh nichts, den ganzen Tag..." Zum Schluß, als die ganze Kompanie angetreten war zur Verabschiedung hat der Oberst mehr als eine halbe Stunde warten lassen, haben sich die Leute ziemlich aufgeregt und einer hat herausgerufen: "Na was ist, kommt der Oberst, oder soll ich ihn holen?" Die Unteroffiziere haben nicht einmal reagiert.
Bei der ersten Belehrung hat es eine heftige Debatte gegeben um die Frage des Anhaltens von Autos auf einer Durchzugsstraße bei nacht: "Sie müssen sich in die Mitte der Fahrbahn stellen und durch deutliches Heben eines Armes den Kraftfahrer zum Halten bewegen." - "Und wenn er nicht stehenbleibt?" - "Dann müssen sie halt zur Seite springen." - "Das ist ja gefährlich, wie komm' ich dazu?" - "Sie sind ja versichert." - Lachen. "Das hilft mir viel, wenn ich ein Krüppel bin." Ein höherer Gendarmerieoffizier schaltet sich ein: "Wir von der Exekutive müssen das Risiko immer auf uns nehmen." - "Ihr seid ja dazu da, ich bin ja nicht bei der Gendarmerie." - "Als Staatsbürger haben sie halt auch Pflichten, sie sind jetzt hier einberufen und haben das zu machen, ich bin nicht dafür verantwortlich..."

N.N.

Der gierige Griff des Sozialimperialismus nach Afrika

Ganz Afrika ist heute ein mächtiges Sturmzentrum der Revolution geworden. Auf dem ganzen Kontinent erhoben sich die Völker, immer mehr greifen zum Mittel des bewaffneten Kampfes gegen imperialistische und koloniale Unterdrückung. Die Staaten, vereint in der "Organisation für afrikanische Einheit"(OAU) und anderen Bündnissen, unternehmen immer kraftvollere Schritte, um dem Einfluß und der Kontrollnahme durch den Imperialismus Schranken zu setzen.
Vor 20 Jahren noch war fast ganz Afrika unter der direkten kolonialen Kontrolle weniger imperialistischer Mächte, v.a. Frankreich und Großbritannien. 1957 gab Ghana mit dem Hinauswurf der Engländer das Sturmzeichen zur endgültigen Zerschlagung des alten Kolonialsystems. Innerhalb weniger Jahre wurden die alten "Herren" aus vielen Ländern vertrieben.Die USA, nach dem zweiten Weltkrieg das stärkste imperialistische Land, setzte in dieser Zeit alles daran, sich dorthinein zu drängen, von wo die alten Kolonialisten vertrieben wurden. Sie tat dies unter Losungen wie "Freiheit" und "offene Tür". Afrika wurde in neue koloniale Abhängigkeit gezwungen.
Auch dagegen erhoben sich die Völker Afrikas und der ganzen Welt zum Kampf. Der US-Imperialismus mußte fürchterliche Schläge einstecken: Vom Beispiel der Völker Koreas und Indochinas lernend, zerschlugen,die afrikanischen Völker 1974 das portugiesische Kolonialsystem, mit dem die USA engstens kollaborierten. In der Wirtschafts- und Zollgemeinschaft West- und Ostafrikas vereinigt, begannen sie, einige Aspekte der imperialistischen Ausplünderung zu beseitigen.
Heute gibt die Sowjetunion vor "natürlicher Verbündeter" Afrikas zu sein. Das ist nichts neues. Ähnliches erklärten die USA, um sich Afrika an Stelle der alten Kolonialmächte zu unterwerfen.

Imperialistische Politik und ihr Scheitern

Seit den 60er Jahren ist die Sowjetunion endgültig zu einer imperialistischen Supermacht aufgestiegen. Als später Gast am Tisch der imperialistischen Räuber ist sie besonders aggressiv. Ihr Ringen mit der USA ist die Quelle der heutigen Kriegsgefahr. Ihr besonders gefährlicher Charakter zeigt sich deutlich an ihrer Politik in Afrika. Sie geht vor wie alle Imperialisten: Mit den Mitteln ökonomischer und militärischer Sabotage, Erpressung und Infiltration, bis hin zur direkten Intervention. Wo die eine Supermacht und deren Verbündete verdrängt wird, versucht sie nachzustoßen. Zentren ihrer Versuche, sich Einflußgebiete zu verschaffen, sind in Afrika heute der Süden und Osten des Kontinetns. Diese Gebiete haben große Bedeutung für die Kontrolle und Herrschaft über Europa, dem Zentrum des Ringens der beiden Supermächte. Wer in diesen Gebieten Afrikas Fuß faßt, kann z.B. die Kaproute und die Routen durch das Rote Meer kontrollieren, die für die Ölzufuhr nach Europa wichtig sind.

... in Ostafrika

Das Mittel des Militärputsches versuchte die SU schon 1971 gegen die Regierung Numeiry im Sudan anzuwenden.Der Putsch scheiterte. Mit ihrem Monopol an Waffen hatte sie versucht, die sudanesische Armee zu infiltrieren. Präsident Numeiry erklärte bald darauf: "Die Sowjetunion hat uns ohnedies nur alte Waffen geschickt. Ich bin bereit,sie ihnen zum halben Preis zurückzuverkaufen."
In Eritrea, das durch Äthiopien im Dienst der USA besetzt ist, versuchte sie seit langem, die dortige Befreiungsbewegung zu infiltrieren. Als jedoch 1973 das äthiopische Regime gestürzt wurde,beeilte sich die SU mit der neuen Regierung, die Eritrea weiter besetzt hält, einen "Freundschafts- und Beistandsvertrag" abzuschließen. Seither denunziert sie den eritreanischen Befreiungskampf als "separatistisch", da sie sich eher Einflußmöglichkeiten über das äthiopische Regime in Eritrea erwartet. Äthiopien muß heute ca. die fünffache Menge Kaffee wie noch vor einigen Jahren liefern, um dieselbe Menge an Fertigprodukten aus der SU zu erhalten.
Doch macht der Befreiungskampf in Eritrea und Äthiopien große Fortschritte.

Nachdem sie in Somalia seit Anfang der 70er Jahre ein Militärregime in ihre Abhängigkeit gebracht hat, versuchte die SU dasselbe mit massiven Waffenlieferungen nach Uganda. Sie baute auf Differenzen zwischen Uganda und Tanzania,die sie zu einem Krieg ausweiten wollte. Als sich 1975 Präsident Amin ihren Wünschen in seiner Funktion als Präsident der OAU in der Angola-Frage nicht gefügig zeigte, brach sie sämtliche Lieferungen ab und beschimpfte Idi Amin, in einem Chor mit den westlichen Imperialisten, als "Verbrecher". Bald darauf versuchte die SU wiederum,ihre Lieferungen in Uganda an den Mann zu bringen. Präsident Amin wies dieses Ansuchen zurück.

... und im südlichen Afrika

Im südlichen Afrika haben die Expansionsversuche der Sowjetunion besonders große Ausmaße angenommen. Neben der strategischen Lage locken sie die großen Reichtümer dieses Gebiets. Dabei scheuen sie auch vor direkten Beziehungen mit den dortigen Kolonialstaaten nicht zurück: Nach Meldung des "Zürcher Handelsblatt" bezieht sie über japanische Zwischenhändler seit einem Jahr billiges -für die Rüstungsproduktion wichtiges - Chrom aus Rhodesien. 1974 anerkannte sie, entgegen den Beschlüssen der OAU und der Befreiungsbewegungen, das portugiesische Kolonialregime unter Spinola. Die Beziehungen zu diesen beiden Kolonialregimes haben den Völkern Afriaks den Charakter der SU noch mehr verdeutlicht.
In Zimbabwe, Namibia und Azania (Südafrika).versucht die SU, den Einsatz ihrer kubanischen Söldner durchzusetzen. Mit deren Hilfe hat sie Angola 1975 in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt, unter dessen Folgen dieses Land heute schwer zu leiden hat. In Zimbabwe baut sie auf kleinbürgerliche Kräfte in der Unabhängigkeitsbewegung, die nicht auf die Kraft des eigenen Volks vertrauen. Demgegenüber erklärten die Staatsoberhäupter von Mozambique, Tanzania, Zambia und Botswana schon am 24.März, daß kubanische Truppen bei der Befreiung Zimbabwes nicht gebraucht würden (Herald Tribune, 25.3.). Heute erklärt man, daß Kuba seine Truppen aus Angola abziehe (ORF, 26.5.). Jeden Monat sollen 200 Mann Angola verlassen. Davon gibt es 15.000 in Angola. Das heißt nichts anderes, als daß die SU damit offen zugibt, ihre Söldner noch mindestens 6 Jahre im südlichen Afrika belassen zu wollen!
Das Volk Zimbabwes, dessen Kampflosung lautet "Wir sind unsere eigenen Befreier", setzt seinen Kampf gegen das rhodesische Regime allen Versuchen der SU zum Trotz selbständig und stürmischer denn je fort. Samora Machel, der Präsident der VR Mozambiques, erklärte zur Frage kubanischer Soldaten im Zimbabwe: "Diese Auffassungen entspringen einem Mythos. daß die schwarzen unfähig sind. Die Zimbabwer werden Smith ohne kubanische Beteiligung befreien." (Süddeutsche Zeitung, 30.3.). Die SU war frech genug, von der VR Mozambique selbst im Herbst 75 Hafenrechte für ihre Flotte zu fordern. Das widersprach klar den Forderungen der FRELIMO-Regierung, daß der Indische Ozean ein Meer des Friedens sein müsse. Daher holte sich die SU bei diesem niederträchtigen Verlangen auch kalte Füße und eine klare Absage.
Scheitern, Unruhe stiften und wieder scheitern, das ist die Logik des Imperialismus. Die Taten der SU in Afrika beweisen, daß sie dieser Logik folgt. Die Völker Afrikas kämpfen nicht, um die Sowjetunion bei der Hintertür hereinzulassen. Sie kämpfen für die Beseitigung jeder imperialistischen Kontrolle. um zu erreichen was Präsident Nyerere von Tanzania am 3.5. so ausdrückte: "Afrika darf nie Spielball der beiden Supermächte sein". a.g.

Urabstimmung der westdeutschen Druckereiarbeiter: Kampfansage an die Kapitalisten

Nach dem harten, mit großer Disziplin und Geschlossenheit geführten Lohnkampf der westdeutschen Drucker, schloß die Gewerkschaftsführung mit 6 % und 275 Dm für die Monate April und Mai ab. Bei der Urabstimmung über dieses Ergebnis stimmten 45 % der Arbeiter dagegen und für die Fortsetzung des Streiks für die ursprünglichen Forderungen. Dieser Abschluß ist nicht dem mangelnden Kampfwillen der Drucker, sondern einzig und allein der Politik der Gewerkschaftsführung zuzuschreiben.
Als sie auf das 6% Ergebnis herunterkam, war bei den Druckereikapitalisten schon der größte Krach im Gange. Die Geschäftsleitung der "Frankfurter Allgemeinen" z.B. hatte die Verhandlungsführung des Druckereiindustrieellenverbandes mißbilligt und zu einem weitgehenden Nachgeben geraten.
Für die Kapitalisten war es ein Himmelsgeschenk, daß die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft doch noch zu Kreuze krochen. Schon vorher hatten sie versucht, die einheitliche Kampffront der Drucker aufzuweichen. Aber auch nach dem Abbruch des Vollstreiks und der Arbeitsaufnahme in den kleinen Betrieben konnten die Arbeiter der Großbetriebe die Kampffront aufrechterhalten. Es wurden Demonstrationen durchgeführt, viele Belegschaften versammelten sich vor Arbeitsbeginn nochmals im Streiklokal. Überstundenleistung wurde verweigert.

Der Kampfwille und das Bewußtsein der Druckereiarbeiter über ihre Stärke drückt sich auch in der Urabstimmung aus. Gerade in den Großbetrieben mit 65o - 17oo Mann Belegschaft wurde das Schlichtungsergebnis mehrheitlich abgelehnt:

Bauerverlag Hamburg: 8o% dagegen.
Girardet Essen: 73% dagegen
Mannheimer Morgen: 7o,4% dagegen.

Schon diese Zahlen kündigten den Kapitalisten an, daß es mit dem Abschluß der Lohnverhandlungen nicht gelaufen ist. Schon eine Woche nach dem Ende des allgemeinen Streiks mußten Bremer Zeitungen einen wilden Streik der Beschäftigten in ihren technischen Betrieben melden, die nicht auf Aktivitäten der Gewerkschaftsführung warten wollten.

Die Arbeiter der BRD haben aus dem Kampf der Drucker gelernt, wo ihre Stärke liegt, und welche Hindernisse beseitigt werden müssen. Die Kapitalisten haben guten Grund, beunruhigt zu sein. ▪

Gegen den spanischen Monarcho-Fasc[...] Die Republik ist [...]

Die Cortes - das spanische Ständeparlament - haben die erste größere "Reform"vorlage der spanischen Regierung gebilligt. Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht soll dadurch erweitert werden, heißt es. Dieses neue Gesetz ist ein gutes Beispiel dafür, was herauskommt, wenn ein faschistischer Staat versucht, sich einen demokratischen Anstrich zu geben im Versuch, den Ansturm des Volkes zu besänftigen.

Versammlungsreform: Neue Ketten für das Volk

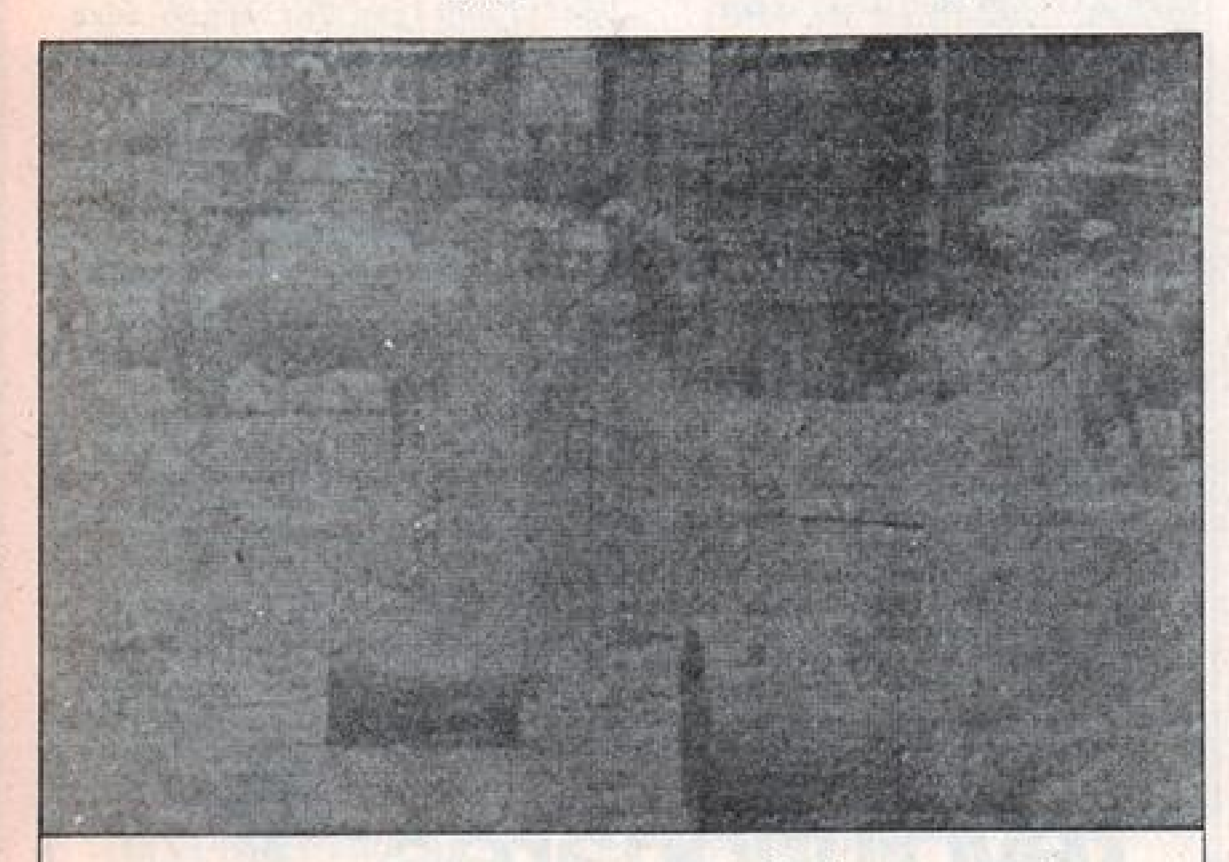
Alle politischen Vereinigungen außer den Kommunisten haben künftig das Recht, sich privat nach dreitätiger Voranmeldung zu versammeln. - Ein Recht, das vom Volk schon lange in Anspruch genommen wird, und dessen Einschränkung nur dazu führte, daß an einem Tag in Spanien oft Dutzende Versammlungen (Streikversammlungen, Vorträge, Liederabende, usw.) von der Polizei zerschlagen werden mußten, was immer schwieriger wird mit der Anzahl und der Entschlossenheit, mit der Versammlungen abgehalten werden. Ein Recht wird hier scheinbar zugebilligt, das Tag für Tag ausgeübt wird. Zu verbalen Zugeständnissen gezwungen, will die faschistische Regierung mit dem Gesetz ihre angeschlagenen Kräfte auf diejenigen konzentrieren, die ihr am gefährlichsten sind: Auch künftig können Versammlungen verboten werden, wenn bereits einmal von der Justiz verurteilte Personen daran teilnehmen, - und das sind hauptsächlich Arbeiter und aktive Antifaschisten, - oder wenn die Regierung "gute Gründe" hat zu vermuten, daß die geplante Versammlung "zu Delikten Anlaß" gäbe. Das Vorgehen gegen "verdächtige" Veranstaltungen wird sogar erleichtert, da jetzt die Polizei sie nach Gutdünken und ohne richterlichen Entscheid zerschlagen kann.
Zu solchen Manövern ist die spanische Regierung mehr als je zuvor gezwungen zur "Erreichung des sozialen Zusammenhalts"; (Innenminister Frage Iribarne) ein Vorhaben, das scheitern muß, denn seit 40 Jahren weiß das spanische Volk, daß sein einzig möglicher Zusammenhalt im Kampf für die Republik und gegen die aufgezwungene faschistische Macht besteht.

Die westlichen Imperialisten unterstützen reaktionäre Doppeltaktik

Obwohl immer wieder von scharfen Gegensätzen zwischen dem "reformfreudigen modernen Prinzen" und Ultra-Reaktionären in der Regierung die Rede ist, wurde diese "Reform" des Versammlungsgesetzes mit nur 4 Gegenstimmen von 565 nach 4stündiger Debatte angenommen. Die herrschende Banditen-Clique hat über die Methoden bei der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft offensichtlich vorübergehend Einigkeit erlangt. Die blutigen Ereignisse von Vitoria lehrten sie, daß heute das spanische Volk bereit ist, jeden Schlag mit einem mächtigen Gegenschlag zu beantworten, und das Regime muß zu Recht fürchten, auf diese Weise seinen Untergang zu beschleunigen.

Die Politik des monarchistischen Faschismus, seine Gewaltherrschaft aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die "Demokratisierung des Regimes" vozugeben und Juan Carlos als konsequenten Vertreter dieser Richtung auszugeben, hat die Unterstützung der USA und aller Imperialisten des Westens. Sie sehen darin die einzige Möglichkeit , ihre profitablen Investitionen in Spanien zu sichern, Spanien als militärischen Verbündeten der NATO zu erhalten und die Kämpfe des Volkes, das in seinem Land endlich wieder selbst bestimmen will, zu ersticken. Es heißt, daß hohe Vertreter des US-Außenministeriums mit Führern der "Demokratischen

Generalstreik gegen die Einschränkung des Streikrechts in Griechenland



Griechenland: Tränengas gegen verbarrikadierte Bauarbeiter

Am 27.5. hat die Regierung Karamanlis im Parlament ein neues Arbeitsgesetz beschliessen lassen. Nach diesem Gesetz darf die Regierung politische und wilde Streiks unterdrücken. Streikbrecher stehen unter Polizeischutz; 20% einer Belegschaft können verpflichtet werden, trotz Streik weiterzuarbeiten. Das Gesetz wurde ohne große Ankündigung am Montag dem Parlament vorgelegt und durchgepeitscht. Trotzdem hatten 19 Gewerkschaften und zahlreiche Fabrikkomitees für Montag zu Kundgebungen und zu einem 48-stündigen Generalstreik aufgerufen. Montag standen 120 000 Arbeiter und Angestellte im Streik. Die Regierung stellte die öffentlich Bediensteten (vor allem Banken, E-Werke und Fernmeldewesen), die die Hauptkraft des Streiks stellten, in den Militärdienst. Am Dienstag demonstrierten Streikende, darunter viele Bauarbeiter in Athen. Die Regierung ließ die Polizei mit Panzerwagen und Hunderten Tränengasgranaten vorgehen. Die Straßenkämpfe dauerten bis Mittwoch in die frühen Morgenstunden. Eine alte Frau wurde von einem Panzerwagen überrollt, 100 Personen teilweise schwerverletzt, mindestens 100 verhaftet. Dann war die Polizei "Herr der Lage".
Mit der Einschränkung des Streikrechts wollte die Regierung Karamanlis der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes in Griechenland einen Riegel vorschieben. Das mußte sie bezahlen mit der "schwersten innenpolitischen Krise der jungen griechischen Demokratie" (Die Presse).

L.G.

hismus:

der einzige Ausweg

Koordination in Madrid über einen neuen Premierminister verhandelt hätten für den Fall, daß Arias Navarro nicht mehr gehalten werden kann (Vanguardia Obrera 135).
Der Unterstützung dieser Politik dient auch die erste Auslandsreise des Königspaars - zu ihren besonderen Freunden, den USA.
Was die Imperialisten am faschistischen Spanien verlieren würden, zeigt sich am Beispiel des multinationalen Konzern Michelin, eines der Unternehmen mit den höchsten Gewinnen der Welt. Bis Februar galt für die Michelin-Arbeiter die 48-Stunden-Woche, bei Nachtschicht 42 Stunden. Im Februar legten die Arbeiter der 3 Werke im Valadolid, Lasarte und Aranda de Duero die Arbeit nieder und streikten für die Verringerung der Arbeitszeit zunächst auf 45 Stunden in der Woche, Lohnerhöhung, für die Anerkennung einer einheitlichen Betriebsvertretung aller spanischen Michelin-Werke.
Die Reaktion der Firmenleitung nach 8 Wochen Streik schildert ein Arbeiter von Michelin so: "Die einzigen Alternativen, die Herr Michelin anbietet gegenüber den Forderungen seiner 11.000 Arbeiter sind Kündigungen, Sanktionen und individuelle Verhöre. Das Unternehmen akzeptiert weder die gewerkschaftliche Aktion noch irgendeine Form des Gesprächs mit seinen Angestellten." (nach Cambio 16). Unter diesen Bedingungen läßt sich leicht ein Extraprofit herausschinden. Inzwischen mußte das Unternehmen eine zentrale Betriebsvertretung zulassen. Die ca. 3.500 Arbeiter von Lasarte setzten den Streik fort, v.a. um die Wiedereinstellung der während des Konflikts Gekündigten zu erreichen.

Die „friedliche Alternative" ist keine

Mit Unterstützung Hitlerdeutschlands und dem Italien Mussolinis an die Macht gekommen, kann sich das Regime auch heute nur mehr mit der Unterstützung der Imperialisten, v. a. der USA, halten. Vor der Alternative, der Kämpfe aller Volksschichten Spaniens Herr zu werden oder durch sie unterzugehen, setzt die in- und ausländische Oligarchie auch auf die bürgerlich - oppositionellen Kräfte, zusammengeschlossen in der "Demokratischen Koordination". Diese bezeichnet sich selbst als "einzig friedliche Alternative" und fordert nicht einmal den Sturz der dem spanischen Volk von Franco aufgezwungenen Monarchie und die Republik als einzige Lösung, sondern will die Staatsform dem Ausgang einer Volksbefragung überlassen, die dann offensichtlich noch vom faschistischen Staat durchgeführt werden müßte.
Die Stärke der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes liegt im Wissen, daß, solange es sich friedlich verhält, alle Rechte bei den Faschisten liegen. Seinen Willen, gegen das monarcho-faschistische Regime bis zu seinem Sturz zu kämpfen und seinen heißen Wunsch nach der Errichtung der Republik, in der das Volk die Macht innehat, hat es erst am 1.Mai wieder deutlich bewiesen.

Vorbereitung einer republikanischen Konvention

Anfang April hat eine republikanische Konferenz als einzig mögliche Alternative klargestellt: die Republik, die nur durch den Sturz der faschistischen Monarchie und die Einlösung der nationalen Unabhängigkeit errungen werden kann. Im Aufruf der Konferenz heißt es: "Es geht um die Wiedergewinnung der usurpierten Volkssouveränität und die Wiederherstellung der verletzten republikanischen Legitimität, damit - sie gebrauchend - die Völker Spaniens selbst es sind, die souverän, in freien und demokratischen Wahlen die Form und den Inhalt der Republik von morgen entscheiden, sowie die tiefgehenden ökonomischen und sozialen Änderungen, die auf jeden Fall ergriffen werden müssen." Um dieses Ziel zu erreichen, ruft sie alle republikanischen Kräfte Spaniens dazu auf, die "Republikanische Konvention der Völker Spaniens" zu gründen. In vielen Fabriken, Stadtvierteln und sonstigen Zentren haben sich schon republikanische Versammlungen oder Komitees gebildet. Die Völker Spaniens drängen nach Freiheit und Demokratie. Sie wissen, daß hier nicht betteln, sondern nur der gemeinsame entschlossene Kampf eine Lösung bringen kann. Diesen zu unterstützen, ist eine hervorragende Aufgabe aller revolutionären und fortschrittlichen Menschen. C.R.



Die streikenden Arbeiter von Michelin-Aranda hielten täglich im Freien Versammlungen ab

Das faschistische Spanien - „Ein sehr interessanter Wirtschaftspartner"

"Der österreichische Handelsdelegierte in Madrid, Spalek, meint, daß kurzfristig betrachtet viel davon abhängen dürfte, ob sich nach dem Abklingen der Streikbewegungen im 1.Quartal 76 die Lage beruhigt, die politischen Diskussionen die Wirtschaft am ruhigen Arbeiten nicht behindern und die inflationäre Entwicklung unter Kontrolle gebracht werden kann." (Presse 14.5.76) Die Volksbewegung gegen den Faschismus steht den Profiten der österreichischen Bourgeoisie im Wege. Deshalb tut sie alles, um die Solidaritätsbewegung in Österreich in reformistische Bahnen zu lenken und zu kriminalisieren, wo ihr das nicht gelingt. Warum die österreichische Regierung die Lügenpropaganda der faschistischen Monarchie übernimmt, sie sei am Weg der Demokratie, wird deutlich, wenn man sich die guten Beziehungen des österreichischen Kapitals mit dem faschistischen Spanien anschaut:

+ 1964 - 74 : Anstieg des österreich-spanischen Handels um 1384 %, bei Ansteigen des österreichischen Gesamtaußenhandels um 741%!
+ 1964 - 74 : Steigerung der Exporte nach Spanien um 382% während die Gesamtexporte Österreichs 254 % betragen. Im Zeitraum 68 - 74 ergibt das eine Verdreifachung mit einem Rekordergebnis von 1,17 Mrd. S, 1.Quartal 76: Steigerung um 30%

Daneben gibt es eine gewaltige Ausweitung der Exportpalette Österreichs auf 500 Zolltarifpositionen: Das Schwergewicht liegt traditionsgemäß auf Investitionsgüter und Industriebedarfsartikeln, daneben kamen noch hochwertige Konsumgüter hinzu.

+ 13. März 1963: Gründung der Spanisch- Österreichischen Komission durch die österreichische Industrieellenvereinigung und den Nationalrat der spanischen Unternehmer, "als das Ergebnis der guten wirtschaftlichen Kontakte und Beziehungen zweier Länder, die durch gemeinsame Interessen schon immer eng verbunden waren" Diese Komission wurde zur Dauereinrichtung und traf sich zuletzt Anfang April in Wien.
+ 4.April 76: Der Präsident des Nationalrats der spanischen Unternehmer Manuel Conda Bandres gibt auf einer Pressekonferenz in Wien die Gründung eines Ständigen Sekretariats zur Koordinierung gemeinsamer Projekte in Drittländern bekannt. Während Österreich über gute Kontakte auf den Ostmärkten verfügt, kann Spanien auf seine intensiven Beziehungen zu den lateinamerikanischen, sowie afrikanischen Länder hinweisen. Gegenwärtig wird über die gemeinsame Errichtung einer Ölraffinerie im Kongo verhandelt." (Presse 3.4.76)
+ 27. - 29.11.1975: Eine österreichische Wirtschaftsmission der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, bestehend aus 40 Vertretern namhafter Export- und Importfirmen unter der Leitung Phillipp Schoellers weilt in Madrid und Barcelona "Zwecks Vertiefung der Kontakte mit den spanischen Abnehmerfirmen und zu Untersuchungneuer Absatzmöglichkeiten" (Pressebeilage "Barcelona" 21.11.75) "Über 300 Einzelbesprechungen wurden durchgeführt."
+ 1973 und 1975: Großangelegte Österreichwochen in den bedeutendsten spanischen Kaufhäusern führen zu massiven Einkäufen österreichischer Konsumartikel.
+ weitere für die Zukunft in Frage kommende Projekte für das Kapitalgroßanlagengeschäft österreichischer Firmen in Spanien: (Laut Presse 5.3. und 14.5.76)
Ambitiöses Atomkraftwerksprogramm (10 KKW bis 1980) in Ausführung, Ausbau des 4.integralen Stahlwerks in Sagunt (Valencia) sowie der Edelstahl-, Aluminium-, und Rohrerzeugung, und des Bergbaus, Großanlagen derpetrochemischen Industrie im Bau etc.
+ Weiters steht ein Freihandelsabkommen Österreich/Spanien bevor, ähnlich dem Präferenzabkommen EG-Spanien, das von den Finanzkreisen der spanischen Oligarchie und Österreichs heftig gefordert wurde, um die"Zolldiskriminierung und Isolation" Spaniens zu durchbrechen.
+ "Auch die Bundeskammer setzt ihr Spanienprogramm heuer intensiv fort, so sind etwa großangelegte Interessensmeetings in Madrid und Barcelonageplant." (Presse 14.5.)

M.P.

Warum „Die Presse" die faschistische Junta in Chile lobt

Erstmals seit längerer Zeit ist in einer namhaften österreichischen Zeitung ein positiver Artikel über das faschistische Militärregime in Chile erschienen. Und zwar in der "Presse", dem Sprachrohr der Unternehmer, vom 15.-16.Mai.
Es ist nicht zufällig, was sie über Chile schreibt. Seinerzeit war die "Presse" die einzige größere Wiener Zeitung, die laufend positive Berichte über die inzwischen gestürzte faschistische Militärjunta in Griechenland brachte. Zur selben Zeit hat der Steyr-Konzern in Griechenland eine der größten Auslandsinvestitionen des österreichischen Finanzkapitals getätigt (siehe "Klassenkampf" Mai 76), um die durch den Faschismus gesicherten günstigen Ausbeutungsbedingungen zu nutzen und den griechischen Markt zu erobern. Mit Chile verhält sich die Sache im Grunde nicht anders.

BESCHÖNIGUNG DER VERHÄLTNISSE IN CHILE

Der Artikel in der Presse gibt sich objektiv. Positives und Negatives wird angeführt, am Ende siegt das Positive.
Z.B. heißt es: "In keinem der fünf Länder Lateinamerikas, die ich bei dieser Gelegenheit bereiste, fiel jedoch die Zahl der bettelnden Kinder so auf, wie gerade in Santiago." Daran schließt der Artikelschreiber die Frage, ob dies "ein Zeichen der Not oder ein wohlberechnetes Mittel des Protestes jener Gruppen, die in Opposition zum Regime stehen," ist. Andererseits lobt der "Presse"-Journalist, daß die "Auslagen der Geschäfte..voll von Waren (sind), von denen etwa Textilien und Schuhe absolut hohem Geschmack entsprechen." Die Geschäfte haben "- was die Anlieferung von Fleisch, Brot und Obst betrifft - nicht zu klagen." Wie soll es da Hunger geben, wenn genug Lebensmittel vorhanden sind?! Chile hat sogar die Lebensmittelexporte von 1974 auf 75 um das Vierfache gesteigert. Wenn in Chile Hunger herrscht, so liegt es "bloß" daran, daß die besitzlosen Massen kein Geld haben, um sich Lebensmittel zu kaufen. Ein chilenischer Arbeiter mit Familie, der Arbeit hat (was bei 25% Arbeitslosigkeit keine Selbstverständlichkeit ist) und den von der Junta vorgeschriebenen Mindestlohn erhält, muß drei Viertel seines Einkommens allein für Brot aufwenden. Dies ist aus in Chile, unter der Kontrolle der Junta veröffentlichten Untersuchungen bekannt und es bleibt der "Presse" vorbehalten, zu vermuten, ob die Kinder in Chile nicht freiwillig betteln gehen.

Der Artikelschreiber kann auch nicht leugnen, daß es Widerstand gibt, "denn die nächtliche Ausgangssperre, die eine Stunde nach Mitternacht beginnt und bis sechs Uhr morgens dauert, ist nach wie vor in Kraft." Die Junta kann "gelegentliche Aktionen der Juntagegner, die etwa bei Tag vom Dach eines Hochhauses im Zentrum Flugblätter auf die Straße werfen, nicht verhindern." Einen Absatz weiter behauptet er wiederum, der Widerstand sei zerschlagen. Nur die KP Chiles existiere noch, weil sie sich ruhig verhalte.

Was den Terror der Junta anlangt, so steht zwar fest, "daß bei manchen Inhaftierten Methoden angewandt werden, für die es wenigstens im Westen kein Verständnis gibt, keine Entschuldigung gibt", aber "die chilenischen Justizbehörden...bemühen sich ehrlich, den Strafvollzug human zu gestalten." Außerdem werde in Argentinien zehnmal soviel gefoltert wie in Chile.

Im Artikel fehlt nicht der Hinweis auf eine Meinungsumfrage des amerikanischen Gallup-Instituts, das ermittelt hat, daß 80% der Chilenen die Tätigkeit der Mititärjunta positiv beurteilen. Ein Mitglied der Junta, General Mendoza, hat schon 1974 die Absicht erklärt, daß auf 50 erwachsene Chilenen je ein Geheimagent der Junta kommen soll. Unter solchen Verhältnissen sind nicht die 80% verwunderlich, sondern die 20%, die es wagten, sich gegen die Junta auszusprechen.

Der Grundtenor des Artikels entspricht voll und ganz der Propaganda der faschistischen Junta selbst: "Die Chilenen sind also offensichtlich für 'Law und Order', froh, die chaotische Zeit der Volksfrontregierung hinter sich zu haben." Einschränkungen sind zwar notwendig, aber nur weil "was unter Allende hervorbrach, ... nun unter so großen Opfern wieder in Ordnung gebracht werden muß". Der Artikelschreiber verschweigt nobel, daß es ausschließlich die werktätigen Massen sind, die alle Opfer bringen müssen, damit die Inflation gestoppt, die Zahlungsbilanz und das Budget saniert, die Schulden an das internationale Finanzkapital zurückgezahlt werden können, damit das chilenische und das ausländische Kapital die Ausbeutungsbedingungen vorfinden, die sie brauchen. Deswegen wurde ja auch der Putsch durchgefüht, deswegen wurden zehntausende Arbeiter ermordet, deswegen wird der faschistische Terror aufrechterhalten, gibt es kein Streikrecht, keine Gewerkschaften, keine demokratischen Rechte für das Volk.

DIE INTERESSEN "ÖSTERREICHS" IN CHILE

Die Aufwertung der Junta in der "Presse" kommt nichtzufällig. Im Mai letzten Jahres hat eine Wirtschaftsmission der Bundeskammer erstmals Chile besucht. In der Mission waren die größten österreichischen Industriekonzerne und Banken vertreten. Schon 1974 waren die Exporte nach Chile gegenüber 1973 um 75%, die Importe aus Chile um 104% gestiegen. Obwohl sich Vertreter der Regierungspartei öfters zur "Solidarität" mit dem chilenischen Volk bekannten, hat die SP-Regierung die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit Chile gefördert.

1974 nahm die staatliche Kontrollbank die Finanzierung von Exporten nach Chile, die zur Zeit der Regierung Allende ausgesetzt worden war, wieder auf. Das Handelsministerium gewährte für Importe aus Chile 1975 Zollsenkungen in beträchtlichem Ausmaß. Die chilenische reaktionäre Zeitung "Ercilla" kam letztes Jahr zu der Schlußfolgerung: "Während die Kampagne gegen die chilenische Regierung in der Mehrheit ihrer Nachbarstaaten unverändert weitergeht, wünscht die Bundesrepublik Österreich, die im Herzen Europas liegt, die kulturellen und wirtschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern zu stärken."

In Aussendungen der verstaatlichten Großbanken Creditanstalt-Bankverein und Länderbank wird gelobt, daß das Auslandskapital seine in Chile erzielten, aus der Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse gezogenen Gewinne, nun - nach dem Sturz der Allenderegierung - wieder unbeschränkt ausführen kann. Gelobt wird, daß die Junta alles tut und zu allem bereit ist, um die Schulden Chiles samt Zinseszinsen an die Geldsäcke des internationalen Finanzkapitals zurückzuzahlen. Gelobt wird die Junta, weil sie die Interessen des chilenischen Volkes vollständig verrät und Chile an das internationale Finanzkapital ausliefert. Und das österreichische Finanzkapital will sich verstärkt an der Ausbeutung und Ausplünderung des chilenischen Volkes beteiligen.

L.K.

Ver

Die Massenaktionen des palästinensischen Volkes, die im Februar dieses Jahres im Westjordanland ihren Anfang genommen haben, breiteten sich seither auf alle Regionen Palästinas aus.



Das Begräbnis einer jungen Araberin aus Nablus, die von den Soldaten der zionistischen Besatzungsmacht ermordet worden war, wird zu einem Kampfruf der PLO.

Wach

Wie aus Berichten der Koreanischen Nachrichtenagentur KCNA hervorgeht, beschleunigen gegenwärtig die USA immer mehr die Vorbereitungen für einen neuen Krieg gegen das koreanische Volk.

Nach unterschiedlichen Veröffentlichungen des "National Defence Information Center" der USA werden in Südkorea gegenwärtig 661 bzw. 686 Kernwaffen gelagert. In Südkorea sind offiziell 42.000 US-Soldaten stationiert. Erst in jüngster Zeit wurde eine größere Zahl strategischer Feststoffrakten und Lenkraketen nach Südkorea gebracht. Besonders auffallend ist schließlich die Verlegung von F-111-Jagdbombern mit Kernwaffenbestückung aus den USA nach Südkorea im Februar dieses Jahres.

Diese Massierung von Kriegsmaterial wird begleitet von einer Neugruppierung der amerikanischen Streitkräfte und ihrer Hilfskräfte in und um Korea. In Südkorea wurde ein einheitliches Operationskommandosystem geschaffen; es umfaßt das sogenannte "UNO-Kommando", ferner das US-Army-headquarters und das Kommando der 8.US-Armee.
Ein "Plan zur Modernisierung der Armee der Republik Korea" wird in die Tat umgesetzt.Die

stärkter Befreiungskampf der palästinensischen Massen

Die Höhepunkte dieser Aktionen waren:
+ im Februar und März andauernde Massenstreiks und -demonstrationen im Westjordanland gegen die zionistische Siedlungs- und Besatzungspolitik
+ 3o.März, Tag des arabischen Bodens: Generalstreik in Galiläa, im "Kernland" des zionistischen Staates, gegen die neuen Pläne der Landenteignungen.
+ 14. April: eindeutiger Sieg des PLO-Kandidaten gegen die Kollaborateure mit dem zionistischen Regime bei den Gemeinderatswahlen im Westjordanland.
+ Im April heftige Demonstrationen gegen die Provokationen extremer zionistischer Gruppen die das Ziel verfolgen die offizielle Annexion der vom Staat Israel 1967 besetzten arabischen Gebiete zu erreichen.
+ 1.Mai: Trotz Verbots von Demonstrationen fanden in den meisten Städten und Orten Demonstrationen und Aktionen gegen die Besatzer statt.
+ 15.Mai: Generalstreik und Demonstrationen zum Anlaß des 28.Jahrestages der Gründung des zionistischen Staates.

Der Weltöffentlichkeit führten diese Aktionen die geschlossene Ablehnung des Zionistischen Kolonialregimes durch das palästin ensische Volk vor Augen. Gleichzeitig demaskiert die Brutalität, mit denen die Zionisten versuchen, den palästinensischen Massenaufstand niederzuschlagen, den wahren Charakter des zionistischen Regimes.Von Mitte Februar bis Mitte Mai wurden 28 Palästinenser von den zionistischen Truppen erschossen. (WAFA, 18.5.1976) Wiederholt wurden tagelange Ausgangssperren verhängt. Mit Massenverhaftungen und auch mit Ausweisungen palästinensischer Patrioten versuchten die Besatzer den Widerstand zu brechen. Diese Maßnahmen stärkten jedoch die Geschlossenheit und den Kampfwillen des palästinensischen Volkes.

Anfang Mai traten in Gaza auf der Sinaihalbinsel der Bürgermeister und der Stadtrat geschlossen zurück. Sie forderten u.a. die Freilassung aller politischen Gefangenen die ohne Prozeß eingekerkert sind, und die freie Einreise aller Palästinenser nach Gaza, die dort Verwandte haben.
Auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung wachsen die Widersprüche an. Z.B. demonstrierten am 8. Mai über 1o.000 Menschen in Haifa gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik der israelischen Regierung im Westjordanland.
Die israelische Regierung ist auch gezwungen, gegen die Aktionen antizionistischer Juden vorzugehen: mehrere Antizionisten, die sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes solidarisierten und im Westjordanland Flugblätter verteilten, wurden verhaftet. Antizionistische Jugendliche wurden wegen ihrer politischen Einstellung von der Schule verwiesen.
Der gerechte Befreiungskampf des palästinensischen Volkes findet auch international immer stärkere Unterstützung. Das zeigt sich u.a. im Bericht des Ausschußes der UNO für die Durchsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes, der den Abzug Israels aus allen 1976 besetzten Gebieten bis spätestens zum 1.6.77 und die Übergabe an die PLO forderte. W.W.

Solidarität mit PLO

Ca. 5oo Menschen kamen am 24.5. zu einer Veranstaltung der palästinensischen Studenten in Wien. Prof. Sayegh, ein Vertreter der PLO, hielt einen Vortrag, über die Grundlagen des Palästinakonflikts und die aktuelle Lage des Befreiungskampfes. Seine Ausführungen über das Ziel der palästinensischen Revolution, einen demokratischen Staat in ganz Palästina zu errichten, in dem Araber und Juden ohne religiöse und rassische Diskriminierung miteinander leben, wurden begeistert begrüßt. Eine Solidaritätsbotschaft an die Führung der PLO und an die fortschrittlichen Kräfte im Libanon wurde verabschiedet.

sende Kriegsgefahr in Korea

militärische Verbindung USA - Japan - Südkorea unter der Leitung der USA wird verstärkt. Ein ständiges gemeinsames Kommando der USA und Japans, das in das einheitliche Kommandosystem der USA integriert ist, wird geschaffen.
Die Zahl aggressiver militärischer Übungen steigt ständig. Amerikanische B-52 Bomber proben über Guam, einem US-Luftwaffenstützpunkt im Pazifik, den Bombenkrieg gegen Korea. Von Japan aus werden ständig Flüge zur Gewöhnung an das Terrain und Übungen im Atombombenabwurf durchgeführt. Der größte Stützpunkt der US-Marine in Japan, der Hafen von Yokosuka, verwandelt sich in einen vorgeschobenen Ausfallstützpunkt mit mehr als 40 Kriegsschiffen einschließlich Flugzeugträgern.

Der US-Imperialismus ist in die Enge getrieben. Die Niederlage in Indochina macht ihm immer noch zu schaffen. Die Schläge der Völker Afrikas gegen Kolonialismus und Rassismus, der Sturz des faschistischen Regimes in Portugal, der Kampf der Länder der 3.Welt um eine neue Wirtschaftsordnung, der Einsatz des Erdöls als Waffe durch die arabischen Länder - das sieht so aus, als habe sich alles gegen die Imperialisten verschworen. Und so ist es auch.
Dennoch sind die US-Imperialisten weit davon entfernt, ihre Weltherrschaftspläne aufzugeben. Im Gegenteil: Wo sie mit den Mitteln des wirtschaftlichen Drucks, der Bestechung, der politischen und militärischen Erpressung nichts mehr erreichen, bereiten sie sich darauf vor, ihre Ziele mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen.

Genosse Kim Ir Sen, der Präsident der Koreanischen Volksdemokratischen Republik erklärte dazu in einem Gespräch mit einem japanischen Journalisten Ende März: "Nach außen reden die US-Imperialisten groß von "Frieden" und "Abbau der Spannungen", aber in Wahrheit haben sie ihr wildes Streben nach Weltherrschaft nicht aufgegeben. Strategisch bereiten die US-Imperialisten gegenwärtig einen Weltkrieg vor."..."Während sie die Kriegsvorbereitungen verstärken, arbeiten die US-Imperialisten jetzt darauf hin, eine Lösung darin zu finden, die Länder der 3.Welt zu spalten und sie eines nach dem anderen zu zerstören. Auch die koreanische Frage sollte im Zusammenhang solcher aggressiver Handlungen des US-Imperialismus betrachtet werden. Die US-Imperialisten wenden auf Korea das selbe Muster der Aggression an, das sie überall auf der Welt verwenden. Sie arbeiten darauf hin, unser Land zu spalten und Südkorea in ihrem Griff zu halten."
Nächstes Ziel der US-Imperialisten ist es dabei vor allem, ihre Kontrolle über Japan zu verstärken und dadurch günstigeVoraussetzungen für die Erhaltung und Erweiterung ihres Einflusses auf viele asiatische Länder zu schaffen. Darüber hinaus sind auch die Rohstoffquellen Südkoreas,vor allem die vermuteten Erdölvorkommen auf dem koreanischen Festlandsockel ein Ziel der USA. Strategisch hat Südkorea vor allem Bedeutung für die USA als Militärstützpunkt zur Eroberung des nördlichen Landesteils, als Ausgangspunkt einer Aggression gegen das Volks der VR China, als Stützpunkt gegen die mit ihnen um die Weltherrschaft rivalisierende Sowjetunion in Ostasien und zur Sicherung der Kontrolle über Japan.
DieSituation in Korea ist kompliziert und gefährlich. Man muß sie im Zusammenhang mit dem Ringen der beiden Supermächte um die Welthegemonie betrachten. DAs Schicksal des US-Imperialismus in Asien ist eng an die Zukunft Koreas geknüpft. Deshalb weigern sich die USA auch so hartnäckig, die Resolution der letzten UNO-Vollversammlung über die Schaffung günstiger Bedingungen für die friedliche Wiedervereinigung Koreas, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, zu befolgen, ein Friedensabkommen mit KVDR abzuschließen,das das seit 1953 bestehende Waffenstillstandsabkommen ersetzt und ihre Truppen aus Südkorea abzuziehen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 26

Richtigstellung

In der letzten Nummer des "Klassenkampf" sind uns leider zwei Verwechslungen unterlaufen:
Im Artikel "Abzug der österreichischen UN-Truppen von den Golan-Höhen" muß es richtig heißen, daß die Zionisten westlich der UN-Truppen die Golanhöhen besetzt halten und 25 km östlich der sog. "Pufferzone" das Recht Syriens eingeschränkt wird, Truppen und miliätrische Ausrüstung zu stationieren.
Im Interview mit einem Vertreter des südafrikanischen ANC ist natürlich vom Kampf gegen das Vorster-Regime die Rede.

Die Red.

Neuerliche Hinrichtungen von Revolutionären durch das Schah-Regime

Die Schüsse der Hinrichtungen im letzten Monat waren noch kaum verhallt, da ließ das faschistische Schah-Regime vorige Woche weitere 21 Revolutionäre hinrichten! Damit hat die Schah-Bande in wenig mehr als einem Monat 40 Widerstandskämpfer durch Polizei und Militär ermorden lassen. Diese Revolutionäre, die besten Söhne Irans, haben ihr Leben für die Interessen des Volkes hingegeben. Unter Aufopferung ihres Lebens bewiesen sie, daß kein noch so verstärkter Terror des Schah-Regimes das Aufblühen des iranischen Volkswiderstandes verhindern kann.
Der Schah und seine Komplizen haben die Absicht, den 50-jährigen Bestand der Pahlevi-Dynastie zu glorifizieren. Die pompösen Feiern, zu denen der Geldadel aller imperialistischen Länder geladen sein wird, sollen den imperialistischen Invasoren zeigen, welch sicherer Ort für ihr Kapital der Iran ist. Deshalb muß, um die noblen Gäste nicht zu beunruhigen, zuerst im ganzen Land eine Friedhofsruhe geschaffen werden.

Zur Erreichung seiner Ziele hat das Schah-Regime rücksichtslos der großen Mehrheit der Bevölkerung jegliche persönliche Sicherheitsgarantie genommen. Hausdurchsuchungen, Straßensperren, Polizeiaufmärsche in Fabriken, Dörfern, Universitäten und Schulen sind an der Tagesordnung. Das Regime scheut vor keiner Gemeinheit zurück, um das tapfere iranische Volk unter seine Krallen zu kriegen und jeden Versuch des Widerstandes im Keim zu ersticken.

Aber je größer die Unterdrükkung, desto stärker der Widerstand. So werden also die Salven der vom Regime befohlenen Hinrichtungen erst recht die Schlemmereien der Imperialisten stören, zeigen sie doch, daß der Volkswiderstand einfach nicht abgewürgt werden kann.
(Auszug aus dem Flugblatt der Aktionseinheit von
Iranische Studenten in Wien
Kurdischer Studentenverein
Union der Afghanen und Afghanischen Studenten
Kommunistischer Bund Wien und seine Massenorganisationen MLS, RSB und VUV

...Korea

FORTSETZUNG VON SEITE 25
Stattdessen lassen sie über ihre Marionette Pak Dschong Hi in Südkorea jede demokratische und fortschrittliche Regung in Blut ersticken, Dichter, Journalisten und sogar katholische Bischöfe als "Kommunisten" verfolgen und die Arbeiter und Bauern mit den grausamsten Methoden ausbeuten und unterdrücken.
Trotzdem ist das koreanische Volk zuversichtlich, daß seine gerechte Sache siegen wird. Sein großer Führer, Genosse Kim Ir Sen, sagte in dem eingangs zitierten Interview:

"Je grausamer die Unterdrükkung durch die Reaktionäre wird, desto mehr werden die Völker geweckt. Breite Teile der Völker der Welt erwachen jetzt allmählich im Lauf des Kampfes. So entwickelt sich die allgemeine Lage zugunsten des Weltfriedens und der fortschrittlichen Völker auf der ganzen Welt."(...)"Gegenwärtig sind die demokratischen Kräfte Südkoreas schwach, aber das südkoreanische Volk wird über kurz oder lang erwachen, um zu einer mächtigen Kraft der nationalen Wiedervereinigung zu werden."

H.W.



Ein amerikanischer Besatzungs-Soldat patrouilliert in der entmilitarisierten Zone

UNCTAD-Konferenz: Die Forderun

Vom 3.-29.Mai fand in Nairobi (Kenya) die UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UN-Conference on Trade and Commerce, UNCTAD) statt. Seit 1964 findet sie alle 4 Jahre statt. (1964: Genf, 1968:Delhi, 1972: Santiago de Chile). Ziel der Entwicklungsländer ist es seit dieser Zeit der Ausbeutung und Unterdrückung Schranken zu setzen; die Imperialisten versuchen das natürlich zu verhindern, fällt dann doch eine grandiose Möglichkeit der Profitmacherei weg oder wird stark eingeschränkt; der Imperialismus wäre in seinem Lebensnerv getroffen. Bis heute konnten sie auch die Entwicklungsländer mit hohlen Phrasen abspeisen, jetzt stehen die Chancen für die Imperialisten schlecht. Der Aufschwung der Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt, der Sieg der Völker Indochinas und im südlichen Afrika spornte alle Länder an, das imperialistische Joch abzuschütteln. Die letzten Jahre standen im Zeichen des Zusammenschlusses der 3.Welt und des verstärkten Kampfes gegen Imperialismus und Hegemonismus.

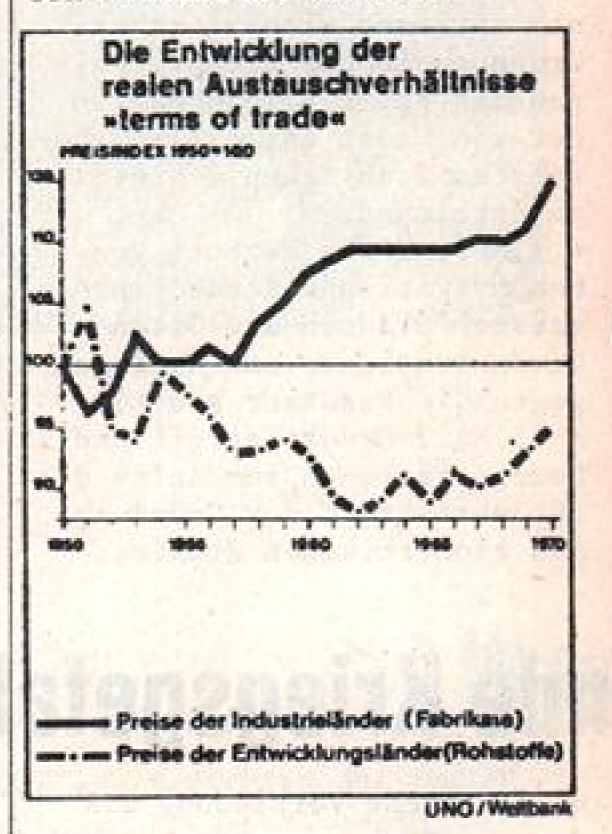
Das Abkommen von Manila

Im Februar 1976 beschloß die "Gruppe der 47",die zur Zeit bereits über 110 Mitglieder hat,in Manila ein gemeinsames Forderungsprogramm für die UNCTAD-Konferenz. Im Vordergrund steht eine Regelung zur Sicherung der Rohstoffpreise und eine generelle Regelung der Schuldenlast, die die Länder der 3.Welt fast erdrückt und in immer neue Abhängigkeit drängt. Die Einigung auf ein gemeinsames Programm ist ein ausgezeichneter Schritt im Kampf um die Unabhängigkeit, sie verhindert eine Spaltung und ein Gegeneinanderausspielen durch die Imperialisten.

Die Forderungen der 3. Welt

Da das Hauptexportgut der Entwicklungsländer Rohstoffe sind, wird versucht, ein Absinken der Preise zu verhindern bzw. eine Anpassung an die Teuerung der Industriewaren zu erreichen. Die Krise in den imperialistischen Ländern hat einerseits zu einem Nachfragrückgang nach Rohstoffen geführt und damit zu starken Preisstürzen, andererseits zu einem weiteren starken Anstieg der Preise von industriellen Fertigwaren. (s.Grafik) Dies wirkt sich sehr schädlich auf die Länder der 3.Welt aus, die die eigene Industrialisierung vorantreiben wollen, um eine gewisse Unabhängigkeit zu erreichen. Eine Planung der Einnahmen und Ausgaben wird damit völlig unmöglich.
Um diesen Zustand zu bekämpfen, ist die zentrale Forderung der Entwicklungsländer die Einrichtung von Pufferlagern, die eine Preisregulierung innerhalb gewisser Grenzen ermöglichen soll. Steigt die Nachfrage nach Rohstoffen und damit der Preis, so soll aus dem Lager verkauft werden, sinkt die Nachfrage und der Preis, so soll das Lager die überschüssige Menge kaufen, sodaß Preisschwankungen nahezu ausgeschalten werden können.

Die Lager sollen aus Mitteln der Produzenten und Konsumenten finanziert werden.



In engem Zusammenhang mit dem Sinken der Rohstoffpreise und dem Steigen der Industriewarenpreise steht die hohe Verschuldung der Länder der 3. Welt. Ihnen bleibt heute oft nichts übrig als Schulden zu machen, im Versuch, die eigene Wirtschaft aufzubauen. Die Unsicherheit und Schwankungen der Währungsparitäten tragen das Ihre dazubei. Die Schulden der 3.Welt stiegen von Ende 1973 bis Ende 1974 von 120 Milliarden auf 130 Mrd. Dollar, die Zuwachsrate 1974 auf 1975 wird sich auf ähnlicher Höhe bewegen. Ca.20% der Exporterlöse müssen für Schuldentilgung aufgewendet werden. Da die Entwicklungsländer immer mehr dazu gezwungen sind, Kredite bei Banken aufzunehmen, die höhere Zinsen verlangen als staatliche Kredite im Rahmen der Entwicklungshilfe kosten, wird sich ihre Lage unweigerlich weiter verschlechtern, wenn sie keine Regelung zu ihren Gunsten durchsetzen können.

Aus diesen wenigen Zahlen läßt sich bereits klar die Notwendigkeit einer generellen Lösung des Schuldenproblems erkennen. Hier schlagen die Entwicklungsländer vor, bis 1980 einen Aufschub für die Rückzahlungen zu gewähren

gen der 3. Welt treffen die Imperialisten aller Länder.

bzw. einen Teil der Schulden in Schenkungen umzuwandeln.

Die Notwendigkeit, Kredite aufzunehmen, wird von den Imperialisten weidlich ausgenützt. Da die Kreditvergabe fast immer mit der Auflage verknüpft wird, daß mit dem Geld nur Waren aus dem Geberland gekauft werden dürfen, verdienen die Imperialisten doppelt: 1. bekommen sie die Zinsen, 2. verkaufen sie die Waren zu überhöhten Preisen und machen dadurch einen Extraprofit. Nicht zufällig wird daher die Forderung der Länder der 3.Welt mit den Krediten machen zu können was sie wollen, strikt abgelehnt.

Die Pläne der Imperialisten. . .

Die Vorschläge der 3.Welt werden zurückgewiesen, da "ein Nachgeben der Delegierten aus Bonn, Washington oder London schlechthin als direkter Weg zur Zerstörung der an den Marktbedingungen orientierten Weltwirtschaftsordnung und als Inthronisierung eines globalen Dirigismus gesehen wird." (NZZ, 6.5.) Zu welchen Gunsten sich die "marktwirtschaftliche Weltwirtschaftsordnung" auswirkt, haben die letzten 70 Jahre gezeigt: Profitiert haben die reichen imperialistischen Länder, die 3.Welt wurde hingegen immer ärmer.

Worum es den Imerpialisten geht, schreibt die deutsche Bundesregierung eindeutig in ihrem Bericht zur Rohstoffpolitik: "Die Erfahrung zeigt, daß es bei gezielten Investitionen auch heute noch möglich ist, direkten Zugang zu Rohstoffvorkommen und damit unmittelbaren Einfluß auf Produktion und Vermarktung der Rohstoffe zu gewinnen."(zit. nach KVZ 20/76). Ein Vorschlag Kissingers geht in ähnliche Richtung. Er schlägt vor, eine internationale Bank zu gründen, die den multinationalen Konzernen Mittel für Investitionen zur Verfügung stellen soll.

Als Garantien dienen die in Zukunft zu fördernden Rohstoffe. Daß dieser Vorschlag von der 3.Welt entrüstet zurückgewiesen wurde, ist selbstverständlich, wird doch durch diesen Vorschlag nicht das Geringste an der Ausbeutung der Entwicklungsländer geändert. Im Gegenteil, mit Hinweis auf das Abkommen könnten die Imperialisten "zur Sicherung ihres Eigentums" militärisch intervenieren. Ein grandioser Vorschlag! Was die Imperialisten zugestehen wollen, sind bilaterale Abkommen zwischen je 2 Ländern bezüglich der Schulden. So es nicht anders geht, sollen bei einigen wenigen Rohstoffen Ausgleichslager eingerichtet werden. Die bilateralen Abkommen setzen die Imperialisten in die bessere Verhandlungsposition, haben sie doch immer nur mit einem Land zu tun, können sie die Länder besser spalten, gegeneinander ausspielen; gerade die Einigkeit und Geschlossenheit der Entwicklungsländer verhilft ihnen aber zu ihrer Stärke.

. . . und der Sozialimperialisten

Erwarteten sich eine Reihe von Entwicklungsländern eine Unterstützung ihrer Forderungen durch die Sowjetunion, so wurden sie bitter enttäuscht. Auf das Abkommen von Manila wurde im Vorschlag der Sozialimperialisten überhaupt nicht eingegangen. Statt Taten gab es schöne Worte und die Beteuerung, die Sowjetunion sei nicht schuld an der mißlichen Lage der Entwicklungsländer. Außerdem meinte der Sprecher der SU: "Sowjetische ökonomische Unterstützung ist keine milde Gabe." Wahrlich nicht, zieht man in Betracht, daß die SU, wie es sich für Imperialisten gehört, für ihre Kredite den Kauf von russischen Waren (20-30% über dem Weltmarktpreis) verlangt, die Rückzahlung der Kredite in Warenform fordert und zwar aus Fabriken, die mit ihrer Hilfe gebaut wurden (wobei sie für die Waren 10-15% weniger als der Weltmarktpreis zahlt). Hatte die SU 1975 ein Handelsbilanzdefizit von 4.800 Millionen $ im Handel mit dem Westen, so erzielte sie bei den Entwicklungsländern einen Überschuß von 1.060 Mill.$. Auf diese Weise wird z.B. Indien für die sowjetischen Darlehen ca. 565% zurückzahlen müssen.

Zwar protestierte die SU gegen den Kissinger-Vorschlag, aber als Begründung kam, daß durch diesen Vorschlag die Multinationalen Konzerne bevorzugt werden, Staaten "mit anderer Gesellschaftsordnung" würden benachteiligt. Die Rohstoffe müßten allen Ländern zur Verfügung stehen. Als eigene Vorschläge präsentierten sie den Plan, bilaterale Abkommen über Rohstofflieferungen zu schliessen; zur Schuldentilgung fällt ihnen nur ein: "Die SU hat ein anderes Kreditsystem."

Für die Entwicklungsländer wird die Doppelzüngigkeit der Sozialimperialisten immer deutlicher. Sie stellen fest: alle reichen Länder sind gegen uns und dementsprechend stellen sie auch ihre Forderungen unterschiedslos an alle Länder.

Wie günstig die Vorschläge der Sozialimperialisten für alle Imperialisten sind, zeigte sich am Verhalten der westlichen Länder diesen Vorschlägen gegenüber. Ein Österreicher eilte der Sowjetunion zu Hilfe. Ein Sprecher der EWG meinte dazu: "Es war in unserem eigenen Interesse, sie hätten sonst auch unsere Vorschläge zurückgewiesen." Man sieht, geht es um die Ausplünderung der 3.Welt, so sind sich alle Imperialisten einig. F. W.

Auszug aus der „Erklärung von Manila“

1. Eine Umstrukturierung des Welthandels auf dem Rohstoffsektor, so daß für die Rohstoffprobleme eine lebensfähige Lösung gefunden wird, daß der Wert der Exporte und der Exporterlöse der Entwicklungsländer steigen oder aufrechterhalten werden können, daß die Weiterverarbeitung in diesen Ländern zunimmt und die Terms of Trade sich zu ihren Gunsten entwickeln. (. . .)

2. Umgestaltung der Strukturen der Weltindustrieproduktion und des Welthandels, um eine wesentliche Zunahme des Anteils der Entwicklungsländer am Weltexport von Fertig- und Halbfertigwaren sicherzustellen in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen, die u.a. in der Erklärung und dem Aktionsprogramm über industrielle Entwicklungskooperation von Lima festgelegt wurden. (. . .)

3. Ausweitung der gesamten Exportkapazität der Entwicklungsländer sowohl durch die Zunahme des Volumens als auch durch die Diversifizierung ihrer Produkte. (. . .)

4. Realisierung wesentlicher Erfolge für die Entwicklungsländer in multilateralen Handelsverhandlungen und zusätzliche Vorteile durch die Annahme ausgleichender Maßnahmen und besonderer Verfahren zu ihren Gunsten auf allen Gebieten der Verhandlungen. (. . .)

5. Verurteilung und Zurückweisung aller Formen der Diskriminierung, der Drohung, aller politischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Praktiken von seiten entwickelter Länder. (. . .)

6. Rasche Durchführung einer Reform des internationalen Währungssystems, (. . .)

7. Sicherstellung ausreichender lang- und kurzfristiger Finanzierung zu günstigen Bedingungen (. . .)

8. Die entwickelten Länder und die internationalen Organisationen müssen sofort Maßnahmen ergreifen, um das zunehmende **Verschuldungsproblem** der Entwicklungsländer und ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu mildern;

9. Förderung des nationalen technologischen Fortschritts durch den Erwerb, die Entwicklung, **die Anpassung und Verbreitung von Technologien** in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen, Interessen und Prioritäten der Entwicklungsländer (. . .)

10. Sicherstellen, daß die **Aktivitäten der multilateralen Konzerne**, die in den Entwicklungsländern tätig sind, mit deren nationalen Entwicklungszielen übereinstimmen, indem diese Länder das uneingeschränkte Recht ausüben, die Tätigkeit dieser Konzerne zu kontrollieren und die internationale Zusammenarbeit als wirksames Instrument zur Durchsetzung dieses Ziels fördern;

11. Förderung eines **Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern** durch geeignete ständige Mechanismen, um die Zusammenarbeit unter ihnen zu festigen und die Annahme konkreter Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten ihrer Wirtschaftsbeziehungen möglich zu machen, mit dem Ziel, die individuelle und kollektive Eigenständigkeit, die wechselseitige Abhängigkeit und den Fortschritt der Entwicklungsländer zu fördern; (. . .)

12. Ausweitung des Handels zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern mit zentraler Planwirtschaft, einschließlich geeigneter institutioneller Vorkehrungen zur Behandlung dieser Frage mit dem Ziel, den ökonomischen Nutzen zu steigern, den die Entwicklungsländer aus dem Handel und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ziehen;

13. Durch geeignete Mechanismen müssen wirksamere und realistischere politische **Maßnahmen** erarbeitet werden **zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder**, (. . .)

14. Die unverzügliche Durchführung von wirksamen Maßnahmen zugunsten der am meisten betroffenen Entwicklungsländer, (. . .)

15. Förderung der Zusammenarbeit bei der Lösung wichtiger und dringender internationaler Wirtschaftsprobleme, die eine große Anzahl von Entwicklungsländern betreffen;

16. Fortsetzung und Intensivierung ihrer Bemühungen, um die dringend notwendigen **Strukturveränderungen der Welternährungsproduktion** durchzuführen (. . .)

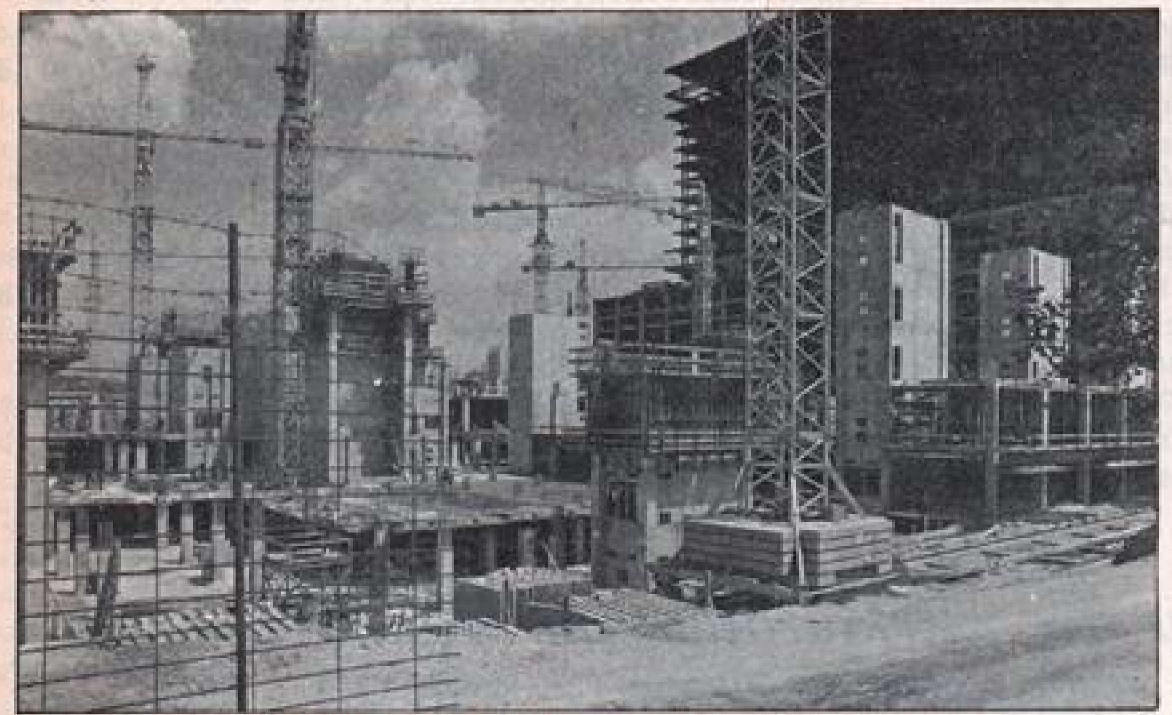
17. Stärkung der Verhandlungsaufgaben der UNCTAD, so daß diese zu einem Verhandlungsorgan der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Handels und der Entwicklung swird, das dazu geeignet ist, Grundsätze und politische Richtlinien, insbesondere jene, die von der Generalversammlung formuliert wurden, in konkrete Abkommen umzusetzen und so direkt zur Errichtung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen. – (Nach: 3. Welt Magazin Nr. 3-4/1976)

AKH-Neubau

Weniger Betten als im alten Bau

Für soviel Geld schaut wenig dabei heraus - das ist die Erkenntnis, zu der ein deutsch-schweizerisches Expertenteam in einem Gutachten zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) gekommen ist.

War als ursprünglicher Fertigstellungstermin erst einmal 73 konzipiert, dann "Ende der siebziger Jahre", so weiß man jetzt bereits, daß vor 1986 davon keine Rede sein kann. Betrugen die veranschlagten Baukosten anfangs 1.Mrd., so ist man jetzt bereits bei 30 Mrd.Schilling angelangt. Die Energiekosten werden achtmal höher als in der alten Anlage sein, der Verwaltungsaufwand drei- bis viermal so hoch wie in vergleichbaren Anlagen.



Teuer in der Herstellung, unzureichend für den Gebrauch: der Bau des AKH ist schon zum Wahrzeichen der Wiener Stadtverwaltung geworden.

Bei den bereits in Betrieb befindlichen Teilen des AKH, wie etwa der Kinderklinik treten die unwahrscheinlichsten Mängel auf:

o Bei der Weichfaserdeckenverkleidung ist es unmöglich, die Fugen abzudichten, so daß nach Infektionen keine Gasdesinfektionen durchgeführt werden können, was dazu führt, daß bis heute (!) die Infektionsabteilung nicht in Betrieb genommen werden konnte.

o Ein Teil der elektrischen Anlagen, wird von Firmen gewartet, die am Wochenende nicht erreichbar sind.

o Das Rohrnetz für die medizinische Gasversorgung wurde bei einer Überprüfung noch nicht "abgenommen", da Druckproben nicht den geforderten Dichtheitsgrad ergaben und ging trotzdem in Betrieb.

o Die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal sind miserabel: Alle Arbeitsräume, wie Labor, Röntgen etc werden im Inneren des Hauses untergebracht. Das heißt:kein Tageslicht, keine Frischluft, statt ausreichender Lüftungsmöglichkeiten eine Klimaanlage, die natürlich ab und zu ausfallen wird und überdies ständige Infektionsgefahr in sich birgt, da sich in ihren Filtern Krankheitserreger verfangen.

"Wir sind überzeugt, daß die Stadt Wien im Bereich der Krankenanstalten pro Jahr Hunderte Mill. Schilling ersparen könnte, wenn die Führung der Krankenanstalten auf den Stand der neuzeitlichen Managementmethoden umgestellt würde", heißt es dem Gutachten des Expertenteams. Was damit gemeint ist, zeigen die ersten Konsequenzen, die die Gemeinde aus der Untersuchung gezogen hat ganz deutlich.

Die geplante Bettenanzahl von 2730 wurde reduziert. so daß sie jetzt mit 2100 unter der des alten AKH (zuletzt 2550) liegt. Das heißt, daß es für die Bewohner der Bezirke 1,2, 4,5,6,7,8,9,21 insgesamt 2100 Betten geben wird!

Ohne"Leistungsverlust" wollen die Rathausbonzen diese Rationalisierung durchführen, indem sie ganz einfach die "Sperrtage" verringern. Nun sind Sperrtage Tage an denen Betten wegen anfallender Bauarbeiten oder ganz einfach wegen Personalmangels oder aus Säuberungsgründen nicht belegt werden können. Tatsache ist es aber, daß Betten eben gesäubert werden müssen und Tatsache ist es weiters, daß es im AKH zuwenig Personal gibt, um etwa in der Urlaubszeit alle Stationen offen zu halten. Die Erfahrungen die man in den bereits in Betrieb befindlichen Abteilungen gemacht hat, beweisen auch deutlich, daß die Verringerung der Sperrtage nur ein Täuschungsmanöver ist.

In der Kinderklinik gibt es jährlich 10.000 Sperrtage und in der Psychiatrischen Klinik mit 11.183 die meisten seit 1969 überhaupt.

Eine weitere Rationalisierung soll es sein, daß die Patienten statt wie bis jetzt über 13 Tage nur mehr durchschnittlich 12 Tage im Spital verbringen sollen. Rein administrativ soll verfügt werden,ab jetzt ganz einfach mehr Patienten ambulant zu behandeln. Gerade diese Maßnahme zeigt besonders deutlich, was hinter dem AKH-Neubaukonzept, seiner Kritik durch das Expertenteam und den geplanten Änderungen wirklich steckt.

Dahinter steckt eine Haltung, die darin gipfelt, daß es unabhängig davon, was zur Heilung der Patienten tatsächlich nötig wäre, möglichst schnell, möglichst billig und ohne Rücksicht auf die Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals gehen muß.

Gerade in einer Situation, wo die immer schwieriger werdenden Arbeitsbdeingungen den Stand der Arbeitsunfälle und Krankheiten der werktätigen Bevölkerung rasant in die Höhe schnellen lassen, führen so die Kapitalisten und ihre Sachwalter in der Stadtverwaltung dem Volk besonders deutlich vor Augen, wie völlig gleichgültig ihnen sein Schicksal ist.

Nicht "die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten" ist ihr Prinzip im Gesundheitswesen, sondern die Kranken schnellstens so schlecht und recht zu kurieren, daß man ihre Arbeitskraft möglichst ohne Unterbrechungen zügig bis zum restlosen Verschleiß ihrer Gesundheit ausbeuten kann.

L.M.
Spitalskollektiv

Ärzte wollen Privatspital

Bis zu 700.000 Schilling im Monat zusätzlich verdienen die Primarien in Kärnten alleine von den Privatpatienten ihres Spitals. Dazu kommen andere Spitzeneinkommen wie ihr Gehalt und die Einnahmen aus der Privatordination. Noch dazu sind diese Herren höchst selten in ihrer Dienstzeit im Spital anzutreffen.

Das war sogar der Kärntner Landesregierung zuviel: sie hat beschlossen, die Einkommen auf 100.000.- zu beschränken, die Oberärzte mitzubeteiligen und den Rest selbst einzustecken.

Die Primarien protestierten, sehen das Leistungsprinzip gefährdet und planen mit der Ärztekammer jetzt ein eigenes Erholungsspital für ihre Privatpatienten.

M.B.

Sieben Jahre nach dem Tod zur Kontrolluntersuchung

Dem verrotteten Gesundheitswesen in der Steiermark begegnet man auf Schritt und Tritt. In den Ordinationen der praktischen und Fachärzte werden die Wartezeiten immer unerträglicher, vor allem für ältere Menschen und solche, die vom Land nach Graz zu Ärzten kommen müssen. Viele haben es deshalb schon aufgegeben, überhaupt noch zum Arzt zu gehen! Noch ärger ist es mit der ambulanten Behandlung. Will man etwas bei seinen Zähnen nachschauen oder plombieren lassen, so wartet man zur Zeit bei der Grazer Zahnklinik ein Jahr (!!!).

Und was schreiben die Banditen von der'Ärztekammer für die Steiermark' in ganzseitigen Inseraten? "Damit sie in der Zukunft als 'freier Arzt' arbeiten können, sind Sie mit uns gegen den Bau weiterer Ambulatorien". Die Gutsbesitzerbonzen der Steirischen Ärztekammer haben leicht vom "freien Arzt" reden! Sie müssen ihre Zähne nämlich nicht in der Zahnklinik behandeln lassen!

Ein anderes Beispiel:

Mitte Mai 1976 wurde meiner Tante eine Benachrichtigung geschickt. Sie wurde 1965 operiert und starb 1969 an Magenkrebs. 11 Jahre nach ihrer Operation soll sie sich zu einer "Kontrolluntersuchung" einfinden! "Unser" Gesundheitssystem geht im wahrsten Sinne über Leichen! Aber die Piatys und Konsorten leben wie Kaiser. Von wegen "Ärzteschwemme"...?!

m.r. KB Graz